Martina Ritter

Die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften

VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Martina Ritter

Die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften

Martina Ritter

Die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften

VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2008

Alle Rechte vorbehalten
© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2008

Lektorat: Frank Engelhardt

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-14649-2

Inhalt

Vorwort 7

Einleitung 9

I. Orte und Räume der Demokratie 15

1. Öffentlichkeit als demokratisches Ideal 18
2. Feministische Kritik und die Reformulierung des Konzeptes Öffentlichkeit 23
3. Das Problem des guten Lebens und die Gerechtigkeit.. 33
4. Die Bedeutung der Privatheit .40
5. Die Dynamik von Erwerbswelt, Öffentlichkeit und Privatheit 51
6. Private und öffentliche Deutungsmuster 59

II. Die Subjekte der Demokratie und ihre Lebenswelten 67

1. Konflikte und kulturelle Integration 73
2. George Herbert Mead und Erik Erikson: Individuierung und Vergesellschaftung als krisenhafter Prozess 78
3. Das Individuum in der politischen Theorie 84
4. Anerkennung, Empathie und Fürsorglichkeit – Jessica Benjamins Theorie der Anerkennung 88
   4.1 Die Bewegung der Anerkennung als Voraussetzung von Subjektivität 89
   4.2 Der Umgang mit Differenz als Voraussetzung demokratischer Beziehungen – zur Konstruktion der Geschlechterdifferenz 95
5. Handlung, Geltungsanspruch und Lebenswelt – Jürgen Habermas' Theorie des Subjekts 101
   5.1 Das Subjekt und die Bezüge zur Welt... 101
   5.2 Die Lebenswelt und die Dynamisierung des Konzepts »Privatheit« . 105

111. Privatheit und Öffentlichkeit als Perspektiven des Subjekts 113

1. Demokratie im Kontext der Dynamik von Öffentlichkeit und Privatheit 113
2. Individuelle Konflikterfahrung und Subjektivität.. 116
3. Politische Kultur und sozio-kulturelle Integration in modernen Gesellschaften 122
4. Privatheit und Demokratie 126
   4.1 Interesse, Erwerb und Verteilung 127
   4.2 Partizipation am politischen System und an öffentlichen Diskursen . 128
   4.3 Chancen für Privatheit 129

Literatur 131

Vorwort

Als Alltagssoziologin mit Interesse in der politischen Soziologie brauche ich Kategorien, die den Alltag mit Demokratisierungsprozessen verbinden können. Demokratie, politische Entscheidungsprozesse, Partizipation sind zwar Themen der politischen Wissenschaften, aber diese Begriffe beschreiben auch die alltägliche Erfahrung von Menschen: Die Verknüpfung dieser alltäglichen Erfahrung mit der Gestaltung des Politischen erschließen mir die beiden Kategorien Öffentlichkeit und Privatheit. Ich bin mir sicher über die außerordentliche Bedeutung des Privaten für die Entfaltung der Subjekte. Ebenso weiß ich, dass die Lebendigkeit von Demokratien von der Gestaltung des Öffentlichen abhängt. Diese beiden Gewissheiten sind die Grundprämissen dieser wissenschaftlichen Auseinandersetzung und meiner intellektuellen Identität. Ebenso bin ich überzeugt, dass die Gesellschaften, die wir kennen, Identität durch die Kategorie Gender hindurch strukturieren. Wie auch immer gebrochen, fließend und widersprüchlich Identität auch sein mag, noch sagen wir "ich" und meinen eine bestimmte Person für uns und für andere damit zu bezeichnen.

Die Betrachtung von Identität erhält durch die analytischen Kategorien Privatheit, Öffentlichkeit und Gender einen Rahmen, der die Verknüpfung von individuellen und kollektiven Prozessen sichtbar macht. Dieser Verknüpfung - und darin finden sich Alltag und Demokratie wieder – bin ich in der vorliegenden Arbeit auf der Spur. Letztlich geht es mir um eine Begründung für demokratische Beziehungen im Privaten. Diese Studie ist nun das Ergebnis eines langjährigen Prozesses der Auseinandersetzung. Wesentliche Teile davon habe ich als Habilitationsschrift der Justus-Liebig-Universität Gießen vorgelegt.

Bedanken möchte ich mich bei vielen, die diesen intensiven Arbeitsprozess begleitet haben. In unzähligen Gesprächen, Zirkeln, Workshops und Konferenzen habe ich mit vielen KollegInnen und Freunden einzelne Aspekte meines Themas diskutiert. Von vielen habe ich gelernt und wurde beeinflusst. Nennen kann ich hier dennoch nur einige: Es sind dies Georgia A. Rakelmann, Sigrid Baringhorst, 00 Deckinger und Gerd Fürst, Christel Eckart, Margrit Brückner, Birgit Meyer und Karin Flaakc, Helmut Dubiel, Andreas Langenohl und Barbara Wattendorf. Danke für Anregung, konstruktive Kritik und treue Freundschaft.

Ebenso haben meine russischen FreundInnen und KollegInnen an dieser Debatte teil gehabt und mein Denken geprägt: Elena Zdravomyslova, Viktor Voronkow, Elena Meschcherkina, Galina Michailowa, Tatjana Tscharskaja, Valentina Girdjuk, GIga Jarzewskaja und Ekaterina Rozina haben meinen Blick für andere Welten und nicht zuletzt für die eigene Welt geschärft. Gerade mit diesen KollegInnen und FreundInnen haben sich Freundschaft und Denken in wunderbarer Weise verschlungen und mir phantastische Erfahrungen beschert. Ihnen gilt mein besonderer Dank.

Die letzten Arbeitsschritte haben Annika Wittig und Thorsten Euler mit mir getan: Sie haben Korrektur gelesen und die technische Bearbeitung geleistet. Für diese nicht zu unterschätzenden Arbeiten ein großes Dankeschön.

Anna Schor-Tchudnowskaja hat in aller Konsequenz und Treue nicht nur diskutiert, sondern auch noch jede Zeile gelesen und kommentiert. DafLir tausend Dank.

Einleitung

Demokratie ist mehr als die Beteiligung an Akten der Wahl oder die Möglichkeit, eine politische Funktion zu übernehmen. Demokratie ist auch eine Lebensform, die darauf basiert, eigene Entscheidungen und Perspektiven mit anderen Menschen abzustimmen. Dies bedeutet, die Prozesse der Entscheidungsfindung - nämlich die Debatte, die Abwägung und die Hinweise auf die Würde des eigenen und des anderen Lebens – zum Ausgangpunkt für eigene Handlungen zu nehmen. Es ist nicht denkbar, dass eine Gesellschaft, die im politischen System demokratisch, in ihrer Alltagsorganisation aber despotisch oder autoritär strukturiert ist, tatsächlich integrieren kann. Integration heißt nämlich, dass die Mitglieder der Gesellschaft, die Perspektiven, die Prinzipien und die Struktur einer Gesellschaft als Rahmen eigener Lebensentscheidungen akzeptieren. Vor dem Hintergrund dieses Rahmens werden die unendlichen Variationsmöglichkeiten, das eigene Leben zu gestalten, erst formulierbar.

Die Partizipation an den politischen Entscheidungen einer Gesellschaft ist eng verknüpft mit der gleichberechtigten Partizipation an den Gütern der Gesellschaft. Die Vitalität und die Tragfähigkeit von Demokratien – so ist meine These - ist also nicht nur an die politische Integration, sondern auch an soziale und kulturelle Integration der Subjekte geknüpft. Mit dieser These als Ausgangspunkt möchte ich die Demokratisierung der Beziehungen zwischen den Subjekten einer Gesellschaft in den Blick nehmen. Entgegen der gängigen politischen Theorien gehe ich dabei davon aus, dass nicht nur die Beziehungen auf der politisch-öffentlichen Ebene gemeint sind, sondern dass wir mit dem Argument der sozialen und kulturellen Integration auch die privaten Beziehungen und ihr Potential zur Demokratisierung mit einbeziehen müssen. Wieso und wie dies theoretisch erreicht werden kann, möchte ich mit dem Konzept der Öffentlichkeit und Privatheit zeigen.

Das Begriffspaar Öffentlichkeit und Privatheit beschreibt eines der großen analytischen Konzepte moderner Gesellschaften, mit dem die Grundstruktur dieser Gesellschaften erfasst werden kann. In dieser "Grand Dichotorny'[1] ver-

---

1 So bezeichnen Weintraubl Kumar (1997a) dieses Konzept in ihrem sehr guten Sammelband zum Stand der vielfältigen und für viele Fächer fruchtbaren Debatte. VgJ. dazu insbesondere der Aufsatz von Weintraub (1997b), der das breite Feld der Debatte vorstellt.

knüpfen sich die Fragen der Demokratie und der Lebenswelt miteinander: Öffentlichkeit ist ein politisches Konzept einer Sphäre, in der durch die Partizipation der Bürger und Bürgerinnen das Gemeinwohl einer Gesellschaft debattiert und zum Teil auch erzeugt wird. Privatheit wiederum war und ist ein Raum oder Ort, an dem der/ die BürgerIn Themen, Bezüge und Praktiken ‚lebt'. Die Privatheit zeichnet sich durch ihren Charakter als geheim, intim und tendenziell nicht relevant für das Öffentliche aus, sie ist verknüpft mit dem Bereich des Hauses.' In der politischen Dimension sind also Privatheit und Öffentlichkeit ausschließend aufeinander bezogen, obwohl die politischen Subjekte als Privatpersonen die politisch und Gemeinwohl relevanten Fragen als private und biographisch relevante Fragen erleben, die nämlich für ihre Alltagsgestaltung, ihre Wünsche und Perspektiven den Rahmen darstellen.

Eine ambivalente Position im Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit nimmt die Sphäre des Erwerbs ein. In den ursprünglichen liberalen Konzeptionen des 17. und 18. Jahrhunderts' zählte zwar die Wirtschaftssphäre zu den Fragen des Privaten und sollte explizit nicht von der politisch-öffentlichen Ebene gestaltet werden, schließlich waren die ökonomischen Beziehungen als Sachbeziehungen zwischen Anbieter und Käufer, Unternehmer und Arbeiter konzeptionalisiert, in der die politische Position und die Herkunft eines Vertragspartners gerade keine Rolle spielen sollte. Ökonomische Fragen, Einkommen, Arbeit und Vermögenswert sind aus dieser Sicht also private Fragen. Jedoch zeigt sich hier auch schon die ambivalente Position der Erwerbswelt: Obwohl der durch Liebe, Sorge und Emotion strukturierten privaten Welt zugeordnet, sollten die Beziehungen in der Erwerbswelt - wie in der politischen Welt - rationale Vertragsbeziehungen sein, die durch einen sachlichen Charakter ausgezeichnet und nicht durch persönliche Belange, Bindungen oder Vorlieben bestimmt sind.

Geld fungierte und fungiert als das versachlichende Medium der ökonomischen Beziehungen wie die versachlichte Macht des Amtes als Medium die politischen Beziehungen von feudalen Verpflichtungen und ihren persönlichen Bindungen befreien sollten. Insofern ist die Erwerbswelt immer schon in Abgrenzung aufbeide Sphären - Öffentlichkeit und Privatheit - bezogen.

Heute können wir sagen, dass die Gestaltung der Erwerbswelt auf der Abgrenzung vom Privaten und auf der Bereitstellung von alltäglichen Praxen in der privaten Welt beruht, diese Praxen aber nicht planerisch in ihre Logik mit einbezieht: Arbeit - als Kernkonzept zur Teilhabe an den Gütern moderner Gesell-

2 Beispielsweise Arendt (1983) definiert die private Sphäre so in ihrem Rekurs auf die antike Öffentlichkeit oder Habermas (1982) in seiner systematisch-theoretischen und historischen Rekonstruktion der Öffentlichkeit.

3 Vgl. dazu Habermas 1982.

schaften – ist auf die Leistungen und Tätigkeiten, auf die Affekte und sozialen Verankerungen des Privaten angewiesen. Die Regeneration der Arbeitskraft, die Einbettung in liebende und sorgende Beziehungen, die Reflexion auf das Selbst als privates und politisches Subjekt und die Umsetzung von Wünschen und Zielen sind die Elemente, die eine Person als Subjekt erzeugen. Im sozialwissenschaftliehen Konzept der Lebensführung beispielsweise, das im Münchner Sonderforschungsbereich entwickelt wurde, wird dieser Zusammenhang von sozialstrukturellem, politischem und kulturellem Rahmen auf der einen Seite und der subjektiven Leistung der Planung, Organisation, Planung,' biografischer Entwürfe und Koordination der verschiedenen Anforderungen aus Erwerbswelt, Politik und Familienmitgliedern bzw. sozialen Bezügen in modemen Gesellschaften auf der anderen Seite reflektiert." Im 21. Jahrhundert der globalisierten und tlexibilisierten Welten kulminiert quasi die im 19. Jahrhundert entstandene bürgerliche Lebensform des freien, entscheidungsfähigen und planerisch handelnden Subjektes in die hohe Leistungsfähigkeit des flexibilisierten, entwicklungsorientierten und ewig veränderungsbereiten Subjektes, das Privates und Berufliches, die Ansprüche der einzelnen Familienmitglieder, die Anforderungen aus Ökonomie, Politik und Bildungsinstitutionen im persönlichen Alltag jeden Tag aufs neue ausbalanciert. Lebensführung als Begriff beschreibt genau diese extreme Leistung des Balancierens im Privaten, die die spätmodemen Subjekte im vorgegebenen gesellschaftlichen Rahmen mit seinen unendlichen Variationsmöglichkeiten der Konkretion aufbringen müssen, wenn sie an den gesellschaftlichen Prozessen erfolgreich partizipieren wollen.

Privatheit ist also ein Konzept, das in zwei Richtungen eingebunden ist: Auf der einen Seite steht die Welt der Politik, die Öffentlichkeit als Ort der Partizipation zur Gestaltung des Gemeinwohls begreift und auf der anderen Seite stellt die Erwerbswelt die Bezugswelt des Privaten dar, denn durch die Grenzziehung zwischen diesen Sphären ist wiederum die erfolgreiche Teilhabe an der ökonomischem Welt reguliert. Es ist der Privatmensch, der an der politischen Debatte in der Öffentlichkeit teilnimmt und als Privatperson ohne Amt, Macht und Würde die Basis demokratischer Entscheidungsprozesse sein soll. Ebenso ist es dieser Privatmensch, der in ökonomischen Beziehungen zu anderen Personen oder Organisationen steht und in der Gleichheit der kapitalistischen Geld- und Sachbeziehung handelt.

Die Dreiheit Privatheit, Öffentlichkeit und Erwerbswelt ist wiederum mit dem Konzept Gender verknüpft, denn im Zuge der Entstehung von politisch-öffentlicher, privater und ökonomischer Sphäre entwickelte sich eine .Polarisie-

4 Diese Konzeption ist m.E. ein guter Weg, empirisch den systematischen Zusammenhang subjektiver Leistung und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu untersuchen. Vgl. dazu Projektgruppe „Alltägliche Lebensführung" 1995 und JurczykJ Rerrich 1993.

rung der Geschlechtscharaktere'", in der Konzepte von Männlichkeit und Weiblichkeit als Charakter- und Wesenszüge entstehen (sollen), die wiederum den Sphären zugeordnet werden. Im Ergebnis entsteht eine Dynamik, in der Frauen zwar durchaus erwerbstätig sind, aber per definitionem der Erwerbswelt nicht gewachsen sein sollen. Sie sind für die Gestaltung des Privaten bestimmt, zuständig für Familienarbeit und Emotionalität und sie sind von der politischen und ökonomischen Welt definitorisch und faktisch zum Teil ausgeschlossen.

Modeme Gesellschaften sind strukturiert durch die Dynamik von politischer Öffentlichkeit und einem demokratischen politischen System, das Partizipation der BürgerInnen zur Generierung des Gemeinwohles verlangt, und einer Erwerbswelt, die Eigeninitiative, Flexibilität und zweckrationales Handeln von den Subjekten fordert. Beide Welten basieren auf den Elementen der Regeneration und Selbstdefinition, die im Schutz der privaten Welt gewonnen werden können. Die Handlungsorientierungen dieser verschiedenen Sphären sind als gegensätzliche Logiken konzipiert, die nicht aufeinander reduziert werden können. Mit der Analyse dieser Dynamik von Privatheit, Öffentlichkeit und - in kürzeren Zügen - der Erwerbswelt im Verhältnis zum Geschlechterverhältnis werde ich einige Aspekte des Zusammenhangs von kultureller, sozialer und politischer Integration entschlüsseln. Dabei ist meine analytische Perspektive durch den normativen Rahmen im Hintergrund geprägt: Mich interessiert die Gestaltung und der Erhalt von Demokratien und nicht zuletzt die Demokratisierung von *allen* Beziehungen - auch denen im Privaten.

Im Teil I der vorliegenden Arbeit diskutiere ich partizipative Demokratietheorien und die Bedeutung des Konzeptes der Öffentlichkeit für die Lebendigkeit von Demokratien. Die Impulse, aus denen in der öffentlichen Debatte das Gemeinwohl generiert wird, werden aus den biographischen Erfahrungen der Subjekte in ihrer privaten Welt gespeist. Dabei wird deutlich, dass das Problem moderner Demokratien in der Anerkennung von Differenz und im Umgang mit Identitätskonflikten liegt. Im Rahmen dieser Konflikte treten dann die Subjekte und ihr Vermögen zur Teilnahme an den öffentlichen Debatten in den Vordergrund. Daher rekonstruiere ich im Teil II verschiedene Elemente soziologischer Subjekttheorien, um einen Subjektbegriff zu gewinnen, der sowohl die kompetente Teilnahme an der Öffentlichkeit als auch den konstruktiven Umgang mit Differenz und Konflikt konzeptualisiert. Meine grundlegende These ist, dass Privatheit und Öffentlichkeit konstitutiv aufeinander bezogen sind. Eine demokratische Gesellschaft, in der in lebendigen öffentlichen Debatten das Gemeinwohl generiert wird, kann nur zur demokratischen Debatte gelangen, wenn die privaten Beziehungen der Subjekte selbst demokratisch sind. Die Anerkennung

5 Vgl. hierzu Hausen 1978.

von Differenz und die Strategien der Konfliktlösung als Zentrum von Demokratie basiert auf der Anerkennung von Differenz im Privaten und auf dem subjektiven Vermögen, Konflikte konstruktiv zu lösen.

Im letzten, dritten Teil resümiere ich kurz die theoretischen Überlegungen zu Öffentlichkeit, Privatheit, Gender und Subjektivität. Sodann beziehe ich die Ergebnisse auf den Zusammenhang von sozio-kultureller und politischer Integration und kollektiven und individuellen Konfliktstrategien. Hier geht es noch einmal darum, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Regung und Gestaltung von Konflikten zu benennen und Integration als Prozess zu begreifen, der die soziale Integration hinsichtlich gesellschaftlicher Strukturen, die kulturelle Integration hinsichtlich des kulturellen Deutungshorizont und die politische Integration hinsichtlich der politischen Entscheidungsprozesse zusammen knüpft. Zuletzt frage ich nach den Bedingungen, die Gesellschaften für die Subjekte bereitstellen müssen, damit Integration und Gestaltung von demokratische Beziehungen im Öffentlichen und Privaten in modemen Gesellschaften gelingen kann.

I. Orte und Räume der Demokratie

In den letzten Jahren werden immer wieder Debatten über Politikverdrossenheit, Parteienmüdigkeit, Egoismus, Spaßgesellschaft und das Desinteresse der Bevölkerung am politischen Geschehen geführt. Diese vielfaltigen Debatten kreisen letztlich um die Frage der sozialen und kulturellen Integration der Bevölkerung in den politischen Prozess.

Die Problematik westlicher, marktwirtschaftlich organisierter, demokratischer Gesellschaften, alle gesellschaftlichen Bereiche nach den Prinzipien der technischen und zweckrationalen Vernunft zu organisieren, hat Jürgen Habermas als Prozess der Kolonialisierung (1981) der Lebenswelt beschrieben. In diesem Prozess der Kolonialisierung scheinen technizistische und rationale Egoisten als Subjekte zu entstehen, deren Orientierung das individuelle Zweck-Nutzen-Kalkül ist. Mit dieser Tendenz entwickelt sich ein systematisches Problem – es scheint so, als würden die modernen Gesellschaften ihre moralischen Ressourcen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Erzeugung des Gemeinwohls ermöglichen, verbrauchen. Zweckrational organisierte Gesellschaften haben Schwierigkeiten, neue moralische Konzepte zu generieren, die auf anderen Orientierungen als der des individuellen Kalküls beruhen. Auf der Ebene der politischen Kultur zeigt sich dieses Problem als Apathie oder Desinteresse der Bevölkerungen gegenüber dem politischen Prozess und als mangelndes Interesse an Fragen, die das Wohl der Gemeinschaft, den Erhalt der Solidargemeinschaft und die Versorgung der, Schwachen' einer Gesellschaft betrifft.

In den endachtziger und neunziger Jahren wurde unter dem Stichwort .Kommunitarisrnus-Debatte" diese Diskussion mit anderer Akzentuierung weitergeführt: Bezogen auf die .Lebensfähigkeit" (Honneth 1993a: 15) von liberalen Demokratien wurde sie in Form der Frage nach der moralischen Integration moderner Gesellschaften, die Traditionen verflüssigt und Werte relativiert haben, wieder aufgenommen. Zunächst erscheinen die Positionen der Gegner als unvereinbar. Axel Honneth hat die verschiedenen Etappen der Debatte zwischen VertreterInnen der liberalen und der kommunitaristischen Theorien in der Einleitung eines Sammelbandes sehr konzentriert zusammengefasst und benennt die Ausgangsdifferenz:

"Umstritten zwischen den beiden Parteien ist die Beantwortung der Frage, welche moralischen Ressourcen als notwendig angesehen werden müssen, um ein modernes, ausdifferenziertes Gemeinwesen am Leben zu erhalten. In Abhängigkeit von den ontologischen Prämissen, die jeweils vorausgesetzt werden, ändert sich auch die Lösung des so umrissenen Problems: Nur der Holist wird zugestehen, dass es zur Integration moderner Gemeinwesen überhaupt einer gemeinsamen Wertbindung unter den Gesellschaftsmitgliedern bedarf, während der Atomist sich mit der Auszeichnung von institutionellen Prozeduren der Herstellung einer gerechten Ordnung begnügen kann." (Honneth 1993a: 15)

In der Auseinandersetzung der .Kommunitarismus-Debattej", die ich hier nicht im einzelnen referieren will, ging es also letztlich um die Frage, inwiefern rechtlich abgesicherte Prozeduren zur Klärung von Fragen der Gerechtigkeit - z. B. in politischen Entscheidungsprozessen wie Wahlen - ausreichen, um die Subjekte in den demokratischen Prozess zu integrieren. Sind Demokratien vital und funktionsfähig, wenn die Subjekte nichts weiter miteinander teilen, als das Wissen um die Gerechtigkeit der Prozeduren zur Gestaltung der Gesellschaft und das Vertrauen auf die außerordentlich abstrakte Gültigkeit von Normen und Gesetzen, die durch die Einhaltung der richtigen Prozedur ihren Anspruch begründen? Oder brauchen die Subjekte nicht vielmehr einen gemeinsamen Wertehorizont, um den demokratischen Prozess zu gestalten und nicht zu apathischen Demokratieverweigerern oder am reinen egoistischen Nutzenkalkül interessierten Individualisten zu werden?

Doch im Laufe der Debatte selbst – so Honneth - hat sich auch für die strengen Liberalen, die die institutionelle Prozedur als Garant für die Stabilität von sozialen und politischen Ordnungen sahen, die Frage verschoben. Die Entwicklung in westlichen Gesellschaften zeigt, dass die modernen liberaldemokratischen Gesellschaften auch auf eine Wertbindung zurückgreifen *müssen,* um eine lebendige Demokratie zu erhalten. Der Erhalt von Institutionen, die Gerechtigkeit durch die Ausführung von Prozeduren erzeugen, beruht darauf, dass die Subjekte den Wert dieser Institutionen schätzen und sich auf sie beziehen. Würde dies nicht geschehen, so könnte man sich beispielsweise vorstellen, Parteibündnisse lassen sich in demokratischen Wahlen an die Regierung wählen, um dann die Institutionen der Demokratie abzuschaffen. Dem kann nur vorgebeugt werden, wenn alle davon ausgehen, dass Demokratie und die damit verknüpften Institutionen einen Wert darstellen, der nicht mehr in einer Prozedur legitimiert werden muss. Aus dieser Perspektive müssen auch die TheoretikerInnen der Prozedur mit den KommunitaristInnen der Frage nachgehen,

6 Zu dieser Debatte vgl. außer Honneth 1993a z. B. Zahlmann 1997 oder BrumlikJ Brunkhorsl 1993.

"von welcher Art die kollektiven Wertüberzeugungen sein sollen, die zur moralischen Aufrechterhaltung freiheitsverbürgender Institutionen in der Lage sein können. (...) Wenn die gemeinsame Frage nunmehr nämlich lautet, bis zu welchem Maße die liberaldemokratischen Gesellschaften auf einen gemeinsamen Wertehorizont angewiesen sind, dann ist damit für beide Theoriepositionen die Aufgabe verknüpft, den Begriff einer posttraditionalen, demokratischen Gemeinschaft zu formulieren, der den umrissenen Anforderungen Genüge leisten kann." (Honneth 1993a: 15f.)

Diese Diskussion bezieht sich also auf spätmoderne westliche Gesellschaften, also auf entwickelte Demokratien, in denen Ermüdungserscheinungen wie Politikverdrossenheit oder die steigende Zahl der Nichtwähler wie auch Debatten um die Spaßgesellschaft oder Atomisierung und Individualisierung im Zentrum der Zeitdiagnosen stehen und zur Reformulierung der ursprünglich exklusiv argumentierenden Positionen fiihrten. Beide Positionen haben sich angesichts der Problematik der gesellschaftlichen Entwicklungen aneinander angenähert. Diese Problematik des Verlusts traditionsgebundener Integration ist jedoch ambivalent: Denn spätmoderne, reflexiv gewordene Gesellschaften bauen in ihrem Entwicklungsprozess zwar auch noch die letzten vorgängigen normativen Gewissheiten und einen vorgegebenen Wertehorizont ab, aber sie öffnen ihren kulturellen Deutungshorizont damit *prinzipiell* ins Unendliche. Diese prinzipielle Offenheit des Deutungshorizontes und die lnfragestellung aller Traditionen und normativen Deutungsmuster hat damit zu tun, dass modeme Gesellschaften sich aus sich selbst heraus begründen müssen und damit alle Deutungsmuster tendenziell verflüssigen und zur Disposition stellen (Habermas 1985). Spätmoderne Gesellschaften scheinen dieses systematische Legitimationsproblem der modernen bürgerlichen Gesellschaft ausformuliert zu haben – und machen dabei auch die Chance dieser Gesellschaftskonzeption deutlich: Wenn *alle* Deutungen reflexiv werden, können tendenziell die Deutungen *aller* berücksichtigt werden.

Für meine Fragestellung - die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche - ist daher zunächst relevant, mit welcher gesellschaftstheoretischen Konzeption die kulturellen Deutungsmuster, die soziale Integration und die politische Kultur einer Gesellschaft zusammengedacht werden können. Die beiden aufeinander bezogenen Kategorien der Öffentlichkeit und der Privatheit werden in mittlerweile langjährigen Debatten genutzt, um den Ein- bzw. Ausschluss von Gruppen oder Themen im politischen und sozialen Prozess zu analysieren. Aus der Perspektive der partizipativen Demokratietheorien bietet die *Öffentlichkeit* den Ort und die Chance für die diskursive Partizipation aller Mitglieder einer Gesellschaft bei der Generierung des Gemeinwohls. Seyla Benhabib nennt diesen Begriff der "diskursiven Öffentlichkeit (...) das soziologische

Korrelat zum Konzept der diskursiven Legitimität, denn Dialoge über Legitimität finden in solchen diskursiven Räumen statt" (Benhabib 1995a: 116).

1. Öffentlichkeit als demokratisches Ideal

Angesichts der oben beschriebenen Problematik um die Vitalität von Demokratien greifen in den neueren partizipativen Demokratietheorien Autorinnen wie Cohen/ Arato (1992) oder auch Dubiell Frankenberg/ Rödel (1989) auf das Konzept der Öffentlichkeit als Garant der Integration in politische Prozesse zurück. Im Folgenden möchte ich nicht die gesamte Diskussion um das Konzept der Öffentlichkeit für die soziale und politische Theorie in all ihren Facetten reflektieren, sondern nur die theoretischen Überlegungen, die für meine Fragestellung relevant sind, herausgreifen und einige Stränge miteinander verbinden.[7]

Die TheoretikerInnen partizipativer Demokratietheorien gehen zunächst grundlegend davon aus, dass die permanente, freiwillige Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Prozessen der einzige Garant für den Erhalt lebendiger Demokratien ist. Vermutlich gilt diese notwendige Bedingung auch für die Entstehung von Demokratie: Wenn sich im Entstehungsprozess von Demokratie die Bevölkerung vom politischen Geschehen abwendet oder sich in jeder Hinsicht kontraproduktiv verhält, kann die Demokratisierung und die Entstehung zivilgesellschaftlicher Assoziationen, die die Demokratie tragen, nicht gelingen. Soziologisch gesprochen ist dies eine Frage der gelingenden sozialen und kulturellen Integration. Der Aufbau demokratischer politischer Institutionen wie Parlament, gewählte Regierung, Rechtsinstitutionen, kontrollierte Exekutivorgane etc. kann nicht funktionieren ohne die innere und äußere Teilnahme der Bevölkerung, die den Institutionen vertrauen muss, um die Prozeduren wenigstens tendenziell einzuhalten und nicht systematisch zu unterlaufen.

---

7 Zur Diskussion der verschiedenen theoretischen Fassungen des Begriffs Öffentlichkeit bzw. der Dichotomie Öffentlichkeit und Privatheit sei hier nur auf einige Werke verwiesen, in denen Überblicke gegeben sowie einzelne Überlegungen zur Bedeutung dieser Dichotomie für die Analyse moderner Gesellschaften angeführt werden: Siehe z. B. Weintraub/ Kumar 1997a oder Calhoun 1996, Forester 1985 für eine Perspektive im Schnittpunkt von sozialwissenschaftlicher Theorie und empirischer Forschung. Für die eher mediensoziologische Diskussion siehe z. B. den Sonderband Kölner Zeitschrift; auch Requate (1999), der die schwierige Grenzbestimmung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit thematisiert, für die feministische Diskussion Elshtain 1981, Brückner/ Meyer 1994a, Brückner 1994b, Hausen 1992, Kerchner/ Wilde 1997, Biester/ Holland-Cunz/ Sauer 1994, Institut für Sozialforschung 1994 und Gruppe Feministische Öffentlichkeit 1992. Auf einzelne dieser Arbeiten werde ich Bezug nehmen, auf andere Konzepte wie beispielsweise das von Sennett (1983), der sich auf vormoderne Formen der repräsentierenden Öffentlichkeit stützt, werde ich mich hier nicht beziehen.

Modeme demokratische Gesellschaften regeln diesen Zusammenhang von kultureller, sozialer und politischer Integration, indem sie eine Struktur entwickeln, in der die Interaktionsnetze der Subjekte ineinandergreifen und gleichzeitig mit den Institutionen der Gesellschaft verzahnt werden. Private Kommunikationen und öffentliche Kommunikationen, das Selbstverständnis als Citoyen bzw. Citoyenne und Privatperson, die Reziprozität von Teilnehmer- und Beobachterperspektive und die kulturellen Deutungsmuster der institutionellen Kontexte und schließlich die Deutungskonstrukte Öffentlichkeit sowie Privatheit bilden den Rahmen der gesellschaftlichen Realität, in der die politische Ordnung mit der sozialen Ordnung und dem kulturellen Kontext ineinandergreift.

In seiner Studie "Strukturwandel der Öffentlichkeit" (1982) hat Jürgen Habermas diese gesellschaftliche Form der Modeme in ihrer sozialhistorischen Entstehung wie auch begrifflich rekonstruiert. Er hat damit eine Debatte angestoßen, die auch heute noch fruchtbar ist. Er vertritt zwei für uns relevante Thesen: Zum einen legt er dar, inwieweit die Entstehung der politischen Öffentlichkeit sowohl empirisch als auch logisch mit der Entwicklung der Privatsphäre einhergeht. Zum anderen konzeptualisiert er die Sphäre des Öffentlichen als Vermittlungssphäre zwischen den staatlichen Regelungen auf der einen Seite und den privaten Wünschen, Bedürfuissen, Vorstellungen und Deutungen auf der anderen Seite. Für diese Konstruktion ist es zentral, dass die Bürger - die Citoyens – als Privatpersonen, die gerade nicht durch staatliche Ämter oder feudale Abhängigkeiten an andere Interessen gebunden sind, aus ihrer Perspektive die Angelegenheiten des Staates und der Gesellschaft debattieren und so das Gemeinwohl generieren. Habermas bindet die Gestaltung einer politischen Sphäre an die Prozedur der Debatte: Das Gemeinwohl kann von den beteiligten Subjekten generiert werden, in dem sie ihnen als bedeutsam erscheinende Themen in freien und unabhängigen Debatten im Zusammenhang mit ihren Interessen diskutieren und überprüfen. Überprüft werden hier die eigenen Interessen nach dem Kriterium, ob sie generalisierbar sind und für alle Gesellschaftsmitglieder relevant sein können. Mit diesem Schritt umgeht er Beschränkungen, wie sie z. B. in der Konzeption von Hannah Arendt (1983), die öffentliche Fragen an den Typus von Tätigkeiten – nämlich Handlung vs. Arbeit – bindet, auftauchen.

Das genuin Politische versteht Arendt als Tätigkeit, die einen konstitutiven Wert für die politische Gemeinschaft hat, während die Regeneration, die soziale Einbindung, der Erhalt der Familie und die Reproduktion des Subjekts als Arbeit jenseits politischer Relevanz definiert und damit quasi entwertet wird. Es entsteht so ein prinzipieller Ausschluss von sozialen Fragen, die mit Arbeit, Arbeitslosigkeit und Armut verknüpft sind, aus der politischen Öffentlichkeit. Arendt kann damit letztlich die politischen Aushandlungsprozesse des 20. Jahr-

hunderts, in denen die Partizipation an gesellschaftlichen Gütern wie Einkommensgerechtigkeit, Mitbestimmungsregelungen, Emanzipation von Frauen, Minderheiten, Ureinwohnern oder Afroamerikanern geregelt wird, und das Ringen um gesellschaftliche Anerkennung nur als Verfall des Politischen deuten."

Habernlas hingegen hat die Möglichkeit, durch seine Konzentration auf die diskursiven Prozesse im Öffentlichen, in dem das Gemeinwohl generiert wird, potentiell *alle* Themen als politisch relevant zu begreifen. Historisch handelte es sich beispielsweise um die Interessen des entstehenden Bürgertums an stabilen Handelsbeziehungen, die nur durch Vertragssicherheit und die damit einhergehende Unabhängigkeit von Willkürmaßnahmen eines Souveräns garantiert werden konnten. In einem historischen Moment, so hat Habermas in seiner Studie gezeigt, hat es eine Identität der Interessen einer mächtigen Bevölkerungsgruppe, dem Bürgertum, mit den gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in Richtung Rechtsgarantien, Vertragshandeln, persönliche Freiheit und politische Teilhabe gegeben, und dies hat zu ungeheuren Entwicklungsschüben dieser Gesellschaften geführt. In dieser Zeit wurden die Freiheit des Einzelnen, der Schutz vor Eingriffen des Staates und die Gestaltung einer privaten Sphäre gedacht und auch in Teilen durchgesetzt.

Habermas selbst hat in seiner Studie großen Wert darauf gelegt, deutlich zu machen, inwieweit die Entstehung der Privatsphäre ein konstitutiver Bestandteil dieser historischen Entwicklung zu modernen Gesellschaften gewesen ist. Der Idee der Gestaltbarkeit des Politischen liegen letztlich zwei Elemente zugrunde: Die Unterscheidung zwischen den Fragen des Politischen und anderen Fragen, also den Fragen, die das Gemeinwohl betreffen einerseits, und den Fragen, die die für die politische Gestaltung nicht relevanten Bereiche berühren andererseits. Der hier angesprochene Bereich des Nicht-Politischen bezog sich zunächst auf die Privatisierung der religiösen Zugehörigkeit: Ökonomische und politische Entscheidungsfähigkeit und der Zugang zu politischen Ämtern und Machtpositionen sollten nicht nach der Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft, sondern nach den Maßgaben der Kompetenzen hinsichtlich eines Amtes geregelt werden. Rationalität und Kompetenz wurden zum entscheidenden Kriterium (jedenfalls in den Begründungskonstruktionen) für die Teilhabe an sozialen und politischen Prozessen. Konzeptionell liegt die Freiheit des Bürgers, die ihn befähigen sollte, vernünftige politische Entscheidungen zu treffen, in seiner ökonomischen und persönlichen Unabhängigkeit. Er wurde idealiter entworfen als Besitzer an Waren bzw. Produktionsmitteln, da er so ökonomisch nicht erpressbar war und außerdem als ‚Besitzer' eines geregelten Privatlebens, d. h. als

8 Vgl. dazu z. B. Benhabib 1995a.

Oberhaupt einer Familie, persönliche Sicherheit und private Alltagsversorgung regeln konnte. Dieses autonome Individuum, frei von emotionalen Bindungen und Verantwortlichkeiten, die die Rationalität im Politischen wie im Ökonomischen hätten einschränken können, und frei in der Gestaltung seines Privatlebens ist das Subjekt der politischen Öffentlichkeit. I-labermas beschreibt zunächst den Zusammenhang von ökonomischer und privater Autonomie:

> .Die Privatleute, die sich hier zum Publikum formieren, gehen nicht ‚in der Gesellschaft' auf; sie treten jeweils erst aus einem privaten Leben sozusagen hervor, das im Binnenraum der patriarchalischen Kleinfamilie institutionelle Gestalt gewonnen hat. Dieser ist der Ort einer psychologischen Emanzipation, die der politisch-ökonomischen entspricht. Obschon die Sphäre des Familienkreises sich selbst als unabhängig, als von allen gesellschaftlichen Bezügen losgelöst, als Bereich der reinen Menschlichkeit wahrhaben möchte, steht sie mit der Sphäre der Arbeit und des Warenverkehrs in einem Verhältnis der Abhängigkeit - noch das Bewusstsein der Unabhängigkeit lässt sich aus der tatsächlichen Abhängigkeit jenes intimen Bereichs von dem privaten des Marktes begreifen. In gewisser Weise können sich Warenbesitzer als autonom verstehen. (...) Eine solche in der Verfügung über Eigentum gegründete, in der Teilnahme am Tauschverkehr gewissermaßen auch verwirklichte Autonomie der Privatleute muss sich als solche darstellen lassen. Der Selbständigkeit der Eigentümer auf dem Markte entspricht eine Selbstdarstellung der Menschen in der Familie. (...)" (Habermas 1982: 63f.)

Gleichzeitig mit der Idee eines Marktes, der nach eigener Logik funktioniert, entwickelt sich das Konzept der autonomen Privatheit, die in Form der bürgerlichen Kleinfamilie organisiert wird. Auch sie erscheint als Sphäre, die nach einer eigenen - allerdings einer anderen Logik als die des Marktes - funktioniert. In ihrer Gestalt ist sie konstitutiv auf die Sphären des Marktes und des Öffentlichen bezogen, indem in ihr die Vorstellungen humanistischer Bildung und Menschlichkeit, der romantischen Liebe und Fürsorge als Gegenwelt zur ökonomischen oder politischen Welt konzipiert werden. Habermas selbst weist darauf hin, dass dieses Selbstverständnis der bürgerlichen Kleinfamilie, autonom zu sein, nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Vielmehr

> "spielt sie eine genau umschriebene Rolle im Verwertungsprozess des Kapitals. Sie garantiert als ein genealogischer Zusammenhang die personelle Kontinuität, die sachlich in der Akkumulation des Kapitals besteht und im Recht auf freie Vererbung des Eigentums verankert ist. Vor allem dient sie, als eine Agentur der Gesellschaft, der Aufgabe jener schwierigen Vermittlung, die beim Schein der Freiheit die strenge Einhaltung der gesellschaftlich notwendigen Forderungen dennoch herstellt. (...) Jedenfalls entsprach der Selbständigkeit des Eigentümers auf dem Markte und im eigenen Betrieb die Abhängigkeit der Frau und der Kinder vom Familienvater.

> Die Privatautonomie dort setzte sich hier in Autorität um und machte jene prätendierte Freiwilligkeit der Individuen illusorisch." (ebd. 64f.)

Auf dieses letztgenannte Element der patriarchalen Autorität des Eigentümers komme ich später zurück. Zunächst möchte ich noch darstellen, wie Habermas die Privatsphäre mit der politischen Öffentlichkeit verknüpft. Ein Element dieser Verknüpfung ist die Unabhängigkeit des öffentlich tätigen Subjektes, das – im Arendtschen Sinn – ein politisch unabhängiges Subjekt sein kann, weil es ein autonomes privates Leben führt. Habermas bindet die Entstehung der politischen Öffentlichkeit aber noch historisch-genetisch an die private Sphäre des ökonomisch mächtigen Bürgertums, indem er analysiert, wie aus dem Privatmenschen im bürgerlichen Disputiersalon über die an Selbsterkenntnis orientierte Debatte der intimisierenden Tagebuch- und Briefliteratur das literarische und dann das politische Publikum wird:

> "Die Sphäre des Publikums entsteht in den breiteren Schichten des Bürgertums zunächst als Erweiterung und gleichzeitig Ergänzung der Sphäre kleinfamilialer Intimität. Wohnzimmer und Salon befinden sich unter dem gleichen Dach; und wie die Privatheit des einen auf die Öffentlichkeit des anderen angewiesen, die Subjektivität des privaten Individuums auf Publizität von Anbeginn bezogen ist, so ist auch in der zu .fictiori' gewordenen Literatur beides zusammengefasst. (...) die zum Publikum zusammentretenden Privatleute räsonieren auch öffentlich über das Gelesene und bringen es in den gemeinsam vorangetriebenen Prozess der Aufklärung ein. (...) Sie (die bürgerlichen Schichten, M.R.) bilden die Öffentlichkeit eines literarischen Räsonnements, in dem sich die Subjektivität kleinfamilial-intirner Herkunft mit sich über sich selbst verständigt." (ebd. 68f.)

In diesem Prozess der Selbstverständigung entsteht das moderne bürgerliche Individuum, ausgestattet mit Kompetenzen, Möglichkeiten und Freiheiten, die nun seine Existenz im Gegensatz zur göttlichen Ordnung des Mittelalters bestimmten. Zuletzt zeigt Habermas, wie die Verknüpfung von politischer Entscheidungskompetenz, persönlicher Freiheit und ökonomischer Handlungsrationalität zu Stande kommt:

> "Als Privatmann ist der Bürgerliche beides in einem: Eigentümer über Güter und Personen sowie Mensch unter Menschen, bourgeois und homme. (...) Sobald sich die Privatleute nicht nur qua Menschen über ihre Subjektivität verständigen, sondern qua Eigentümer die öffentliche Gewalt in ihrem gemeinsamen Interesse bestimmen möchten, dient die Humanität der literarischen Öffentlichkeit der Effektivität der politischen zur Vermittlung. Die entfaltete bürgerliche Öffentlichkeit beruht auf der fiktiven Identität der zum Publikum versammelten Privatleute in ihren beiden Rollen als Eigentümer und als Menschen schlechthin." (ebd. 74)

Habennas fuhrt diese Argumentation aus, um die Fiktion der bürgerlichen Öffentlichkeit kritisieren zu können. Darauf werde ich nicht weiter eingehen, da für uns hier etwas anderes von Bedeutung ist: Die Sphäre des Privaten ist sowohl in der historischen Genese als auch logisch konstitutiv auf die Öffentlichkeit bezogen, wie auch die Sphäre der Öffentlichkeit konstitutiv für die Privatheit ist.

2. Feministische Kritik und die Reformulierung des Konzeptes Öffentlichkeit

Dieser Zusammenhang von Privatheit und Öffentlichkeit als Strukturierungselementc für die Partizipation an den Gütern der Gesellschaft ist allerdings in den Debatten der politischen Soziologie, politischen Philosophie und damit auch in den Feldern der Demokratietheorie und ihren Diskussionen um Zivilgesellschaft vernachlässigt worden. Es scheint, als habe die Wissenschaft der bürgerlichen und spätmodernen Welt die oben beschriebene Fiktion noch einmal reproduziert, indem sie sowohl den Zusammenhang zwischen Privatheit und Öffentlichkeit wie auch die Privatheit selbst kaum zum Thema machte. Erst in der feministischen Diskussion um gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, die geschlechtlich markiert sind, wird dieser Zusammenhang zur Kenntnis genommen und analysiert. Denn die Bedeutung und die Gestaltung des Privatlebens ist durch spezifische Elemente gekennzeichnet, die in der feministischen Diskussion herausgearbeitet worden sind." Karin Hausen (1978) hat in einem für die deutsche Diskussion wegweisenden Artikel nachgezeichnet, wie die Spaltung der Gesellschaft in die Sphären Privatheit und Öffentlichkeit mit der geschlechtsspezifischen Konzeption des Individuums als dem Träger der politischen und gesellschaftlichen Aktivität konstitutiv verknüpft ist. Gleichzeitig mit der Durchstrukturierung der Welt nach den Maßgaben der instrumentellen Rationalität und vertragsrechtliehen Garantien entwickelt sich die Idee der romantischen Liebe, der Erziehung der Kinder in privaten Zusammenhängen und im Rahmen liebender Gestaltung in der Familie. Ich möchte hier nicht im Einzelnen die durchaus facettenreiche Entstehung der bürgerlichen Kleinfamilie" und ihre Konzeption diskutieren, sondern sie nur in ihrer Bedeutung für die Gestaltung der Dynamik des Öffentlichen und des Privaten heranziehen.

Bei der Rekonstruktion der bürgerlichen Kleinfamilie müssen wir zwischen der Perspektive der Männer und der der Frauen systematisch unterscheiden. In

9 Z. B. Hauser 1987 und Coontz 1994.
10 Siehe dazu Rerrich 1988, Weber-Kellermann 1974, Rosenbaum 1978 und 1982, um nur einige Werke zu nennen.

der Konzeption der politischen und sozialen Theorie hinsichtlich des männlichen Individuums ist die Familie ein Ort, an dem es sich einerseits von den Anforderungen an ihn als rationales, kompetentes und im Lichte der Öffentlichkeit stehendes Subjekt ‚ausruhen' und sich andererseits als das, was es ist, reproduzieren kann. Der Bürger selbst ist immer als ein Individuum gedacht, das die Möglichkeit der Wahl und der rationalen Gestaltung hat. Seine Freiheit basiert darauf, dass die Gestaltung des Privaten, die fürsorgliche Pflege der Beziehungen und die liebende Erziehung der Kinder in den Händen der Frauen ist. Argumentativ, so zeigt Hausen, wurde dies geleistet, indem die Argumentation der natürlichen Ausstattung des Menschen mit Grundrechten auf die Erfordernisse der Gestaltung des Privaten zugeschnitten wurde: Die Idee des Naturrechts führte zu einer ausgiebigen Debatte um die natürliche Ausstattung des Menschen mit Eigenschaften und Wesenszügen überhaupt. Das Konzept der Wesensmerkmale und die Begründungsmuster der natürlichen, rationalen Ordnung, die soziale und politische Herrschaft legitimierte, dienten dem Bürgertum zur Abgrenzung vom Adel: Die natürliche Ordnung war das Gegenmodell zur gekünstelten und exaltierten Lebensform der Aristokratie.[11] Die gesellschaftliche Lage eines rationalen und authentischen Individuums wurde als seinem persönlichen Vermögen und seinen Möglichkeiten entsprechend verstanden. Der Verzicht auf gottgegebene Standesprivilegien und gesellschaftliche Rollen wurde begründet mit den natürlichen Anlagen des Menschen, die es zu entwickeln und zu nutzen galt. So wurden das Wesen des Mannes - rational, unabhängig, frei - und das Wesen der Frau - emotional, sanft, liebend und fürsorglich - geschaffen.

Das bürgerliche Individuum, das immer als männlich konzeptualisiert wurde, war in seinem öffentlichen wie in seinem privaten Leben ein autonomes Subjekt, das sein Leben gestalten und bestimmen kann und die Freiheit der Wahl hat. Die Seite der Frauen ist durch die Zuständigkeit für die Gestaltung der privaten Sphäre und der Beziehungen gekennzeichnet. Interessant ist, dass dieses Verhältnis als Naturverhältnis gedacht wurde: Frauen waren gerade nicht die unabhängigen Individuen, die ihr Leben - in der einen oder der anderen Sphäre gestaltend - konzeptualisierten, sondern ihr Dasein war gekennzeichnet als ein Verhältnis von natürlicher Unterordnung unter die Macht des Ehemannes - der weiterhin den Status des pater familias innehatte - und von in Bindung und Fürsorge sich erschöpfenden Beziehungen zur Welt."[12]

Carole Pateman (1989, 1991) hat vorgeführt, wie die Befreiung des Mannes vom vormodernen pater familias durch die Vertragstheorien als Deutungsmuster politischer Verhältnisse in sozialer wie politischer Hinsicht eine Neuge-

11 Vgl. dazu Rebekka Habermas 2001.
12 Dies stellt überzeugend Hausen (1978) dar.

staltung patriarchaler Verhältnisse für das Leben der Frauen bedeutet. In ihrer Rekonstruktion geht sie davon aus, dass vor der vertragstheoretischen, modernen Organisation von politischer Macht die Regelung der sexuellen Macht lag: Die väterliche Macht des pater familias basiert vor dem Zugriff auf Kinder auf dem Zugriff auf den Körper eines anderen Menschen, den der Frau. Die vertragstheoretisch konzipierte Befreiung der Söhne von ihren politischen Vätern unterschlägt die tatsächliche Genese von Väterlichkeit, die bekanntermaßen einen sexuellen Akt mit einer Frau voraussetzt. Durch die Konzentration der Begründungen für die politische Macht auf die Söhne bzw. die Brüder (fraternity) bleibt die Regelung des ehelichen und sexuellen Rechts, die mit der Regelung des politischen Rechts einhergeht, seltsam ungedeutet. Zwar wurde auch die Ehe vertragstheoretisch verbrämt, doch die Vertragspartner blieben in der Konstruktion seltsam ungleich: Die Frauen wurden nicht als vertragsfähige Subjekte konzipiert, sondern als Objekt der Vertragshandlung verstanden. Oder sie gaben durch die Zustimmung zum Ehevertrag ihre Rechte als Subjekt auf. Dies ist ebenso erstaunlich, denn die Idee des Vertrages beruht ja gerade darauf, dass die Vertragspartner damit Rechte und Pflichten sichern. Eheliches und sexuelles Recht ist die Basis des politischen Konstrukts, wird verstanden als vertragstheoretisches Konstrukt bleibt aber in den Theorien zur Öffentlichkeit und zur Zivilgesellschaft ungedeutet und wird in die Sphäre des Privaten .hineingeschoben'. Damit ist der erste Schritt, das Private als Basis politischer Öffentlichkeit zu konstruieren und gleichzeitig zu ignorieren getan. Dies gelingt, so zeigt Pateman, durch die Konzentration auf die Vater-Sohn- bzw. Brüder-Beziehung der politischen Theorien. Brüderlichkeit als wesentlicher Bestandteil der neuen politischen Konstruktion für die Männer - die Brüder - bedeutete, den pater familias und seine verwandtschaftlich begründete Macht zu entwerten und sich von der väterlichen Herrschaft des Souveräns oder Monarchen zu befreien. Das Konstrukt des rationalen Subjekts bezog sich auf die Gemeinschaft der Brüder, die nun als gleichberechtigte Individuen um die Herrschaft konkurrieren konnten. Interessant ist, dass die Frauen begrifflich und faktisch aus dieser Konstruktion ausgeschlossen wurden. Sie sind nicht Teil der Brüdergemeinschaft, die sich nun selbst Regeln - nämlich Vertragsregeln - der sozialen und politischen Ordnung geben. Sie können dies tun als von Natur aus mit Vernunft und Kompetenz ausgestattete Menschen. Die Frauen hingegen wurden, wie gesagt, weiterhin in einer Konstruktion der Fortführung des pater familias als nicht eigenständige Menschen verankert, die qua Naturausstattung nun den Brüdern und deren Ansprüche an Gestaltungsmacht im Privaten und Persönlichen unterworfen wurden. Der Patriarch, der alle Rechte innehatte und über die ihm zugeordneten Verwandten und Gruppen entscheiden konnte, blieb den Frauen im Rahmen der Vertragsgesellschaften erhalten. Diese Konstruktion be-

inhaltet das Deutungsmuster von gleichen Brüdern im Öffentlichen, die im Privaten gegenüber Frauen und Kindern Patriarchen sind. Die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit musste dann quasi fixiert werden, um als dauerhaft wirksame Basis dieses Konstruktes zu dienen. 13

Die starre Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit galt für die Frauen in der Weise, dass sie vom Öffentlichen per juristischer Sanktion (Gerhard-Teuscher 1981) ausgeschlossen wurden. Ebenso wurden sie ausgeschlossen von dem, was in der ökonomischen Sphäre als private Frage verstanden wurde, nämlich die Entwicklung einer Berufsidentität und die selbstbewusste Teilnahme an der Erwerbstätigkeit. Mit diesem Hinweis will ich die Erwerbstätigkeit von Frauen aus der Arbeiterschicht bzw. die Einbindung von Frauen in die produktive Arbeit der Landwirtschaft nicht leugnen. Aber das bürgerliche Modell des außerhäusig tätigen Vaters und der Mutter und Hausfrau ist - wie wir wissen - immer ein mächtiges Ideal gewesen, das zwar kulturell als Lebensmodell wirksam war, obwohl es sich empirisch nicht durchsetzen ließ. In meiner Argumentation ist die Wirkungsmacht dieses Ideals relevant, das als natürliche Ordnung verstanden wurde. In der Bundesrepublik Deutschland wird die Hausfrauenehe in der Kleinkindphase im Übrigen tendenziell immer noch als die ‚natürliche' Form der Familiengestaltung angesehen. 14

Ute Gerhard-Teuscher (1981) hat herausgearbeitet, wie die Arbeit, die die Frauen in den vormodernen Gesellschaften genauso selbstverständlich leisteten wie die Männer, sozusagen in Vergessenheit geriet. Die Konstruktion der modemen Erwerbstätigkeit in einer abgrenzbaren Sphäre verwandelte in den kulturellen Deutungen der Subjekte die Arbeitsleistung von Frauen in der Familie in Akte der Liebe, Fürsorge und ihre Erwerbstätigkeit als .Zubrot', ‚Mitverdienen' oder ‚Dazuverdienen', so dass im 20. Jahrhundert die Frauenbewegung die Teilhabe von Frauen an der ökonomischen Reproduktion neu ‚erfinden' musste." Frauen wurden zu Naturwesen, denen zum einen die Fähigkeit zum rationalen Handeln abgesprochen und zum anderen die Kompetenz zur Fürsorge und Beziehungsgestaltung als natürliche Eigenschaft zugeschrieben wurde. In dieser privaten Welt - so im Konzept - wurde der Sohn des Bürgers zu dem erzogen, was er als Erwachsener sein und leisten sollte: Kontrolliert in seinen Emotionen, autonom und rational in seinen Entscheidungen, verantwortungsbewusst gegenüber seinem Staat und denen, die ihm zugeordnet bzw. untergeordnet waren und effizient in seinen Handlungen. Bedürfnisse, Wünsche, Gefühle wurden der Regulierungskraft des rationalen Individuums unterstellt. Die Wünsche und Gefühle des Bürgers wurden, um seine Kompetenzen im Öffentlichen nicht zu

13 Vgl. dazu Pateman 1991, darin insbesondere ihren Aufsatz .The Fraternal Social Contract".
14 Vgl. dazu z. B. Pfau-Effinger 2000.
15 Dies zeigen in einer frühen Studie beispielsweise Kontos/ Walser 1979.

gefährden, im Privaten aufgehoben und die Erfüllung dieser Wünsche jenseits von Eigeninteresse, Nutzenkalkül und Rationalität als Lebensaufgabe und Wesensart bei den Frauen .geparkt'. Auf diese Verfasstheit des Subjekts des Öffentlichen und des Privaten und seine geschlechtsspezifische Differenzierung werde ich an anderer Stelle zurückkommen." In diesem Zusammenhang werde ich auch noch einmal genauer betrachten, was Privatheit eigentlich meint und inwiefern sie auf die Sphäre des Öffentlichen bezogen ist.

Zunächst möchte ich einige Aspekte der Diskussionen um das Konzept der Öffentlichkeit noch weiter für meine eigene Fragestellung rekonstruieren. Ich beziehe mich dabei auf Seyla Benhabib, die diese Debatte systematisch reflektiert hat und eine feministisch informierte Reformulierung des Konzeptes der Öffentlichkeit anvisiert.

Benhabib unterscheidet drei Typen von Öffentlichkeitskonzepten und entwirft in der Rekonstruktion der Konzepte selbst ein modernisiertes Konzept diskursiver Öffentlichkeit, das den vielfältigen und widersprüchlichen Anforderungen spätmoderner Gesellschaften entsprechen soll. Im Rekurs auf Hannah Arendt nennt sie ein Modell von Öffentlichkeit, in dem eine topographische Bestimmung der Sphären des Öffentlichen und Privaten vorgenommen wird: Das agonale Modell von Öffentlichkeit. In dieser Konzeption ist Öffentlichkeit dort, wo die Angehörigen der Polis - jenseits ihrer sozialen Kontexte – die Geschicke der Polis verhandeln. Im Privaten werden die politisch irrelevanten, geheimen und nicht generalisierbaren und für das Öffentliche geradezu peinlich intimen Lebensmomente, wie Reproduktion, Entspannung und sexuelle Fragen, verhandelt. Gleichwohl macht Benhabib bei Arendt noch einen anderen Begriff der Öffentlichkeit aus, in dem Assoziationen von Menschen, die "in Einstimmigkeit gemeinsam handeln" (Arendt zit. nach Benhabib 1995a: 101), die Räume des Öffentlichen bestimmen. Hier unterscheidet sich der öffentliche Raum von anderen gesellschaftlichen Räumen durch die Themen, nämlich die politischen und nicht die gesellschaftlichen Fragen, die in ihm verhandelt werden. Auf diesen assoziativen Begriff des Öffentlichen will Benhabib sich weiterhin beziehen, denn er reflektiert die Lebenslagen moderner Gesellschaften im Gegensatz zum agonalen Modell, in dem ein öffentlicher Raum und seine .Nutzer' darauf basierten, das wesentliche Gruppen – wie Sklaven, Frauen und Nicht-Griechen sowie Menschen ohne Bürgerrechte - die privaten Tätigkeiten der Lebensorganisation leisteten und den männlichen Bürgern der Polis damit die Freiheit zur Teilnahme ermöglichten.

---

16 Vgl. dazu Kapitel 1.2. Dort geht es, wie der Titel schon sagt, um die Subjekte des Öffentlichen. Wie werden der Bürger und die Bürgerin in den Konzepten der Öffentlichkeit vorgestellt und welche Rolle spielt dies für die Gestaltung der Öffentlichkeit selbst? Das sind die Leitfragen dieses Kapitels.

Ohne hier die verschiedenen, auch widersprüchlichen Schattierungen des Öffentlichen, wie sie in Arendts gesamtem Werk auftauchen, diskutieren zu können, möchte ich nur Benhabibs Ergebnis ihrer Diskussion von Arendts politiktheoretischen Überlegungen wiedergeben. Das Assoziationsmodell Arendts weist für Benhabib in die Richtung moderner Demokratien – nämlich der Erzeugung von Einstimmigkeit in Fragen des Politischen -, während das agonale Modell die brennenden Fragen moderner Gesellschaften – wie z. B. die Beteiligung aller und die Anerkennung von Differenz – eher abspaltet, als dass es Lösungen generieren kann. Dennoch sind beide Modelle für Benhabib unbrauchbar, weil Arendt ihnen einen "phänomenologischen Essentialismus" (Benhabib 1995a: 103) zugrunde legt:

> "In Übereinstimmung mit essentialistischen Grundannahmen definiert sie den ‚öffentlichen Raum' entweder als jenen Raum, in dem ein ganz bestimmter *Typus von Handlungen,* nämlich Handlung als Gegensatz zu Erwerbstätigkeit (work) oder körperlicher Arbeit (labor) geschieht, oder als ein Raum, der von anderen ‚gesellschaftlichen' Sphären unter Verweis auf den *substantiellen Gehalt* des öffentlichen Dialogs abgetrennt wird." (Benhabib 1995a: 103)

Doch gerade die Emanzipations- und Befreiungsbewegungen der modernen Gesellschaften haben gezeigt, dass sowohl Themen der Erwerbstätigkeit - z. B. Lohnforderungen – wie auch technische Fragen - wie z. B. militärische Aufrüstung - mit gutem Grund öffentliche Themen werden können, nämlich dann, wenn die Legitimität derer, die die Entscheidungen treffen, in Frage gestellt wird. Beide Problemtypen hielt Arendt jedoch für private Fragen, die auch als Themen für den Katalog der politischen Öffentlichkeit nicht in Frage kommen.

Im liberalen Modell der Öffentlichkeit, das Benhabib anhand der Konzeption von Bruce Ackerman[17] diskutiert, steht die Legitimität einer Prozedur im Vordergrund, in der durch legale Verfahren politische Legitimität erzeugt wird. Legitime Macht wird durch den Bezug auf einen öffentlichen Dialog begründet, der wiederum nach bestimmten Kriterien funktioniert. Die Problematik moderner Gesellschaften, die aus der Differenzierung und Pluralisierung von Lebenswelten entsteht, wird durch das Kriterium der Neutralität bewältigt. Neutralität heißt hier:

> „(...) dass keine im Rahmen eines Legitimitätsdiskurses formulierte Begründung eine gute Begründung sein kann, wenn sie beinhaltet, dass der Inhaber der Macht behauptet, (a) dass seine Auffassung des Guten besser sei als die seiner Mitbürger; oder (b) dass er, ganz unabhängig von seiner Auffassung des Guten, *an sich* seinem oder seinen Mitbürgern überlegen sei." (Benhabib 1995a: 105)

17 Vgl. hierzu Benhabib 1995a.

Das Problem des Zusammenlebens trotz verschiedener Vorstellungen eines guten und richtigen Lebens soll auf vernünftige Weise gelöst werden, indem die Subjekte einem pragmatischen Imperativ folgen und nicht versuchen, eine Variante des Guten auszuzeichnen, sondern den kleinsten gemeinsamen Nenner ihrer Lebensformen zu finden. Um dies zu erreichen, soll darauf verzichtet werden, alle Differenzen zu thematisieren. Die Unterschiede sollen in privaten Zusammenhängen besprochen werden, während in den Fragen des Politischen das Pragmatisch-Gemeinsame, dem man zustimmen kann, als normative Grundlage gebildet wird.

Benhabib weist zurecht darauf hin, dass die Abspaltung bestimmter Diskurse ins Private, die eine radikale Infragestellung der bisherigen normativen Übereinkunft sein würde, nicht mit dem Grundsatz der Neutralität zusammenpasst. So würde beispielsweise die radikale Kritik von Frauen an ihrem Ausschluss aus öffentlichen Debatten, an ihrer eingeübten Zuständigkeit für Beziehungs- und Familienfragen und ihre mangelnde Teilhabe an den Machtpositionen in Wirtschaft und Politik nur in der Privatsphäre verhandelt werden. Es bliebe das, was es in den liberalen Gesellschaftskonzepten des 19. Jahrhunderts auch war, nämlich die private Frage einzelner Individuen. Damit wird aber eine bestimmte Sicht des richtigen Lebens, nämlich diejenige, die die Auswahl der Themen für das öffentliche Geschehen intern bestimmt, systematisch präferiert, Der zentrale Kritikpunkt von Benhabib, der an dieser Prämisse ansetzt, liegt darin, dass im liberalen Modell unterstellt wird, die Teilnehmer des öffentlichen Dialoges wüssten schon *vor* der Debatte, welche Fragen pragmatisch vernünftig sind oder nicht. Hier wird ein vorgängiger Themenkatalog von privaten und öffentlichen Fragen unterstellt, den die Subjekte schon kennen würden. So wird faktisch ausgeschlossen, dass umstrittene Themen, etwa die von Minderheiten oder unterdrückten Gruppen überhaupt legitim zu öffentlichen Themen werden können. Damit verfehlt das liberale Modell von Öffentlichkeit seine Aufgabe: Es bietet keine Lösung für die massiven Auseinandersetzungen um Differenz und Anerkennung in spätmodernen Gesellschaften und die systematische Kritik an den unterstellten Lebensformen als .natürliche'.

Ein zweiter Kritikpunkt liegt in dem legalistischen Bias des liberalen Modells. Hier wird die rechtmäßig organisierte und abgesicherte Koexistenz verschiedener Gruppen als Ausgangspunkt postuliert, so dass politische Fragen im Wesentlichen auf der Basis vorgängiger rechtlich geregelter Übereinkünfte gelöst werden. Doch das historische Zustandekommen dieser Übereinkünfte wird nicht mehr gesehen. Die Logik von Kämpfen um Macht und Teilhabe, die Durchsetzung bestimmter Gruppen in historischen Kontexten wird im liberalen Modell .neutralisiert' und erscheint als irrelevant. Sind erst einmal Grundrechte und Verfassung definiert, dann sind die kämpferischen Auseinandersetzungen

um grundlegende Fragen nicht mehr nötig. Auch werden möglicherweise relevante politische Anliegen von vornherein ausgeschlossen. Das Engagement der Debatte, der politische Kampf um Positionen, das Ringen um Anerkennung normativer Fragen erscheinen aus dieser Perspektive überflüssig, ja geradezu gefährlich: Könnten oder müssten die grundlegenden Übereinkünfte der Gesellschaft neu verhandelt werden, drohen Instabilität und machtgebundene, unvernünftige Mehrheitsentscheidungen. Im liberalen Dialog verhandeln die Teilnehmer kühl und rational Sachfragen, die die Anerkennungskonflikte entweder in Verteilungsfragen verwandeln und damit handhabbar machen; oder sie verweisen sie ins Private als die idiosynkratische und leidenschaftsgebundene Frage des ‚guten' Lebens.

Obwohl Benhabib diese Gefahr einer "zügellosen Machtpolitik" (Benhabib 1995a: 115), die nämlich die grundlegenden Prinzipien einer Gesellschaft aus reinem Machtkalkül in Frage stellen könnte, durchaus sieht, scheint ihr die vorgängige Festlegung auf öffentlich debattierbare Themen nach dem Prinzip der pragmatischen Vernunft und die Abspaltung der kämpferischen Auseinandersetzungen um Anerkennung ins Private keine Lösung für die Probleme spätmoderner, pluraler Gesellschaften zu sein, deren Konflikte nicht nur Verteilungs-, sondern auch Anerkennungskonflikte sind.

Ein Modell, in dem sowohl die Fragen der normativen Grundlage des Politischen wie auch die im Dialog gewonnene Legitimität politischer Entscheidungen aufgehoben sind, bietet ihrer Ansicht nach das diskursive Modell der Öffentlichkeit, das Habermas entwickelt hat. Sie sieht in dieser Konzeption das "soziologische Korrelat" (Benhabib 1995a: 116) der politiktheoretischen Diskussion um die Legitimität politischer Herrschaft. Damit macht sie eine soziologische Perspektive in der demokratietheoretischen Diskussion stark. Ihrer Ansicht nach muss auch in demokratietheoretischen und moralphilosophischen Überlegungen die Verfasstheit moderner Gesellschaften in ihren wesentlichen Dimensionen reflektiert werden.

Sie bezieht sich aber wesentlich auf spätere Überlegungen von Habermas, die auf seiner frühen Studie zum Strukturwandel der Öffentlichkeit basieren, aber diese weiterentwickeln. Im Kern steht in Habermas' Öffentlichkeitsbegriff die These, dass Öffentlichkeit diskursiv bestimmt wird. Die Teilnehmer des Diskurses, in dem die politisch relevanten Fragen debattiert werden, sind als vernünftig und zum Diskurs befähigte Individuen konzipiert, die diese Debatten nach bestimmten festgelegten Regeln führen. Die Generierung des Gemeinwohls - in Habermas' Worten die Debatte um Gerechtigkeit - wird in seiner Konzeption an eine Prozedur gebunden, die tatsächlich stattfinden muss. Im praktischen Diskurs der Betroffenen in der öffentlichen Sphäre werden relevante Fragen, die das Gemeinwohl bestimmen, verhandelt. Zur Bestimmung des Dis-

kurses gibt Habermas Kommunikationsregeln, deren Anwendung den öffentlichen Diskurs um Gerechtigkeitsfragen kennzeichnet. Zentral ist dabei die Unterstellung, dass diese ‚Diskursregeln' nicht im Sinne von z. B. Regeln des Schachspiels angewendet werden, sondern in der alltäglichen Redepraxis immer schon vorausgesetzt werden. In der Praxis des öffentlichen Diskurses werden diese Regeln in Form von Argumentationen quasi reflexiv und in ihrer idealtypischen Form wirksam. Habermas betont den kontrafaktischen Charakter dieser Regeln: Die TeilnehmerInnen an Diskursen müssen sie als geltende Bedingungen unterstellen, um am Diskurs teilzunehmen. Im Kern dieser Regeln steht der "zwanglose Zwang des besseren Arguments" (Habermas 1983: 98), also die grundlegende Voraussetzung, den Regeln und dem Überzeugungsanspruch von Argumenten zu folgen. Habermas nennt selbst drei Diskursregeln, die seine Überlegungen auf den Punkt bringen:

„(3.1.) Jedes sprach- und handlungsfähige Subjekt darf an den Diskursen teilnehmen.

(3.2) a. Jeder darf jede Behauptung problematisieren.
b. Jeder darf jede Behauptung in den Diskurs einführen,
c. Jeder darf seine Einstellungen, Wünsche und Bedürfnisse äußern.

(3.3) Kein Sprecher darf durch innerhalb oder außerhalb des Diskurses herrschenden Zwang daran gehindert werden, seine in (3.1) und (3.2) festgelegten Rechte wahrzunehmen.

Dazu einige Erläuterungen. Regel (3.1) bestimmt den Kreis der potentiellen Teilnehmer im Sinne einer Inklusion ausnahmslos aller Subjekte, die über die Fähigkeit verfügen, an Argumentationen teilzunehmen. Regel (3.2) sichert allen Teilnehmern gleiche Chancen, Beiträge zur Argumentation zu leisten und eigene Argumente zur Geltung zu bringen. Regel (3.3) fordert Kommunikationsbedingungen, unter denen sowohl das Recht auf universellen Zugang zum, wie das Recht auf chancengleiche Teilnahme am Diskurs ohne eine noch so subtile und verschleierte Repression (und daher gleichmäßig) wahrgenommen werden können." (Habermas 1983: 99)

Habermas definiert damit die tatsächliche Partizipation am Diskurs zum Ausgangspunkt der öffentlichen Debatte. Öffentlichkeit ist also nicht ein Raum, in dem die Angehörigen einer Elite um Anerkennung kämpfen oder nur der Ort, an dem ein parlamentarischer Ausschuss tagt. Öffentlichkeit entsteht durch eine bestimmte Verfahrensweise - die Kommunikationsregeln, die die Teilnehmer akzeptieren – und ermöglicht potenziell allen Betroffenen die Teilnahme an der Verhandlung für sich und gesellschaftlich relevanter Fragen.

Benhabib schließt aus diesen Überlegungen:

> „Öffentlichkeit entsteht überall dort und immer dann, wenn alle von allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Handlungsnormen Betroffenen an einem praktischen Diskurs teilnehmen, indem sie die Gültigkeit dieser Normen beurteilen. -Es kann also so viele .Öffentlichkeiten' geben, wie es kontroversielle Debatten über die Gültigkeit von Normen gibt." (Benhabib 1995a: 118)

Öffentlichkeit wird weder topographisch gedacht noch als an Sachfragen orientierte Kommissionsarbeit eines Parlamentes entworfen, sondern als tatsächlich stattfindende Debatte aller Betroffenen, die im Gespräch aus der Auseinandersetzung zwischen eigenen Interessen, denen der anderen und gesellschaftlicher Erfordernisse das Gemeinwohl generieren. Politische Fragen werden durch die Debatte zu politischen Fragen, öffentliche Orte sind dort, wo diese Debatte stattfindet, und die Teilnehmer müssen keine anderen Voraussetzungen mitbringen, als die Kompetenz, die sprachlichen Regeln soweit anwenden zu können, dass sie sowohl kognitiv folgen als selbst etwas beisteuern können.

Die Orte des Öffentlichen sind damit unendlich und, nimmt man Habermas' Idee der debattierenden Bürger ernst, immer dort, wo Bürgerinnen und Bürger gesellschaftlich relevante Fragen debattieren.

Scharfe Kritik am topographisch-agonalen, klassisch-liberalen, aber auch am Habermasschen Modell der Öffentlichkeit hat sich in den vergangenen Jahren jedoch an der Aufrechterhaltung der spezifischen Fassung des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Privatheit bzw. am ignoranten Umgang mit dieser vorausgesetzten Trennung entzündet. Im topographisch-agonalen Modell wurden politische und lebensweltliche Handlungen so voneinander unterschieden, dass lebensweltliche, private Fragen wie Erwerb, Ausgrenzung von Minoritäten auf sozialer Ebene oder die Entwertung von Lebensformen, also im Wesentlichen sozio-kulturelle Fragen, als zerstörerisch für die Sphäre des Politischen angesehen wurden. Damit wurde die thematische und räumliche Trennung von privater Sphäre und öffentlichen Belangen und Räumen als unüberwindliche und logische Voraussetzung des politischen HandeIns konzipiert. Im klassisch-liberalen Modell wurde die vorgängige Unterscheidung von privaten und politisch-öffentlichen Themen vorausgesetzt, weil nur so der kleinste gemeinsame Nenner - die Einigung auf Rechtsnormen - erreicht werden konnte und dies die Voraussetzung für den Erhalt der politischen und sozialen Ordnung darstellte. Ebenso wurde die öffentliche Debatte eher als Verhandlung zwischen Vertragspartnern, denn als Dialog von ‚lebendigen' Subjekten mit Ansprüchen und Vorstellungen konzipiert. Hier werden Themen und ‚Eigenschaften' in die private Welt verschoben und sollen dort als ästhetische, idiosynkratische Fragen behandelt werden. Auch im Diskursmodell wird letztlich versucht, an der liberalen

Tradition, der strikten Trennung von privaten und öffentlichen Fragen festzuhalten. In Habermas' frühem Konzept von Öffentlichkeit (entwickelt in der Studie zum Strukturwandel der Öffentlichkeit) wird die Privatsphäre als konstitutiv für die Entstehung der modemen Staats- und Gesellschaftsform verstanden; sie wird jedoch nicht systematisch auf die Funktionsweise und Gestaltung der Öffentlichkeit bezogen, sondern verbleibt als Residualkategorie, die Raum für die andere Ebene menschlichen Daseins – Liebe, Emotion, Rekreation und Bedürfnisbefriedigung - bietet. In späteren Fassungen, so hat Benhabib gezeigt, wird durch die stärkere Diskursivierung der Öffentlichkeit eine vorgängig thematische und räumliche Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit unmöglich. Dennoch wurde die Trennung weiterhin stillschweigend vorausgesetzt und in moralphilosophischen Überlegungen begründet. Auch in Habermas' Diskursmodell bleibt die Generierung des Gemeinwohls gebunden an die Vorstellung eines Subjektes, das von privaten Bindungen und Verankerungen absieht. Es trennt also immer schon zwischen - moralphilosophisch gesprochen – Fragen des guten Lebens und wirklich normativen Fragen. Fragen des guten Lebens sind private Fragen, die von Fragen des Gemeinwohls als öffentliche Fragen prinzipiell abgrenzbar bleiben.

3. Das Problem des guten Lebens **und** die Gerechtigkeit

Zum Schluss dieses Abschnittes zur politischen Konzeption von Öffentlichkeit möchte ich den oben genannten Zusammenhang und seine Bedeutung für die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit diskutieren, denn in der moralphilosophischen Debatte um die Fragen des guten und des richtigen Lebens laufen die bisher aufgerollten Fäden dieses Kapitels zusammen - nämlich die konstitutive Rolle der Privatheit für die Öffentlichkeit und die Verknüpfung mit Genderstereotypen - sowie die Bedeutung der Dynamik von Privatheit und politischer Öffentlichkeit für den Demokratisierungsprozess.

Die Lebendigkeit von Demokratien - so sehen es partizipative Demokratietheorien – hängt wesentlich vom Engagement der Subjekte und ihrer Integration in den politischen Prozess ab. Das Konzept der diskursiven Öffentlichkeit reflektiert diesen Zusammenhang, in dem es auf die Sphäre zwischen Staat und Gesellschaft verweist, in der von politischem Entscheidungsdruck freie Subjekte oder Assoziationen über die Fragen des Gemeinwohls reflektieren und durch ihre Aktivitäten - z. B. Bürgerversammlungen, Nachbarschaftsinitiativen, Bür-

gerbewegungen oder Assoziationen wie das russische Memorial" - das Gemeinwohl auch erzeugen.

In der Diskussion um die Orte des Öffentlichen wurde bereits die Frage nach den Themen, die in den Öffentlichkeiten verhandelt werden, angesprochen. Die Diskussion des Konzeptes der Öffentlichkeit hat gezeigt, dass zum einen Öffentlichkeit und Privatheit konstitutiv aufeinander bezogen sind. Auf die Bedeutung dieses Verhältnisses werde ich noch zurückkommen. Zum zweiten ist deutlich geworden, dass in der Konzeption des Öffentlichen die Frage nach der internen Gestaltung der Gesellschaft und den Voraussetzungen für Beteiligung und Themenwahl relevant wird.

In den traditionellen Konzeptionen von Öffentlichkeit schien die Frage nach Form und Themen des Öffentlichen leicht zu beantworten: Die Geschicke des Staates, die Gewährleistung ökonomischer Freiheit und Erfolge, die rechtsstaatliche Sicherstellung politischer und persönlicher Freiheit und die politische Teilhabe waren die Themen, die vom privaten Lebensschicksal, von ästhetischen Fragen, von den idiosynkratischen Vorlieben und den privaten Bedürfnissen unterschieden werden konnten. Der Blick auf die Debatten moderner Gesellschaften hat gezeigt, dass diese vorgängige Festlegung bestimmte gesellschaftliche Gruppen und deren Themen systematisch ausschließt und die soziale Ordnung, die diesen Ausschluss erzeugt, schlicht als gegeben voraussetzt. Die zentrale Frage der modemen Demokratietheorien, die die Sphäre des Öffentlichen als GelenksteIle für die Integration der Subjekte in den politischen Prozess konzipiert, ist zum einen, wie relevante von irrelevanten Fragen unterschieden werden können. Zum anderen - und dies ist die grundlegende Problematik - stellt sich die Frage, wie es möglich sein könnte, in einer historischen Verfassung, in der alle Traditionen sich verflüssigen, die zur Stabilität notwendigen Übereinkünfte so sicherzustellen, dass allen Ansprüchen Genüge getan wird und gleichzeitig die Voraussetzungen für den demokratischen Prozess erhalten bleiben.

Klar ist bisher, dass in den hier vorgestellten Ansätzen und Debatten die Erzeugung von Gerechtigkeit und das Wohlergehen der Gesellschaftsmitglieder'" als Ziel der politisch-öffentlichen Debatte gesehen wird. Dies heißt mit

---

18 Zur Tätigkeit und Bedeutung der Organisation »Mernorial« (die sich mit Menschenrechtsfragen und der Aufarbeitung des Stalinismus befasst) für den Demokratisierungsprozess Russlands siehe Langenohl 2000 und Ritter 200 I,

19 Die Zielvorstellung utilitaristischer Theorieansätze wie die Rational-Choice-Theorie oder systemtheoretische Ansätze werden hier nicht mit einbezogen, da sie keinen Begriff des Normativen haben, sondern Normen als Variante von Nutzen kalkulierender Rationalität verstehen, wie z. B. Coleman (z. B. 1990), oder aus systemtheoretischer Perspektive als jeweils systemimmanent funktionale nicht weiter begründbare Handlungsorientierungen wie bei Luhmann (z. B. 1999). So argumentiert auch Young, wenn sie ihre demokratietheoretischen Überlegungen nur auf die deontologi-

anderen Worten, dass im Bereich des Öffentlichen normative Fragen verhandelt werden. Es handelt sich dabei also um politische Fragen, die nicht im Bereich der administrativen Rationalität oder der bürokratisch sichergestellten Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen liegen, sondern um den normativen Kern politischer Fragen kreisen: Wie wollen wir leben, wie sollen die Institutionen der Gesellschaft gestaltet sein, was ist gerecht, wer darf politisch und sozial partizipieren? - sind die Fragen, die in der Sphäre des Öffentlichen verhandelt werden." In all diesen Fragen werden Formen des Zusammenlebens und die normativen Regelungen, wie die Anerkennung verschiedener Lebensformen, die Inklusion bzw. Exklusion aus Partizipationsprozessen und soziale und politische Gerechtigkeit, debattiert.

Diese normativen Fragen sind wiederum der Kern des Gemeinwohls, in dessen Generierung - zumindest aus der Sicht der partizipativen Demokratietheorien - alle Subjekte prinzipiell miteinbezogen werden müssen, damit Demokratien sozial und kulturell verankert sein können.

In den politischen Theorien wie auch in moralphilosophischen Überlegungen von Kant über Hobbes zu Rawls und Habermas, die sich mit der Entstehung des Gemeinwohls befassen, wird die Unparteilichkeit bzw. Neutralität und das Absehen von privaten Kontexten als die Voraussetzung zur Erzeugung von Gerechtigkeit und Gemeinwohl betrachtet. Nicht nur bei Rawls, der explizit die Verankerung als privates Subjekt, Emotionen, Vorlieben und Bedürfnisse aus dem Prozess der Generierung von Gemeinwohl herausnehmen und unter einen "Schleier des Nichtwissens" (Rawls 1979) legen will, auch bei Habermas finden sich in gewisser Form Neutralität und Unparteilichkeit, also die Absehung von persönlichen Kontexten, als systematische Voraussetzung zum rationalen Handeln. Auch seine Konzeption des Öffentlichen bleibt "gender-blind" (Benhabib 1995a: 124) und er interpretiert z. B. die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als Frage der idiosynkratischen Variante des guten Lebens. Obwohl er durchaus die Ungerechtigkeit bei der Partizipation von Frauen in der Politik und der Wirtschaft einsieht, versteht er die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und ihre Folgen als private Entscheidung für eine Lebensform, die nicht durch einen Diskurs in der politischen Öffentlichkeit politisiert, den Eingriffen des Staates ausgesetzt und verrechtlicht werden dürfe. Fragen der privaten Arbeitsteilung werden so nicht im gesellschaftspolitischen Kontext verhandelt, sondern als Fragen des guten Lebens, die eben nicht nach den Kriterien der kommunikativen Vernunft durch einen Konsens entschieden bzw. geregelt werden können.

---

sehe Tradition in der Philosophie bezieht und utilitaristische Ansätze außen vor lässt, vgl. Young 1995: 250.

20 Konkret sind dies im bundesdeutschen Kontext z. ß. Fragen der Einwanderung und des Asyls, der Korruption, der Bildung, der Altersversorgungen etc.

Iris Marion Young kritisiert an Habermas und seinem diskurstheoretischen Modell der Öffentlichkeit zwei Punkte: Zum einen sieht sie die Bedingung der Unparteilichkeit als transzendentale Voraussetzung für den demokratischen Prozess eingeführt. Habermas sagt, dass das Gemeinwohl erzeugt werden kann, weil alle Subjekte durch ihre Interaktionen die Möglichkeit einer Einigung, eines Konsenses *immer schon* unterstellen. Die Bedingungen der idealen Sprechsituation, die Habermas in seiner Diskursethik als Ausgangspunkt der Möglichkeit zum Konsens setzt, sind als Idealtypus im Webersehen Sinne konstruiert: In jeder Interaktion der lebendigen Alltagssprache wird sowohl die Fähigkeit aller Beteiligten zur rationalen Argumentation, die prinzipielle zeitliche Unendlichkeit der Debatte und die Herrschaftsfreiheit der Situation als konsensuale Voraussetzung zur Interaktion unterstellt. Die Subjekte, so Habermas, richten ihre Debatten über normative Fragen nach Bedingungen, die die Kooperation zur Erzeugung des Konsenses und die Neutralisierung anderer Motive beinhalten. Damit schleicht sich nach Youngs Einschätzung die Forderung nach Unparteilichkeit und das Absehen von dem je Besonderen und Spezifischen wieder ein. Universalität als Zielperspektive und Unparteilichkeit gehören ihrer Ansicht nach zusammen:

> "Die Forderung der normativen Vernunft nach Unparteilichkeit enthält eine Forderung nach Universalität. Wer unparteiisch die Vernunft gebraucht, der behandelt alle Situationen nach denselben Regeln, und um so mehr diese Regeln auf die Einheit einer einzigen Regel oder eines einzigen Prinzips reduziert werden können, um so mehr wird diese Unparteilichkeit und Universalität garantiert sein." (Young 1995: 252).

Mir scheint jedoch, dass Habermas' idealtypische Konstruktion der idealen herrschaftsfreien Sprechsituation die einzige Möglichkeit ist, die Wahrheitsfähigkeit von moralisch-praktischen und ästhetisch-expressiven Fragen überhaupt zu begründen.[21] Gehen wir nicht mehr von einem substanziellen Wahrheitsbegriff aus und folgen wir nicht den Vorstellungen utilitaristischer Ansätze, die Wahrheit nur unter dem Gesichtspunkt instrumenteller bzw. objektivierender Vernunft begründen bzw. Wahrheitsfragen für ein Hilfskonstrukt gegenüber der Zufälligkeit planetarischer Existenz halten, dann kann Wahrheit nur mit dem Konsens der Betroffenen und irgendeinem Maßstab für Angemessenheit begründet werden. Den Maßstab für Angemessenheit gewinnt Habermas aus seiner Sprechakttheorie, in der die Unterstellung der herrschaftsfreien Kommunikation die Voraussetzung für Interaktion überhaupt ist. Verzichten wir auf diese

---

21 Vgl. dazu die Wahrheitstheorie von Haberrnas 1981; auf diese Diskussion werde ich später zurückkommen.

Universalität, dann müssen wir m. E. auf die Wahrheitsfähigkeit von moralisch-praktischen und ästhetisch-expressiven Fragen generell verzichten. Auf diesen Zusammenhang von Sprechakttypen, Geltungsfragen und dem Zerfall der Vernunft in drei nicht aufeinander reduzierbare Formen (instrumentelle, moralisch-praktische und ästhetisch-expressive Rationalität) werde ich später bei der Diskussion der Subjekttheorie (2) zurückkommen.

Eine zweite Kritik von Young an Habermas scheint mir jedoch einen weiterführenden Gesichtspunkt zu enthalten, auf den ich mich beziehen möchte.

Sie kritisiert den Ausschluss von Begehren und Affektivität aus dem Prozess der normativen Konsensbildung hinsichtlich öffentlicher Belange. Zwar unterstellt Habermas - wie oben bereits erwähnt – in seiner Wahrheitstheorie die Wahrheitsfähigkeit von Sachfragen, normativen Fragen und ästhetisch-expressiven Fragen. In seinen moralphilosophischen Überlegungen zur Öffentlichkeit kommen die ästhetisch-expressiven Aspekte von Interaktionen aber nicht mehr zur Geltung. Youngs These ist nun, dass das Gemeinwohl einer Gesellschaft nicht durch eine vorgängige Entscheidung über die Präferierung eines Prinzips der Vernunft gewonnen werden kann. Habermas' Insistieren darauf, von Wünschen und Bedürfnissen zu abstrahieren, d. h. an einer systematischen Spaltung von moralischen Fragen und Fragen des guten Lebens zur Generierung des Gemeinwohls festzuhalten, hält Young für den Kardinalfehler seiner Demokratietheorie. Die ästhetischen Ausdrucksformen der neuen sozialen Bewegungen wie der Schwulen- und Lesbenbewegung in den USA gehören ihrer Ansicht nach ebenso in die politische Öffentlichkeit wie Debatten um Gerechtigkeit. Einleuchtend ist ihr Hinweis, dass, wenn wir von einer ästhetisch-expressiven Vernunft ausgehen können, diese dann auch genau wie Sachfragen, Teil von Öffentlichkeit sein kann. Dieser Einwand dient ihr dazu, die Konzentration von Habermas' Modell auf Argumentationen zu kritisieren. Die Selbstdarstellung als Vertreter einer Lebensform erscheint ihr als ausreichendes ‚Argument' in der öffentlichen Debatte um das Gemeinwohl, z. B. bei der Frage, welche Lebensform positiv sanktioniert wird.

Youngs Kritik an der Abspaltung von privater Lebensfiihrung aus dem Pool politisch-normativer Fragen überzeugt vor allem vor dem Hintergrund der Debatte, die ich in den vorherigen Abschnitten bereits reflektiert habe. Allerdings scheint mir wichtig, die Diskursivität des jeweiligen Ansinnens ins Zentrum zu stellen: Die Anerkennung verschiedener Lebensformen gehört in der Tat als legitimes Anliegen in eine politische Öffentlichkeit, jedoch müssen die damit verbundenen Forderungen oder Problematiken bei Bedarf, wenn es also in der politischen Öffentlichkeit systematisch relevant werden soll, mit Argumenten begründet werden. Die schiere Selbstdarstellung scheint mir politisch zwar als demonstrativer Akt sinnvoll, kann aber zur Generierung von Gemeinwohl nicht

ausreichen. Man könnte sich hingegen vorstellen, dass für die Anerkennung verschiedener Lebensformen durchaus mit Bezug auf Menschenrechte, Pluralität als Wert moderner Gesellschaften etc. debattiert werden kann.

Problematisch ist bei Habermas der systematische Ausschluss von Fragen des guten Lebens aus der politischen Öffentllchkeit.f Wenn wir uns die Subjekte der politischen Öffentlichkeit als frei von Wünschen und Zielen vorstellen, so taucht mit Recht die Frage auf, woher die Konflikte, die regelungsbedürftigen und zu debattierenden Fragen eigentlich kommen sollen? Seyla Benhabib (1989: 180ff.) kritisiert mit diesem Argument Rawls' Theorie der Gerechtigkeit, die von einer Idee des Nicht-Wissens um die eigenen Interessen der Beteiligten als Voraussetzung zur Erzeugung des Gemeinwohls ausgeht. Gerechtigkeit setzt laut Rawls[23] voraus, von den eigenen Wünschen und Präferenzen, der eigenen sozialen Lage, den Kümmernissen und Vorteilen abzusehen, denn nur unter Nichtbeachtung dieser Kontexte könne so etwas wie Gerechtigkeit und vernünftiges Handeln im Sinne eines Gemeinwohls entstehen. Benhabib argumentiert hingegen, dass es einen Konflikt um das Gemeinwohl nicht geben würde, wären wir nicht mit verschiedenen Interessen, Kompetenzen und Begabungen ausgestattet. Konflikte um normative Fragen entstehen erst aus dem Aufeinanderprallen verschiedener Wünsche, Interessen und Bedürfnisse. Könnten wir von diesen absehen, dann gäbe es keinen Grund mehr zur Auseinandersetzung und zur Argumentation, denn das Gemeinsame ergäbe sich von selbst.

Mit dieser Kritik wendet sie sich auch gegen eine fixierende Differenzierung von öffentlichen und privaten Themen. Im liberaldemokratischen wie auch im Habermasschen prozeduralen Modell von Öffentlichkeit werden die *kontextuellen* Fragen, die die Inhalte der öffentlichen Debatte soziologisch gesehen rahmen, abgespalten und den Fragen des guten Lebens zugewiesen.

In ihrer Beschäftigung mit dieser Frage bezieht sich Benhabib auf die politischen Kämpfe der Frauenbewegungen, um zu zeigen, dass dort Fragen, die eigentlich als Privatsache – wie z. B. die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – galten, und die aus der Perspektive der Moralphilosophie als Fragen des guten Lebens als nicht generalisierbar betrachtet wurden, in öffentlich relevante Fragen der Gerechtigkeit und der gleichen Teilhabe an den Gestaltungsprozessen der Gesellschaft verwandelt wurden. Niemand kann heute mehr ernsthaft bestreiten, dass die geringen Zahlen von Frauen in Führungspositionen in Politik, Ökonomie und Wissenschaft auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und damit auf ein hierarchisches und ungerechtes Verhältnis in der Gesellschaft verweisen. Lediglich das Zustandekommen und die Reproduktion dieses Verhältnisses ist strittig und einer Analyse bedürftig. Strittig sind ebenso die Wege,

22 Vgl. dazu Ilabermas 1983, 1992.
23 Vgl. dazu z. B. Rawls 1979.

die zu einer Veränderung fuhren könnten. Diejenigen, die keine Veränderung wünschen, geraten zunehmend unter Legitimationszwang, und ihre Positionen und Aktivitäten werden von einer politischen Öffentlichkeit debattiert. Die Frauenbewegung und andere soziale Bewegungen wie z. B. die Afroamerikanisehe Bewegung oder die Indian-Nation-Movements und ihre Kämpfe um BürgerInnenrechte, um die Anerkennung ihrer Lebensweise und um die gleiche Teilhabe an den Chancen der Gesellschaft haben deutlich gemacht, dass die thematische Grenze zwischen öffentlichen und privaten Fragen so nicht mehr gezogen werden kann. Dies zeigt, dass Fragen des guten Lebens immer auch Teil von Debatten um Partizipation, Exklusion und Missachtung sind.

Benhabib und andere feministische Autorinnen" sehen die Antwort auf die debattierte Frage darin, die Agenda des Öffentlichen immer wieder neu zu verhandeln. Um Benhabibs Argumentation zu stützen, könnten wir sogar Habermas' Wahrheitstheorie selbst hinzuziehen: Wenn es richtig ist - wie Habermas in seiner Theorie des Kommunikativen Handeins (1983) darlegt -, dass sowohl präpositionale wie normative wie auch ästhetisch-expressive Fragen wahrheitsfähig sind, dann müssen auch solche Konflikte wie die um die Anerkennung verschiedener sexueller Orientierungen Themen in der politischen Arena des Öffentlichen sein können. Dann können auch sie einen Anspruch haben, im Zusammenhang mit den Fragen des Gemeinwohls zur Geltung zu kommen.

Die Auseinandersetzung mit den diskutierten Autorinnen hat bisher zur breiter angelegten und einer der modemen Gesellschaft angemessenen Fassung der politischen Öffentlichkeit gefiihrt: Die Sphäre des Öffentlichen muss verstanden werden als das Zusammenkommen von sowohl zeitlich stabilen als auch temporär sich bildenden Assoziationen und Zusammentreffen, in denen politisch interessierte Subjekte sich zusammensetzen, um die ihnen als relevant erscheinenden Fragen zu debattieren. Zudem können auch in politischen Öffentlichkeiten Lebensformen und ihre Anspruche auf Anerkennung .dernonstriert', d. h. jenseits argumentativer Auseinandersetzung eingebracht werden.

Es handelt sich also um Öffentlichkeiten, die keinen topographisch ein- und abgrenzbaren Raum mehr bezeichnen, sondern symbolische Orte sind, die immer da entstehen, wo Debatten bzw. Auseinandersetzungen um Fragen politischer und normativer Relevanz betroffen sind.

Außerdem können wir festhalten, dass die Agenda der öffentlich relevanten Themen nicht von vornherein festgelegt sein kann. Mit der Vervielfältigung der Orte ist auch eine Vervielfältigurig der möglichen Themen verknüpft: Welche Themen, Fragen und Konflikte für das Gemeinwohl relevant sind, kann erst in der Debatte um sie entschieden werden. Die Themen, die von interessierten

---

24 Dies sind, um nur einige Namen und Texte zu nennen, Nancy Fraser 1994, Jean Cohen 1994 und für die deutsche Diskussion Holland-Cunz 1994, 1998.

Subjekten oder gesellschaftlichen Gruppen in die Öffentlichkeit getragen werden, bewegen sich im Spannungsfeld normativer und ästhetisch-expressiver Fragen um die Art des Zusammenlebens, der Gestaltung der Gesellschaft, der Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen und der Anerkennung von Lebensformen. Die Art der Verhandlung, die geführt wird, ist allerdings letztlich die Debatte, nämlich der Austausch von Argumenten, mit denen zu debattierende Fragen in ihrer Bedeutung für das Gemeinwohl und die Regelung der konfligierenden Anliegen vorgetragen, begründet oder kritisiert werden.

Die von mir hier rekonstruierte Diskussion verweist mit ihrem Bezug auf Fragen des guten Lebens, der Kontexte und der Lebensformen auf die Sphäre des Privaten, denn die eindeutige Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit wurde mit Neufassung des Konzeptes von Öffentlichkeit zunächst aufgehoben. Wie können wir also anlässlich dieser Differenzierung nun die Sphäre des Privaten und ihren Bezug auf Öffentlichkeit besser fassen?

4. Die Bedeutung der Privatheit

Sowohl in der klassischen Diskussion um Öffentlichkeit wie auch in der diskursorientierten Rekonstruktion von Öffentlichkeit wird die Bedeutung der Privatsphäre als für die Entstehung von Öffentlichkeit konstitutive, weil quasi entgegengesetzte Sphäre betont. In diesem dichotomischen Modell wird gezeigt, dass eine politische Öffentlichkeit ihre Kraft zur Generierung von Normen deshalb entwickeln kann, weil sie eine Mediationssphäre ist, die zwischen den gesellschaftlichen Sphären - den staatlichen Interessen und den privaten Idiosynkrasien – angesiedelt ist. Sie dient dazu, die Angelegenheiten, die als nichtprivat und damit nicht bloß individuell, sondern im Interesse der Gesamtheit der Gesellschaft oder einer Gruppe verstanden werden, zur Geltung zu bringen. Sie kann eine Mediationssphäre sein, weil sich in ihr Personen begegnen, die als Privatpersonen in gewisser Weise frei sind von Bindungen, die sie zwingen würden, eine vorgegebene und für die Generierung von Normen nicht förderliche Perspektive einzunehmen. In Habermas' Studie zur Öffentlichkeit wird, wie gezeigt, dieser Aspekt und die Bedeutung der Familie als Ort des Nicht-Öffentlichen betont. Die Bedeutung der Privatsphäre lag zum einen darin, dass dort andere Formen der Kommunikation gelten sollten als im Wirtschaftsraum, der durch eine Strukturierung nach profit-orientierter Rationalität gekennzeichnet war. Ebenso sollte das Prinzip der politischen Sphäre – nämlich die bürokratische und machtbezogene Rationalität und die Generierung von Gemeinwohl - nicht auch noch im Privaten Vorrang haben. Das private Leben sollte ein Hort des Emotionalen sein, in dem gerade nicht Rationalitäten des Kalküls und der

Macht herrschen, sondern in dem den Notwendigkeiten liebender und fürsorglicher Beziehungen gefolgt werden kann. Die Familie als Ort des privaten Lebens wird durch Liebe gebildet und durch die Sorge füreinander zusammengehalten. Idealtypisch konstruiert sind emotionale Bindung, Leidenschaft und Güte die Prinzipien, die die private Sphäre regeln. Zuständig für die private Sphäre waren – wie bereits oben ausgeführt - die Frauen, die als besonders geeignet dafür verstanden wurden. Die verschiedenen konzeptuellen Debatten des 18. und 19. Jahrhunderts zur Gestaltung der Privatsphäre, die widersprüchlichen Entwicklungen in der Durchsetzung dieser Konzepte und die juristische Ausgestaltung und Sicherung der Privatsphäre will ich hier nicht im Detail rezipieren." Für uns ist die generelle Konzeption des Privaten interessant, die Rebekka Habermas so zusammengefasst:

> „Wie nun zweitens das weibliche Geschlecht und die Familie das Private gestalten sollten, ergab sich aus dieser natürlichen Differenz der Geschlechter fast schon von selbst: Eben als Hort des Gefühles, der Natürlichkeit, der Hingabe, des Anstands und der Sittlichkeit. Man beschwor die ‚Tugend der Häuslichkeit' herauf und adelte des ‚Weibes Beruf im Hausinneren zur wahren ‚Zivilisationshüterin'. Hier sollte - so etwa sah Hegel - ‚Die ruhige Anschauung, ... die unentzweite Individualität' herrschen, hier sei, so Schleiermacher, die ‚Seele des häuslichen Glückes' zu finden. Ganz ähnlich lesen sich die Beschreibungen in Briefen und Tagebüchern aus bürgerlichen Kreisen. Seitenlang wurde da die neue Sphäre des Privaten heraufbeschworen. Eine regelrechte Idylle des Innerhäuslichen wurde in schillernden Farben entworfen. Die Ungezwungenheit, mit der man sich hier im Unterschied zum öffentlichen Raum bewegen könne, wurde betont. Aber auch die Ruhe, die Möglichkeit des Rückzugs und die fast sakrale Reinheit des Innerhäuslichen wurden beteuert. Demgegenüber sei die Öffentlichkeit als Ort der Männlichkeit geprägt von Kalkül, Erwerbsstreben. emotionaler Kälte, wenn nicht gar von Falschheit und Arglist und von den schweißtreibenden Anstrengungen des schnöden Gelderwerbs." (R. Habermas 2001: 295)

Über die Privatheit, ihre konstitutive Bedeutung für die Gestaltung des Öffentlichen und die damit verknüpfte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist insgesamt aus der Perspektive der Demokratietheorie wenig geschrieben worden." Von den Traktaten zur Erziehung der Frauen und zur Gestaltung ihres Sozialcharakters als Hüterin des Heimes, der Beziehungen und der Moral abgesehen, bleibt die Privatsphäre theoretisch und analytisch letztlich eine Residualkategorie: Sie ist notwendig, um die Dinge, die im Öffentlichen verhandelt werden, quasi-formal als Negation des Privaten zu kennzeichnen. Sie ist - aus dieser

25 Vgl. dazu auch Hausen 1978 oder Rössler 2001.
26 Vgl. dazu Rössler 2001, die die zentralen Debatten um die Privatheit aus politikwissenschaftlicher Sicht rekonstruiert.

Perspektive – notwendig für die Existenz von Öffentlichkeiten, aber eben selbst nicht-öffentlich und daher auch nicht relevant für die interne Gestaltung des Öffentlichen.

Erstaunlich ist diese Lücke in der systematischen Analyse der Privatsphäre auch vor dem Hintergrund, dass Jürgen Habermas die Entstehung der politischen Öffentlichkeit aus den privaten Zirkeln des Bürgertums heraus beschreibt. Nicht nur die neu entstehende Presse als Informationshändler oder Meinungsdebatteur, sondern gerade auch die privaten Zirkel der Bürgerinnen und Bürger, in denen die Debatte zwischen literarischen, sozialen und politischen Fragen changierte, sind die Orte, an denen einige grundlegende Aspekte, die das Öffentliche ausmachen, entwickelt wurden. Es handelt sich dabei um die potenzielle Absehung vom Stand der Person, die Orientierung an der Bildung der Teilnehmer, die Wechselseitigkeit von Publikum und Vortragendem, die Freiheit des Wortes und die Orientierung an der rationalen Argumentation. In den privaten literarischen Salons des 18. und 19. Jahrhunderts wurden in den Debatten um Literatur und politische Fragen genau die Unterscheidungen zwischen den das Gemeinwohl betreffenden Fragen und den persönlichen Idiosynkrasien kategorial entwickelt. Es scheint also so zu sein, dass die Entstehung von Öffentlichkeit im Privaten angesiedelt ist und wir von einer engen Verwobenheit von privaten und öffentlichen Orten ausgehen können. Dieser Zusammenhang ist in der Diskussion um Öffentlichkeit und ihre politische wie soziale Bedeutung theoretisch nicht systematisch genug reflektiert worden. Bedeutsam war die Sphäre des Privaten aus der Perspektive der Trennung von Staat und Gesellschaft. Religiöse Fragen und die persönliche Lebensgestaltung wurden zu Fragen des privaten Menschen. Persönliche Freiheit, individueller Wille und die Freiheit der Lebensgestaltung gehörten zu den Grundvorstellungen, die den Privatmann kennzeichnen, der aufgrund seiner Fähigkeiten zum rationalen Denken an der politischen Herrschaft beteiligt werden konnte. Diese Sphäre, und das war ihr hauptsächliches Kennzeichen, sollte vor den Eingriffen des Staates geschützt werden.

In den modemen Demokratietheorien wurden dann die Fragen der internen Gestaltung der politischen Öffentlichkeit(en) diskutiert vor dem Hintergrund der Überlegungen, wie man angesichts der Verflüssigung von allen Traditionen noch das Gemeinwohl erzeugen und politische Teilhabe aller ermöglichen könnte. Die Themen des Privaten und die temporär sich gestaltenden Öffentlichkeiten, die auch im Bereich des Privaten .geschehen' können, gerieten erst mit der feministischen Debatte – wie ich oben gezeigt habe – um den Ausschluss bestimmter Themen und Gruppen wieder ins Blickfeld. In der feministischen Diskussion ist dann der Begriff des Privaten deutlicher ausgearbeitet worden. In den Arbeiten der politischen Theoretikerinnen stand die Gestaltung der Öffentlichkeit und der Ausschluss der Frauen und gewisser Themen im Vordergrund.

Es wurde im Wesentlichen die strikte Grenzziehung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit kritisiert und in ihrer Verschleierung über Machtverhältnisse im Privaten (und Öffentlichen) entlarvt. Mehr als deutlich konnte gezeigt werden, dass die Grundlage demokratischer Gesellschaften, nämlich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – Frauen sind tätig im Privaten, gestalten Heim, Familie und die sorgenden Beziehungen, während die Männer die gesellschaftlichen Machtbeziehungen in der Sphäre der Ökonomie und Politik einnehmen - ein Machtverhältnis darstellt und daher zutiefst undemokratisch ist. Privatheit wurde insbesondere unter diesem Gesichtspunkt analysiert. Auf diesen Aspekt, den Zusammenhang von Privatheit und geschlechtsspeziftscher Arbeitsteilung bzw. Erwerbswelt komme ich im nächsten Kapitel. Zunächst möchte ich die Bedeutung des Privaten aus demokratietheoretischer Sicht begrifflich besser fassen.

Oben habe ich schon ausgeführt, dass die Fragen des guten Lebens, die Fragen der privaten Orientierungen und der Lebensform generell als nicht relevant für die Entwicklung des Gemeinwohls betrachtet wurden. Diese Themen und die damit korrespondierenden Lebensbereiche - die private Sphäre - waren den Frauen zugeordnet. Die dort situierten Notwendigkeiten und Abläufe Jagen und liegen immer noch in den Händen der Frauen. Die bisherige Zuständigkeit für diese Fragen hat dazu geführt, dass die Interessen der Frauen intern mit den Notwendigkeiten der Privatsphäre verknüpft sind. Erst durch die Debatten der Frauen darüber, wie sie ihre Wünsche, Erfahrungen und Interessen politisch-öffentlich zur Geltung bringen, hat deutlich gemacht, wie und dass die Sphäre des Privaten zum Ausgangspunkt der politisch-öffentlichen Debatte wird. Was Männer aus ihrer Perspektive schlicht als Ressource voraussetzen, wird nun in seinen Potenzialen zur Gestaltung des Öffentlichen und in seiner Eigendynamik sichtbar.

Zunächst wurde in der Debatte deutlich, dass bis dahin als privat und idiosynkratisch verstandene Themen von Frauen als Themen ihres Interesses mit dem Anspruch auf gesellschaftliche Relevanz - wie z. B. Gewalt in der Ehe oder die Zuständigkeit für die Familienarbeit - formuliert und damit in die öffentliche Debatte katapultiert wurden. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen schienen die Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit so zu verschwimmen, dass Privatheit generell in den Sog des Öffentlichen geriet."

Doch die Auseinandersetzungen um den Slogan "Das Private ist politisch" haben den Begriff des Privaten selbst auch geschärft und dabei gezeigt, inwieweit die Privatheit eine Sphäre eigener Logik und Gestaltung ist und bleiben soll. Die Kritik der Frauenbewegung am Ausschluss von Themen und Personen mündete in eine Debatte darüber, dass das Private gedeutet werden muss und

27 VgL dazu z. 8. 8enhabib 1995b.

nicht weiter als Residualkategorie des Politischen unbedeutend bleiben kann. Christel Eckart fasst die Bedeutung des Privaten so zusammen:

> .Privatheit ist (...) nicht in erster Linie ein Raum, in dem bestimmte Rechte gelten oder nicht gelten. Sie ist vielmehr ein an die Person gebundener unhintergehbarer Bereich, der sie befähigt, sich in sozialen und öffentlichen Kontexten zu behaupten." (Eckart 2001 : 2)

Privatheit ist der Bereich, in dem die Subjektivität einer Person gewonnen und gestaltet wird und sich entfalten kann, ein Bereich, in dem die Bedürfuisse des Selbst und die Reflexion auf das Selbst, die Wünsche und das Eigene ihren Platz haben.

Insofern ist Privatheit eine elementar notwendige Sphäre, in der die Subjekte ihre Form des Lebens finden und in emotional bedeutsamen Interaktionen ihr Inneres gestalten und reflektieren. Hier wird Selbstvergewisserung ermöglicht, auch die Infragestellung und Überprüfung des Selbst in seinen Kontexten, die wiederum das jeweilige Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit sowie das Verhältnis zu sich selbst rahmen.

Eckart (1995) geht davon aus, dass die politische Öffentlichkeit auf Subjekte angewiesen ist, die in kreativen Prozessen der Selbstvergewisserung ihre

Vorstellungen und Ausdrucksformen entwickeln. Die Subjekte entfalten und stärken sich in der privaten Sphäre in ihrer Eigenheit und Individualität und können erst so in der öffentlichen Auseinandersetzung bestehen und diese inhaltlich gestalten. Nur so kann die Sphäre des Öffentlichen mehr sein als die ewige Wiederholung des bereits Definierten. Privatheit ist damit mehr als nur eine Ressource für das ‚eigentlich relevante' Öffentliche, sondern sie ist in ihrer Eigenständigkeit und als geschützter Raum ein notwendiger und unhintergehbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Prozesses.f"

Jean L. Cohen und Beate Rössler haben in ihren Arbeiten zwei Vorschläge erarbeitet, Privatheit im Rahmen der politischen Theorie differenziert zu konzipieren. Diese beiden Konzepte werde ich im Folgenden diskutieren.

Jean L. Cohen hat sich in ihren Arbeiten zur Zivilgesellschafr" mit den konzeptionellen Problemen von normativen Demokratietheorien beschäftigt. Sie teilt einerseits die Kritik an den universalistischen Elementen der liberalen Theorien, die Gruppen und Themen, die nicht den Vorgaben entsprechen, systerna-

---

28 Vgl. zu der Diskussion z. B. den Sammelband von Brückner/ Meyer (l 994a), darin vor allem die Aufsatze von Cohen und Brückner. Vgl. auch Flaake, die die inneren Schwierigkeiten von Frauen in der Öffentlichkeit reflektiert (1991b).

29 Vgl. *Cohenl* Arato 1992. Mit dieser Arbeit haben die beiden AutorInnen einen theoretischen Entwurf vorgelegt, der die politische Theorie der Zivilgesellschaft mit soziologischen Ansatzen zur Lebenswelt und zu sozialen Beziehungen verknüpft,

tisch ausschließen. Aber sie will festhalten an der Institution der Öffentlichkeit, da i. E. nach "die Frage der Demokratisierung der Gesellschaft immer noch und vor allem eine Frage der Institutionalisierung und Re-Institutionalisierung eines öffentlichen Raumes ist" (Cohen 1994: 302). Um jedoch an der mit einer starken Öffentlichkeit verknüpften Universalisierung (von Normen, Rechten, Prinzipien) festhalten zu können, sieht sie die Notwendigkeit, das Konzept der Privatheit zu reformulieren." Privatheit stand und steht bisher für die Differenz, das Andere, das Besondere, all das, was eben nicht universalisierbar ist, aber dennoch anerkannt werden soll als wertvoll für die Gesellschaft. Ihr Vorschlag für ein neues Konzept der Privatheit setzt an den Rechtsgrundlagen an. Sie favorisiert ein Recht auf Privatheit, das an das Individuum - und nicht an die Familie - gebunden sein muss. Die ursprüngliche Bindung von Persönlichkeitsrechten an Privateigentum hält Cohen nicht mehr für zeitgemäß. Sie schlägt vor, die Persönlichkeitsrechte stattdessen als Rechte auf Identitätsbildung zu verstehen. In ihrer Konzeption des Rechts auf Privatheit unterscheidet sie zwei Elemente: Zum einen charakterisiert sie ein Recht auf informationelle Privatheit, das sich auf die Möglichkeit bezieht, die Informationen über die eigene Person zu kontrollieren und die eigenen Entscheidungen nicht legitimieren, begründen oder offen legen zu müssen. Das zweite Element eines eigenständigen Rechtes auf Privatheit betrifft die Entscheidungsautonomie. Hier dreht es sich um das Recht, die eigene Identität zu gestalten und zu bewahren durch die Möglichkeit, über den eigenen Körper und die Lebensform zu bestimmen:

> "Die Entscheidungsautonomie, körperliche Integrität, die Unverletzbarkeit der Persönlichkeit, die "Territorien des Selbst" eines jeden Individuums verdienen Schutz, gleichgültig wo es sich aufhält. Der Begriff eines allgemeinen, verfassungsmäßig geschützten Rechts auf Privatheit umfasst all diese Aspekte. So verstanden, könnte und sollte Privatheit das Eigentum als das symbolische Prinzip ersetzen, um das herum der Kernbereich der persönlichen Bürgerrechte organisiert ist." (Cohen 1994: 325)

Cohen will mit ihrem Vorschlag an einem Konzept der Öffentlichkeit festhalten, das sowohl temporär als auch institutionell Debatte, Entscheidungsfindung und politische Umsetzungsmacht garantiert. Dazu gehört ihrer Ansicht nach eine Konzeption des Privaten, mit der Privatheit und Öffentlichkeit weiter systematisch unterschieden werden können. Sie argumentiert also gegen die Auflösung der Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. Stattdessen schlägt sie vor, jedem Individuum ein Recht auf Privatheit zur Identitätsfindung zu garantieren. Dieses Recht auf Privatheit ist universal, soll aber zum einen Differenz und

30 Vgl. dazu Cohen 1993, 1994.

Eigenheit garantieren - nämlich durch den geschützten Raum – und zum anderen die Mechanismen, die Frauen und Themen aus dem Politischen ausgeschlossen haben, brechen. Zuletzt, und dies ist ebenso überzeugend, würde ein Recht auf Privatheit Differenz ermöglichen, ohne den normativen Rahmen universalistischer Prinzipien, auf denen Demokratien basieren, aufzugeben.

Beate Rössler hat in ihrer Arbeit "Der Wert des Privaten" (200 I) einen theoretischen Versuch vorgelegt, die Privatheit begrifflich zu fassen. Sie differenziert in gewisser Hinsicht Cohens Konzept des Rechts auf Privatheit: Kernpunkt ihrer Überlegungen ist der konstitutive Zusammenhang von Autonomie und Privatheit. Ihre Arbeit bewegt sich im Spannungsfeld der Debatten um Autonomie und Anerkennung von Differenz. Gerade die feministische Kritik am liberalen Modell der Demokratie hat ausgearbeitet, dass Demokratie bedeutet, die Differenz und das Andere anzuerkennen und als politisch und gesellschaftlich relevant zu begreifen. Aus dieser Perspektive werden alle Formen des Zusammenlebens in die Debatte geholt, da sich hier Machtverhältnisse etablieren. Damit entsteht allerdings die prinzipielle Gefahr, sich und die gewählte Lebensform - ZB. die Form patriarchaler geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung im Privaten - legitimieren zu müssen. Doch diese würde eine Entgrenzung von Privatheit und Öffentlichkeit bedeuten, die nicht wünschenswert ist: Denn der große Slogan der zweiten Frauenbewegung "Das Private ist Politisch" würde hier zum Kontrollinstrument mutieren, mit dem in den intimsten Bereich des Subjektes moralisch eingegriffen werden kann. Dies kann auch nicht im Interesse der feministischen Theorie und Politik sein, nämlich die Kritik an den Machtverhältnissen einer Gesellschaft in den Zwang zur Legitimation persönlicher Entscheidungen münden zu lassen. Autonomie und Anerkennung müssen theoretisch wie politisch in eine Balance gebracht werden, die einerseits die politische Kritik ermöglicht, andererseits aber den Schutz der persönlichen Wahl gewährleistet.

Rössler argumentiert, dass Autonomie nur möglich ist, wenn dem Subjekt Räume zugestanden werden, in denen es Entscheidungen bedenken und treffen, Überlegungen anstellen sowie Handlungen, Gefühle und Erfahrungen reflektieren und einordnen kann, ohne Eingriffe oder Kontrollversuche von außen abwehren zu müssen. Autonomie bedeutet bei Rössler, dass das Subjekt sich ungestört zu sich selbst verhalten kann. Sie unterscheidet drei Dimensionen von Privatheit: Die dezisionale, die informationelle und die lokale Privatheit. Mit diesen drei Dimensionen fängt sie die Breite und Unklarheit des Begriffs ein und systematisiert ihn wesentlich. Mit dezisionaler Privatheit fasst sie das Element der Privatheit, das am stärksten mit Autonomie verknüpft ist: Es dreht sich um die Freiheit, die Fragen, die das eigene Leben betreffen, im Kontext der gesellschaftlichen Vorgaben abzuwägen und zu entscheiden. Damit ist nicht die

Ablösung individueller Entscheidung von gesellschaftlichen Vorgaben, das Schreckensbild des Egoismus oder der anomischen Gesellschaft gemeint, sondern die Chance des Subjekts, Entscheidungen zu treffen, die nicht legitimiert oder erläutert werden müssen und sich dabei im gesetzlichen Rahmen zu bewegen. Es handelt sich dabei sowohl um Entscheidungen im Politischen, im Alltäglichen, in Beziehungen, in Fragen der Bildung und vieles mehr. Nur in Ausnahmefällen wird diese Privatheit partiell aufgehoben, nämlich **im** Zusammenhang mit Strafermittlungen oder Verbrechensaufklärung. Grundsätzlich aber ist festzuhalten, dass die Lebensfiihrung eines Subjektes, die Entscheidungen wie auch die Interpretation des biographischen Verlaufs privat und somit nicht legitimationsbedilrftig sind - so dass es, so Rössler, "niemanden etwas angeht" (2001: 169). Es muss ihm/ihr ein individueller Handlungsspielraum zugebilligt werden, innerhalb dessen er/sie sich selbst situiert,

> "denn gerade um der Autonomie und Authentizität von Personen willen muss die Differenz zwischen Anerkennung und Kontrolle strikt deutlich bleiben; das "Gründe-geben-müssen" bei Formen der ethischen Selbstverwirklichung hat seinen Autonomie *ermöglichenden* Sinn nur dann, wenn es nicht zu Einschränkungen durch die (ethischen) anderen führt; bestimmte Ideen autonomer Entwürfe sind vorstellbar gerade dann, wenn Subjekte sich zurückbeziehen können auf prinzipiell private Dimensionen ihres Lebens, nicht durch die Erprobung im angenommenen oder tatsächlichen Urteil anderer, sondern gerade in dezidierter Unabhängigkeit von ihnen oder gegen sie. Ein zu starker Begriff der Anerkennung oder Zustimmung (auch nur ethisch) anderer geht einher mit einem reduzierten Begriff des Privaten. Doch das Private wird geschätzt gerade deshalb: Weil es privat gegenüber allen möglichen anderen sein kann und weil solche strikt privaten Aspekte meiner selbst einen Teil meines Selbstverständnisses als autonomer Person ausmachen, auch als einer autonomen Person mit einer nicht-linearen Lebensgeschichte." (Rössler 2001: 169)[31]

Die dezinsionale Privatheit bedeutet also, die prinzipielle Freiheit, die eigene Lebensform unkommentiert zu lassen und nicht ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Die Anerkennung der Lebensform basiert so gesehen darauf, dem Subjekt die Freiheit zuzugestehen, ein anderes Leben als beispielsweise die Mehrheit der Subjekte zu leben. Rössler macht diese Argumente gegen Moraltheorien stark, die Anerkennungsbeziehungen im Zentrum haben. Moralische Fragen sind - aus dieser Perspektive - generalierbar, weil sie als sprachliche Deutungen intersubjektiv anerkannt werden können und quasi immer vor allen Subjekten begründet werden können. Rössler betont nun, dass für Erhaltung von Persönlichkeit aber die Möglichkeit gegeben sein muss, Entscheidungen über das eigene Leben zu treffen, ohne sie begründen zu müssen. Verstehen wir dies mit

31 Hervorhebung im Original.

Cohen als Recht auf Privatheit, ist dies überzeugend. Ich möchte aber erinnern an meine Überlegungen zur Konzeption von Öffentlichkeit im Zusammenhang mit Fragen des guten Lebens und der Gerechtigkeit." Aus der Perspektive der politischen Öffentlichkeit, müssen Subjekte, die die Anerkennung ihrer Lebensform als wertvoll und zur Partizipation berechtigend verlangen, möglicherweise den Weg der argumentativen Erläuterung gehen, um andere Gesellschaftsmitglieder quasi aufzuklären. Doch die Erläuterung, um Anerkennung zu erreichen, wäre keine Legitimation im Sinn von Rössler, sondern die Verknüpfung von privaten Entscheidungen mit Argumenten, die die Notwendigkeit der Anerkennung begründen und erläutern. Soll das Private aus politischen Gründen - vielleicht vorübergehend - Teil der politischen Öffentlichkeit werden, um etwas umzusetzen, dann begibt es sich in den Kontext der Argumentation im ethischen Diskurs. Es muss jedoch der Person freigestellt bleiben, in die Öffentlichkeit zu gehen und sich aus ihr wieder zurückzuziehen.

Die zweite Dimension des Privaten bezeichnet Rössler als informationelle Privatheit. Hier geht es um die Selbstbestimmung des Subjektes, die Informationen und das Wissen über sich und das eigene Leben zu kontrollieren. Gemeint ist sowohl die Kontrolle von Informationen oder Wissen unbestimmten anderen gegenüber - also beispielsweise der Gesellschaft, einer Behörde oder Verkäufern - als auch bestimmten anderen - wie z. B. Freunden, Verwandten, KollegInnen - gegenüber, mit denen das Subjekt engere Beziehungen pflegt.

> " (...) der Schutz informationeller Privatheit ist deshalb so wichtig für Personen, weil es für ihr Selbstverständnis als autonome Personen konstitutiv ist, (in ihr bekannten Grenzen) Kontrolle über ihre Selbstdarstellung zu haben, also Kontrolle darüber, wie sie sich wem gegenüber in welchen Kontexten präsentieren, inszenieren, geben wollen, als welche sie sich in welchen Kontexten verstehen und wie sie verstanden werden wollen. Denn eine Person reguliert mit den Informationen, die sie anderen über sich mitteilt oder die andere über sie, wie sie weiß, immer schon haben, zugleich die ganz unterschiedlichen sozialen Beziehungen, in denen sie lebt. Ohne diese Form der selbstbestimmten Kontrolle darüber, wen man was über sich wissen lassen möchte, ohne diese Form der "kontrollierten Selbstöffnung" wäre die selbstgewählte Unterschiedlichkeit von Beziehungen nicht möglich, damit auch nicht das selbstbestimmte, kontextuell je unterschiedliche authentische Verhalten anderen gegenüber und damit nicht die unterschiedlichen, selbstgewählten Formen der Auseinandersetzung mit anderen, der Kommunikation, der Deliberation über selbstgewählte, je nach Beziehungen gleichsam abgestufte Probleme und Themen, und damit auch nicht das *authentische* Finden einer Antwort auf die Frage, wie man leben will" (Rössler 2001: 209)[33]

32 Siehe Kapitel 1.3.

33 Hervorhebung im Original.

Neben der Freiheit, eigene Entscheidungen und biographische Interpretationen nicht legitimieren und erläutern zu müssen, antwortet die informationelle Privatheit auf ein im modernen Subjekt zutiefst verankertes Gefühl des Wohlbefindens oder der Scham, sich anderen in dieser oder jener Weise zu zeigen oder sich vor ihnen zu verbergen. Dazu gehört auch ein spezifisches Sozialverhalten anderer, die darauf verzichten müssen, jemanden anzusehen. Das Wissen um das Weg-Sehen ist hier eine zentrale soziale Kompetenz, die neben den rechtlichen Regelungen die Voraussetzung für die informationelle Privatheit darstellt. Eine Verletzung dieser Dimension geht dem Subjekt an die Substanz: Die ganz grundlegenden Gefühle von Scham, Wut und Peinlichkeit sind Reaktionen auf die Veröffentlichung von privaten Informationen, die zeigen, dass die informationelle Privatheit zum Kern von Persönlichkeit und Subjektivität gehört.

Doch auch hier gilt: In dem Maße, in dem ein Subjekt eine private Erfahrung für Gemeinwohl relevant hält und sie in den politisch-öffentlichen Diskurs bringt, mit dem Anspruch, sie möge berücksichtigt werden, muss sie temporär aus der privaten Sphäre in die öffentliche und damit zugängliche und debattierbare überführen. So ist die sexuelle Orientierung einer Person zutiefst Privatsache. Dennoch wird sie Teil der öffentlichen Debatte, wenn eine Person oder Gruppe sich entschließt, ihre sexuelle Orientierung zum politischen Thema zu machen, um beispielsweise Anerkennung als gesellschaftlich wertvolle Lebensform zu erstreiten. Der Weg zur Anerkennung führt zunächst einmal zwangsläufig über die öffentliche Argumentation für den Wert von Differenz und für die Berechtigung einer Lebensform. Der abstrakte Hinweis auf die Bedeutung von Differenz generell wird in der Debatte nicht reichen, Anerkennung verlangt, um Wirksamkeit zu erlangen, Konkretisierung.

Zuletzt konzipiert Rössler die dritte Dimension des Privaten – die lokale Privatheit. Erst der private Ort, der dem Subjekt allein gehört oder es über dessen Zugänglichkeit bestimmt, ermöglicht dem Subjekt tatsächlich mit sich selbst allein zu sein, sich mit sich zu konfrontieren und eine Ebene der Reflexion und der sozialen Praxis einzunehmen, ohne sich in einer Interaktionssituation zu inszenieren. Auch wenn unsere Wohnungen selbst auch Inszenierungen des Geschmacks, des Milieus oder der Selbstdarstellung sind, ist jedoch die Kontrolle über einen Ort die Voraussetzung, sich in seinen Inszenierungen zu überprüfen oder zu entwerfen. Die lokale Privatheit ist der Ort, an dem ein Subjekt seine Lebensform *leben* kann.

> "Das private Zuhause, das private Zimmer, die Familie können, sollten eine Zuflucht sein, eine Zuflucht, die wir um ihrer selbst willen schätzen und aufsuchen; die wir jedoch nicht nur um ihrer selbst willen schätzen und aufsuchen, sondern auch und vor allem deshalb, weil sie die Möglichkeit bietet, ungestört und ungesehen mit sich allein zu sein; eine Möglichkeit, die für das gelungene Erproben, Er-

lernen, Suchen und (Aspekten von) Autonomie unerlässlich scheint. Mit sich allein zu sein, um so autonom und authentisch zu suchen, was man will und "wer man sein möchte", ist offenbar ein zentraler Aspekt dessen, warum wir die einsame Privatheit suchen und schätzen; und insofern das private Zuhause so die Einsamkeit zur Konfrontation mit dem eigenen Leben sichert, insofern sind auf diese Form der Privatheit auch die Aspekte der informationellen und der dezisionalen Privatheit angewiesen. Doch das private Zuhause hat noch die andere Seite, die der intimen Beziehungen und hier ist der Ort, an dem nicht nur die intersubjektive Auseinandersetzung über und die Reflexion auf Ziele und Projekte, Lebensweisen und Lebensentscheidungen gesucht wird; sondern auch Autonomie gelehrt und gelernt, ausgebildet wird; (...) Bei beiden Aspekten der lokalen Privatheit ist auch deutlich geworden, was auf dem Spiel steht, wenn hier der Schutz des Privaten gefährdet ist und dass deshalb der starke, juridische Schutz der Wohnung den Anspruch auf Privatheit sichern muss; und dass ein moralischer Anspruch auf die Rückzugsmöglichkeit in Privates auch in intimen, familiären Beziehungen mit Recht erhoben wird." (Rössler 2001 : 304)

Die lokale Privatheit ist logisch anders gewichtet als die beiden eher diskursiven Dimensionen von Privatheit. Jetzt ist Privatheit tatsächlich an einen Ort gebunden, an eine Lokalität, über die ich selbst bestimmen können und die mir zur Verfügung stehen muss. Zur informationellen Privatheit gehört neben dem Recht des Subjekts, Wissen über sich zu kontrollieren auch die soziale Kompetenz der anderen Subjekte, darauf zu verzichten, hinzusehen und eine Person, die sich unbeobachtet glaubt, zu beobachten. Auch die dezisionale Privatheit ist auf den Zugang der anderen zum Subjekt hin gerichtet: Entscheidungen zu treffen, aber nicht begründen zu müssen wie auch die Interpretationen der eigenen Biographie nicht erläutern oder verteidigen zu müssen, ist logisch in einen existierenden Interaktionszusammenhang eingebettet. Die Adressaten des Nichtlegitimieren-Müssens sind immer die anderen Subjekte und die sozialen Beziehungen, in denen die Menschen existieren. Die lokale Privatheit hingegen stellt die Mauern zur Verfügung, die dem Subjekt erlauben sich, ohne das Zugeständnis der anderen, ohne deren moralische und soziale Kompetenz, sicher zu fühlen. Die lokale Privatheit ist m. E. nach die basalste Dimension des Privaten, denn sie ermöglicht tatsächlich Autonomie ohne die Einbeziehung anderer Subjekte und deren sozialer Kompetenzen. Die Konfrontation des Selbst mit sich in den privaten Räumen wäre quasi die Voraussetzung zur Entfaltung von informationeller und dezisionaler Privatheit.

Ich möchte noch einmal wiederholen, dass in der Dynamik von Öffentlichkeit und Privatheit allerdings Elemente des Privaten in die Öffentlichkeit geholt werden können und manchmal müssen, wenn die betroffenen Subjekte in den Diskurs um die Anerkennung und den Wert des Gemeinwohls eintreten. Sie verzichten temporär auf ihr Recht, des Nicht-Begründens, Nicht-Erläuterns und

Nicht-Zeigens. Allerdings würde die Argumentation - beispielsweise über die Anerkennung einer sexuellen Orientierung - sich nicht auf die Inhalte der sozialen Praxis beziehen, sondern auf das Recht auf Privatheit und die Wertschätzung von Differenz als Teil menschlicher Würde. Zudem behalten die Subjekte das Recht zur Kontrolle über das Wissen und die Entscheidung, ihre Biographie wieder aus der öffentlichen Debatte zu nehmen. Wie in allen Fragen, ist die Öffentlichkeit als hoch fragiles Konzept angewiesen auf die soziale Kompetenz der Teilnehmer, die Rechte der anderen anzuerkennen und gegebenenfalls zu schützen. Dies bedeutet, dass wir einen sehr klaren Begriff davon haben müssen, was dies für die Subjekte der Demokratie heißt. Auf diese Frage werde ich im nächsten Teil der Arbeit zurückkommen. Hier möchte ich zunächst meine Perspektive erweitern und den Zusammenhang von sozialer und politischer Integration und im darauf folgenden Kapitel die kulturelle Integration in den Blick nehmen.

5. Die Dynamik von Erwerbswelt, Öffentlichkeit und Privatheit

Bisher habe ich mich mit politischen Prozessen und ihren Voraussetzungen, nämlich die Integration des Subjekts in den politischen Prozess beschäftigt. Nun möchte ich die Integration des Subjekts in die Gesellschaft als Gesamtheit kurz betrachten. In westlichen Gesellschaften wurde und wird immer noch die soziale Integration eines Subjektes in die Gesellschaft wesentlich durch die Teilnahme an Erwerbsprozessen organisiert, während wir die kulturelle Integration als Partizipation an der Lebenswelt und den damit verknüpften Interaktionskompetenzen beschreiben können. Damit haben wir eine Trias der politischen, sozialen und kulturellen Integration, die das Verhältnis von Subjekt und Gesellschaft bestimmen: Auf der Ebene des Politischen heißt Integration die Sicherstellung der Partizipation und Wertschätzung demokratischer Prozesse; auf der Ebene der sozialen Integration wird dies über Erwerbstätigkeit und Arbeitsidentität geregelt, auf der Ebene der kulturellen Integration als Kompetenzen ftir die Teilnahme an Alltagsinteraktion und die prinzipielle Anerkennung des Wertehorizonts. Das Begriffspaar Öffentlichkeit und Privatheit steht zu allen drei Ebenen in Bezug. Als basale Dichotomie, die die Struktur moderner Gesellschaften bestimmt, organisiert sie nicht nur die politische Struktur, sondern auch die soziale Struktur der Gesellschaft. Ich habe schon angedeutet, dass die Erwerbswelt sowohl öffentliche als auch private Aspekte aus der Perspektive der Subjekte hat. Die Berufswahl, Berufsidentität, Bedeutung der Arbeit für die Entwicklung der Persönlichkeit und die Integration der Arbeit in den Alltag sind Elemente von Arbeit, die ein Individuum als private Aspekte des Erwerbs be-

trachten kann. Sie betreffen die Konstitution der Persönlichkeit und sind Teil von individueller Identität. Als Sphäre ist die Erwerbswelt jedoch konzeptionell ein Teilsystem moderner Gesellschaften und steht in einem konträren Verhältnis zum Privaten: Die private Sphäre diente zunächst definitorisch als Gegenwelt zur Erwerbswelt und wird als Raum der psychischen und physischen Regeneration verstanden, während die Erwerbswelt im Wesentlichen von der Logik der instrumentellen Rationalität strukturiert ist - zumindest im Idealtypus. Zwar wird immer wieder in Untersuchungen betont, dass auch in der Erwerbswelt andere Rationalitäten oder – in anderen Theorietraditionen begrifflich anders gefasst - soziale, normative, emotionale Aspekte der Beziehungen die Sachbeziehungen durchbrechen. Dies ist sicher richtig, dennoch geht es mir hier um die Reflexion auf die systematische Differenz in der Konstruktion von Erwerbswelt und privater Welt als Gegensatz. Es ist ja auch intuitiv nachvollziehbar, dass sich die grundlegenden Orientierungen in der privaten Welt von denen in ökonomischen Zusammenhängen unterscheiden und auch unterscheiden sollen.

Obwohl die Freiheit der Berufswahl (und die Erzeugung und Höhe von Einkommen) im 18. und 19. Jhrt. als Element privater Freiheit gegen den feudalen oder absoluten Staat verstanden wird, wird die private Welt als Gegenwelt zur Politik und zur Ökonomie definiert. Ich habe weiter oben schon mit Bezug auf Rebekka Habermas und Karin Hausen gezeigt, wie die Erziehungsliteratur Weiblichkeit mit dem heimeligen, sorgenden und liebenden Charakter und der Emotionalität als Gegensatz zur Rationalität verknüpft wird. Hier sehen wir den - neben der Öffentlichkeit - anderen Bezugspunkt der Privatheit, zu dem sie eine Gegenwelt darstellt. Noch in dieser Literatur wurde deutlich gemacht, dass das Heim und die Welt der Privatheit die Basis des männlichen Individuums darstellt, aufgrund derer er in die raue Welt der Zweckrationalität und der politischen Machtprozesse handeln kann (Hausen 1978).

Dieser Zusammenhang - Erwerbswelt auf der Basis von privater Welt - ist in der feministischen Sozialforschung unter dem Stichwort der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung intensiv erforscht worden. Dabei ist im Wesentlichen entschlüsselt worden, wie und dass die Erwerbsarbeit - als Kernkategorie zur Erschließung der Sozialstruktur moderner Gesellschaften - auf geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung basiert. Die Konzentration auf Arbeit und die Definition von privater Tätigkeit in Familie und Beziehungen als Nicht-Arbeit haben die Basis moderner Gesellschaften erstaunlich verschleiert." Nicht zufällig hat beispielsweise eine der ersten Untersuchungen aus der Frauenforschung, die

34 Die Bedeutung dieser Verschleierung und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung selbst unter Bedingungen von Globalisierung wird bereits intensiv diskutiert. Vgl. dazu z.B. Hess/ Lenz 2001, Hooper 2000, Lenz 2000a, 2001, Teubner 2002, Young 2002.

diesem Zusammenhang nachspürt, einen Titel wie "Weil nur zählt, was Geld einbringt" (Kontos/ Walser 1979).

Eine Kette von Verknüpfungen führte letztlich dazu, die Tätigkeiten von Frauen und ihre Leistungen für den Erhalt und die Konstitution von Gesellschaft zu ‚vergessen'. Zunächst - so zeigt ein Blick in die Forschungen der Geschichtswissenschaften über die Entstehung der bürgerlichen Familie - wurden die öffentliche und ökonomische Welt als Männerwelt definiert, während den Frauen als gesellschaftlicher Ort die Familie und die Organisation des Privaten zugewiesen wurde." Dies wurde insbesondere im 19. Jahrhundert juristisch abgesichert, indem Frauen ihre tradierten Rechte wie beispielsweise den Zugriff auf ihre Mitgift oder ihr Erbe aus der Herkunftsfamilie verloren und so vollständig unter die Vormundschaft des Ehemannes oder Sohnes kamen (vgl. Gerhard-Teuscher 1981). Dann geriet die von Frauen geleistete Arbeit im Privaten unter das Diktum der Liebestätigkeit und wurde nicht mehr als Arbeit wahrgenommen. Die Produktion von Nahrung, die Besorgung der Heimstatt, die Erzeugung und die Bereitstellung von Kleidung gehörten in mittelalterlichen Gesellschaften zum Arbeitszusammenhang, in dem Frauen wie Männer ihr Leben reproduzierten. Erst im Zuge der Modernisierung entstand das Deutungsmuster der im Heim beschäftigten Hausfrau, die sich nicht an den Arbeitsprozessen zur ökonomischen Reproduktion der Familie (und des eigenen Lebens) beteiligt.

Weiter hatte die Konzentration auf bezahlte Arbeit, also Erwerbsarbeit, als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Partizipation und Produktivität die Entwertung aller nicht bezahlten Tätigkeiten zur Folge. Die Arbeiten der Frauen im Privaten wurden so zu Liebesdiensten, die irgendwie wichtig und von allen gewünscht waren, aber in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung ungedeutet blieben. Zuletzt möchte ich noch als wesentlichen Bestandteil dieser Verschleierung von Verhältnissen ein Deutungsmuster nennen, das die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als Naturverhältnis deutet, so dass jede Abweichung davon als problematisch und wider die Natur gerichtet erschien." Auch dieses Argumentationsmuster, in dem die modernen Philosophen die Ausstattung des Individuums mit natürlichen Rechten zum Ausgangspunkt von Freiheitsrechten und der Frage von politischer Herrschaft nehmen, habe ich weiter oben genauer betrachtet. Interessant ist, dass der Verzicht auf das Argument gottgegebener Herrschaft durch das Argument der durch Gott geschaffenen Natur, deren Gesetze es zu erschließen gilt, ersetzt wird. Das Begründungsmuster des Individuums, das von Natur aus mit Vernunft ausgestattet ist, wobei diese natürliche Ordnung durchaus eine göttliche Ordnung ist, verknüpft sich mit der geschlechtsspezifischen Zuschreibung. Die weibliche Natur der Emotion, die

35 Dies habe ich bisher ausführlich nachgezeichnet.

36 Die so entstandene sozio-kulturelle Ordnung analysiert z.B. Honegger 1992.

männliche Natur der Rationalität und das Geschlechterverhältnis und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung werden als Naturverhältnis konzipiert und sind damit unhintergehbar. Diese vernünftige, weil natürliche Ordnung lässt keine Lücke für Kritik und Veränderung."

Durch diese Ketten von Verschleierungen wurde die tatsächlich massenhaft ausgeübte Erwerbstätigkeit von Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft zum Ausnahmefall und zum Problem erklärt. Auch heute noch weisen alltagssprachliche Redewendungen wie ‚dazuverdienen' oder ‚die Ehefrau muss arbeiten gehen' auf diesen Zusammenhang hin. Dass Frauen immer schon gearbeitet haben und in vorbürgerlichen Gesellschaften einen wesentlichen und normalen Beitrag zum Unterhalt geleistet haben, wurde quasi vergessen und musste von der Frauenforschung der 60er und 70er Jahre als Anspruch wieder erfunden werden. Dadurch, dass die Tätigkeiten in der Erwerbswelt identitätsstiftend[38] wurden und Autonomie damit verknüpft werden konnte, gerieten die Tätigkeiten im Privaten zum Ausgangspunkt von Abhängigkeit als zentrales Merkmal weiblicher Identität.

Die Debatten über diesen Zusammenhang wurden in vielen wissenschaftlichen Teilbereichen geführt, in all diesen Bereichen hat die feministische Forschung daran gearbeitet, die blinden Flecken der jeweiligen theoretischen Überlegungen und empirischen Untersuchungen aufzuzeigen: So wurde in der Industrie- und Arbeitssoziologie deutlich gemacht, dass die Forschungen zur Erwerbsarbeit, die private Sphäre als Basis und Gegenüber dieses Erwerbs mitbetrachten müssen, um ihren eigenen Gegenstand nicht analytisch zu verkürzen: Die Strukturzusammenhänge von Erwerbssphäre und Privatheit gestalten beide Bereiche und müssen daher bei der Analyse der Bereiche mitgedacht werden (vgl. Becker-Schmidt u.a. 1987, Beer 1984, Beck-Gernsheim 1976). Dabei wurde die verschwiegene Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit wie auch die Arbeitsmarktsegregation analysiert wie auch die Vermischung der beiden Sphären thematisiert: In der Sachwelt des Erwerbs sind auch die nicht-zweckrationalen, nicht-profitorientierten Elemente der Persönlichkeit wie Vorlieben, Eigenschaften, Wünsche und Abwehr wirksam."[39]

In der Familiensoziologie und der Soziologie der Kindheit wurde aus anderer Perspektive die Gestaltung des Privaten - ohne diese Begrifflichkeit zu nut-

---

37 Vgl. dazu Kapitel 1.2.

38 Die Bedeutung von Erwerb als identitätsstiftend hat Max Weber im Konzept des Berufsmenschen entfaltet. Vgl. z. B. Weber 1973.

39 Vgl. dazu Cyba 1993, 1998 sowie Geissler 1998b, Gonschall 1998 oder den gesamten Sammelband von Geissler, Maier und Pfau-Effinger 1998a, um nur einige Arbeiten aus dem Bereich der Sozialstruktur- und Arbeitsforschung zu nennen. Diezinger (1993) beschäftigt sich mit einem anderen Aspekt dieser Frage. Sie untersucht die Gestaltung der Individualisierungsprozesse bei Frauen und betrachtet dabei die Verankerung der Frauen im Privaten als strukturierendes Element.

zen - in den Vordergrund gestellt (z.B. Burkartl Kohli 1992, Burkartl Hahn 1998, Lauterbach 1995). Untersuchungen über die Binnenstruktur, die Alltagsgestaltung, die Sozialisationsaufgaben und die Funktionen von Familie in modernen Gesellschaften haben zwar die Gestaltung des Privaten analysiert, allerdings ohne die geschlechtsspezifische Zuordnung theoretisch zu reflektieren. Hier hat die feministische Forschung zwei Themenfelder bearbeitet. Zum einen hat sie herausgearbeitet, dass die Gestaltung der Familie, die Erziehung und Betreuung der Kinder wie auch die Gestaltung der familiären Beziehungen im Zusammenhang mit dem Umfeld als Arbeitsleistung zu verstehen ist: Die Gestaltung der Beziehungen wird von jemandem in der Familie - in der Regel den Frauen - *gemacht,* die gesellschaftlichen Beziehungskontexte, innerhalb derer eine Familie ihren Alltag organisiert, werden von Personen hergestellt. Die Liebe der Frauen wurde in diesen Forschungen als Arbeitsleistung analysiert, ohne die kein Erwerbsarbeitsprozess, keine Rekreation der Arbeitskraft und keine Sozialisation der Kinder stattfinden kann[40]. Zum zweiten wurde die private Sphäre als Ort der Gewaltverhältnisse und der Gewalt gegen Frauen und Kinder analysiert. Das patriarchale Modell der bürgerlichen Kleinfamilie hat dem sogenannten Haushaltsvorstand hier einen Freiraum geschaffen, in dem er gewaltvoll über andere Subjekte herrschen kann. Die Analyse der Dynamik von Misshandlungen und Gewalt in Beziehungen, Ehen und Familien im gesellschaftlichen Kontext der patriarchalen Familienkonstruktion und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung hat die Privatsphäre, einst der ideologisch aufgeladene Hort der Liebe und Ort der individuellen Entfaltung, als Ort von Macht, Gewalt und Repression entlarvt (Brückner 2002, Brückner 1987, Hagemann-White 1992).

Diese vielfältigen Debatten der letzten Jahrzehnte - von denen ich hier nur einige knapp benannt und die ich keineswegs vollständig vorgestellt habe - haben zweierlei deutlich gemacht:

Frauen wurden aus der Sphäre des Erwerbs ideologisch und z. T. faktisch ausgeschlossen. Ihr Beitrag in der Erwerbswelt wurde nicht oder kaum zur Kenntnis genommen oder als bedauerliche Notwendigkeit, zum Familieneinkommen beitragen zu müssen, oder als bürgerliche Selbstentfaltung ohne ökonomische Notwendigkeit entwertet. Die Chancen der gesellschaftlichen Teilhabe an den finanziellen Gütern, an ökonomischer Macht und an Selbstbestätigung als tätiger Mensch wurden als einzige Quelle der Autonomie betrachtet. Hausarbeit, Familienarbeit und Beziehungsgestaltung blieben ungedeutet, entwertet und verknüpften sich mit dem Deutungsmuster der Abhängigkeit, der Gefahr von Rechtlosigkeit und der Erfahrung von gewaltvollen Beziehungen. Erwerbs-

40 Vgl. dazu ZB. Bock! Duden 1977. Kontos/ Walser 1979, üstner 1982, Jurczyk 2004a, Jurczyk/ Lange 2004b, Jurczyk! Öchsle 2004c.

arbeit war in dieser Debatte der Königsweg in die Autonomie und in die Freiheit als Subjekt geworden.

Die andere Seite dieser Debatte erschließt jedoch noch eine weitere Perspektive. Sie setzt an der Erfahrung von Frauen an, zu deren Leben die Teilnahme an der Erwerbswelt *und* die Gestaltung der Privatheit konstitutiv gehört. Was für Männer – z.T. heute noch - wie ein automatisch wirkender Alltagshintergrund wirkt, dessen Bereitstellung sie erwarten und von dem sie gar nichts wissen, ist für Frauen ein wesentlicher Teil ihrer persönlichen und alltäglichen Leistung: Die Gestaltung der Beziehungen, die Versorgung der Kinder, die liebende Sorge um den Partner, die Erhaltung der familiären Beziehungen außerhalb der Kernfamilie, die Gestaltung der Nachbarschaft, die Gestaltung der Freundschaftsbeziehungen, die Gestaltung der Kontakte mit den Familien der Freunde der Kinder sind Beziehungsarbeiten, die von Frauen für sich und für andere geleistet werden. Mit dieser Leistung der Bindung, der Gestaltung von Beziehungen und des Sorgens hat sich in der deutschen Diskussion insbesondere Christel Eckart beschäftigt.

In ihren Arbeiten verfolgt sie die Gestaltung des Privaten aus der Perspektive des Sorgens und der individuellen Entfaltung. Sie bezieht sich einerseits auf die Diskussionen um den Begriff »Care«, mit dem die besondere Tätigkeit zum Erhalt und zur Gestaltung von Beziehungen erfasst werden soll. Hier liegt der Versuch, begriffliches Licht in das Dunkel der privaten Orientierungen zu bringen. Aus der Perspektive der Rationalität und der Sachwelt erscheinen die Orientierungen im Privaten als unverstandene Gefühle, Zuneigung, Liebe und Hingabe. Ich will hier den poetischen, wirklichen und wertzuschätzenden Gehalt des Gefühls nicht entwerten, dennoch ist es wünschenswert, etwas klarere Begriffe zu entwickeln, die die Orientierungen und Tätigkeiten des Privaten beschreiben können. Liebe ist die emotionale Seite der Tätigkeit des Sorgens und der Gestaltung von Beziehungen - so könnte man begrifflich vorgehen. Mit dem aus der amerikanischen Debatte kommenden Begriff des »Caring« und des deutschen Begriffs der »Sorge« soll genau dieser Zusammenhang von Anerkennung, Wertschätzung und fürsorglicher Beschäftigung erfasst werden. Eckart und andere wollen die Privatheit so aus der Zuordnung zur Unterdrückung und Auslieferung gegenüber einem Patriarchen befreien und - wie ob bereits ausführlicher gezeigt - die Besonderheit dieser Sphäre inhaltlich fassen. Für sich und andere sorgen wird in dieser Debatte und durch diese Forschungen tatsächlich der Analyse und der Wertschätzung zugänglich, denn es beschreibt eine andere Seite moderner Existenz, die doch für viele Subjekte - meist für Frauen als Tätige und für Männer als die Nutznießer – die Basis ihres Lebens ausmacht.

Es hat in der feministischen Diskussion immer wieder Versuche gegeben, die besondere Leistung, die Tätigkeiten und die Orientierungen von Frauen in

der Gestaltung des Alltags genauer zu fassen. Zunächst am Arbeitsbegriff entlang formuliert, wurde von Elisabeth Beck-Gernsheim (1976) der Begriff des weiblichen Arbeitsvermögens entwickelt. Er sollte die besonderen Elemente in den typischen Frauenberufen beschreiben, die Frauen aufgrund ihrer Sozialisationserfahrungen in den Beruf einbringen. Ich will hier nicht diese intensive und facettenreiche Debatte aufnehmen und referieren, sondern mit diesem Hinweis nur deutlich machen, in welchen Diskussionszusammenhängen nach der besonderen Leistung von Frauen in der Gestaltung des Alltags – hier des berufsbezogenen Alltags - geforscht wurde. In den 80er Jahren tauchte dann in der feministischen Diskussion der Begriff des »Caring« oder »Care« auf, mit dem Autorinnen wie Gilligan (1984), Chodorow (1985), und Benjamin (1993) aus der Sicht der Psychologie und Psychoanalyse diese Kompetenz von Frauen beschrieben haben. Mit ihrer Ethics of Care hat Carole Gilligan (1984, 1990) in den 80er Jahren eine ungeheuer fruchtbare Debatte angestoßen, in der aus verschiedensten theoretischen und fachspezifischen Perspektiven eine soziale Praxis diskutiert wurde, die in den üblichen Konzepten von Rationalität, Entscheidungsfähigkeit und Autonomie als Kennzeichen reifer Identität systematisch außen vor blieb. Die Sorge für andere, das Sich-beziehen auf andere und die Sorge für sich selbst gehörten zum Erfahrungskern von Frauen - und von Männern, ohne dass dieser Kern theoretisch sorgfältig interpretiert worden war.

Der Begriff des Caring wurde in vielen Debatten genutzt um modernisierungstheoretische Überlegungen zur Demokratie, zum Sozialstaat und zur Globalisierung durchzurütteln und in Frage zu stellen. Weiter oben habe ich unter dem Stichwort von Gerechtigkeit und gutem Leben diese Diskussionen schon angesprochen. Autorinnen wie Tronto (1993), Ruddick (1993), Nussbaum (2003) oder Noddings (1993) haben beispielsweise einen interessanten Versuch vorgelegt, Theorien zur politischen Ordnung der Demokratie nicht nur auf Rationalität der Entscheidung, Wahl und Argumentation zu gründen, sondern das Sorgen für andere als eine grundlegende Erfahrung menschlicher Existenz in demokratietheoretische Konzepte mit einzubeziehen. Sorge für andere ist hier der Ausgangspunkt politischen HandeIns im Gegensatz zu den politischen Theorien, in denen Autonomie und die Unabhängigkeit von anderen als Voraussetzung rationaler politischer Entscheidungen gesetzt werden. Auch die Debatte um den Sozialstaat und soziale Berufe[41] weist in eine ähnliche Richtung: Eine reine zweckrationale Argumentation zur Begrundung und Gestaltung sozialer Versorgung schließt nicht nur die sorgenden Tätigkeiten von Frauen in der Betreuung von Alten, Kranken, Familienangehörigen einfach aus, sondern kann sie

4\ Vgl. dazu die Feministischen Studien 2000, die sich der Thematik von Fürsorge und Anerkennung widmen. Der Aufsatz von Kari Wa:rness (2000) referiert und diskutiert darin die Debatte um Wohlfahrts- und Sozialstaat in den Sozialwissenschaften.

auch theoretisch nicht anders deuten, als freundliche und notwendige, aber unverstandene Tätigkeiten in einer Welt, die von Rationalität, Technik und Ökonomie bestimmt wird.

Erst durch den Begriff des Sorgens werden die Orientierungen und die Tätigkeiten im Privaten theoretisch retlektierbar. Christel Eckart ist hier eine der Protagonistinnen dieser Diskussion. Sie unterscheidet zwischen persönlicher Privatheit und Beziehungsprivatheit, um die besondere Sphäre des Privaten in seiner Bedeutung für die Entwicklung von Subjekthaftigkeit und politischer Emanzipation zu erfassen. Persönliche Privatheit definiert Eckart mit Bezug auf Jean Cohen als "ein(en) an die Person gebundener unhintergehbarer Bereich, der sie befähigt, sich in sozialen und öffentlichen Kontexten zu behaupten. Beziehungsprivatheit verstehe ich als eine, die im Prozess der Kommunikation hergestellt wird. Sie schafft einen intimen Raum, in dem die Beteiligten durch den Austausch über ihre individuellen Erfahrungen sich ihrer eigenen Deutungen und der subjektiven Bedeutungen ihrer Erfahrungen vergewissern können. Durch die Teilhabe an Öffentlichkeiten entstehen Zugehörigkeiten, verhandelbare Gemeinsamkeiten, die auch wieder verlassen oder aufgegeben werden können. Beziehungsprivatheit ist demgegenüber ein Raum, in dem individuelle Einzigartigkeit, Bedürftigkeit, Abhängigkeit, Erotik und Kreativität anerkannt werden sollten." (Eckart 2007: 7, MS) Beziehungsprivatheit wie auch persönliche Privatheit ist in ihrem Entstehungsprozess wie auch in ihrer Praxis an Fürsorglichkeit und die Sorge für sich und für andere gebunden.

Auch wenn die Sphäre des Privaten in die ökonomische Welt und Sphäre der Politik hineinragt, gewinnt sie Eigenständigkeit und Wert durch die Besonderheit, ein Ort für das Sorgen für andere und für sich selbst zu sein. Beziehungen - zu anderen und zu sich selbst – finden hier den symbolischen Raum, sich nach ihren Regeln und Geschwindigkeiten, Notwendigkeiten und Dynamiken zu entfalten.

In der alltäglichen sozialen Praxis der Subjekte wird die Welt des Privaten weniger durch den Bezug auf die politische Öffentlichkeit, sondern eher noch über den Bezug zur Erwerbswelt bestimmt. Die Verfasstheit der politischen Öffentlichkeit wird von den Subjekten vor allem als gesellschaftlicher Hintergrund erlebt, der ihren alltäglichen Zusammenhang rahmt und ihren Wertehorizont in Bezug auf Rationalität, Gemeinwohl, Relevanz und politischer Partizipation bestimmt. Um die Gestaltung der privaten Sphäre, ihre Änderungen und Neuformierungen in gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen zu analysieren, bietet sich an, die Privatheit, die Erwerbsarbeit und die Öffentlichkeit als dreifaches Koordinatensystem zu betrachten. Auf diese Überlegung, für empirische Analysen der Entwicklung oder Neuformulierung des Privaten dieses dreiachsi-

ge Koordinatensystem zu unterstellen, werde ich im dritten Teil meiner Arbeit zurückkommen.

6. Private **und** öffentliche Deutungsmuster

Die Auseinandersetzung mit den Deutungsmustern Öffentlichkeit, Privatheit und Erwerbswelt habe ich geführt, um die Demokratisierung aller Beziehungen, nicht nur der auf der politischen Ebene, ins Visier nehmen zu können. Nicht nur die Demokratisierung der Machtbeziehungen in politischen Entscheidungsprozessen sind von Relevanz, ich habe immer wieder die Frage verfolgt, wie eine Gesellschaft demokratisch integriert sein kann und wie sie Konflikte lösen kann, wenn sie in ihren privaten Beziehungen auf Manipulation, Herrschaft und Unterdrückung beruht. Hiermit verknüpft sich die Frage, wie öffentliche Diskurse und Deutungsmuster mit privaten Deutungsmustern verknüpft sind. Hier geht es um die alltägliche Verarbeitung und Gestaltung des Demokratisierungsprozesses aus der Perspektive der Subjekte. Die im Hintergrund meiner Arbeit wirksame These ist dabei, dass eine lebendige Demokratie auf die Partizipation der Subjekte an der Generierung des Gemeinwohls angewiesen ist. Demokratie ist nicht nur ein Akt der Wahl oder die Veranstaltung eines Parlaments mit Sitzungen und Entscheidungen, sondern Demokratie ist selbst ein Deutungsmuster, das die Subjekte in den unendlichen interaktiven Prozess der Konkretisierung von demokratischen Regeln einbinden können muss. Hier liegt die Verbindung zwischen der politischen Kultur einer Gesellschaft und der sozio-kulturellen Integration der Subjekte in den Deutungshorizont des Gemeinwesens.

Theoretisch muss nun geklärt werden, wie der Zusammenhang von kollektiven, also öffentlichen und subjektiven, also privaten Deutungsmustern konstruiert werden kann. Dass hier ein Zusammenhang besteht, versteht sich intuitiv von selbst. Schließlich sind es dieselben Subjekte, die eben zu Hause ein privates Gespräch führen und die dann in einer öffentlichen Diskussion Argumente für eine bestimmte politische Frage, die das Gemeinwohl betrifft, vertreten. Öffentliche und private Kommunikationen, öffentliche und private Deutungsmuster sind zwar analytisch unterscheidbar, aber die Unterscheidung entsteht in gewisser Hinsicht erst im Moment der Debatte: Wenn die Subjekte debattieren, tun sie dies als Individuen oder als Gruppen und entscheiden im Prozess selbst, ob diese Frage eine öffentliche oder private ist.

Öffentliche Deutungsmuster haben allerdings einen besonderen Charakter, sie gelten nicht nur für ein Subjekt oder eine Gruppe, die ihre Deutungen als das Private betreffend charakterisieren, sondern sie gelten für ein Kollektiv und betreffen die Deutungsgehalte, die das Zusammenleben der Gruppe und der

Gesellschaft regeln. Wird eine private Deutung in eme öffentliche Deutung transformiert, dann wird sie zu einer Deutung mit hegemonialem Anspruch. Will man/ frau sich ihr nicht anschließen, dann muss widersprochen, eine Gegenposition entwickelt oder irgendeine andere Art der Abgrenzung oder Beschäftigung mit der Deutung geleistet werden. Private Deutungsmuster hingegen sind nur an das Selbst oder an unmittelbare Nächste gerichtet und betreffen diese Beziehungen und Interaktionen als Deutungen mit dem Charakter eines ‚zwischen-uns'. Öffentliche Deutungsmuster haben also die Tendenz zum hegemonialen Charakter. Sie verlangen Abgrenzung, Zustimmung oder Auseinandersetzung. Das heißt, dass jedes Subjekt des Kollektivs sich zumindest zu den hegemonialen Deutungsmustern in ein Verhältnis setzen und sich darauf beziehen muss, sei es auch mit dem Beschluss sie zu ignorieren.

Zur Erläuterung der Konstruktion und der Erfassung eines hegemonialen Deutungsmusters möchte ich mich auf die Deutungsmusteranalyse, einen Ansatz der qualitativen empirischen Sozialforschung stützen.

In ihrer Arbeit über das Konzept des Deutungsmusters haben Meuser und Sackmann die theoretischen ‚essentials' von Deutungsmustern aufgelistet, die als Grundkonsens der DeutungsmusteranalytikerInnen herauskristallisiert werden können und die auch ich meiner Arbeit zu Grunde lege:

> Deutungsmuster stehen in einem funktionalen Bezug zu objektiven Handlungsproblemen.
> Deutungsmuster sind kollektive Sinngehalte; habituell verfestigte subjektive Deutungen konstituieren noch kein Deutungsmuster.
> Deutungsmuster haben normative Geltungskraft. Der Geltungsbereich eines Deutungsmusters variiert zwischen der Gesamtgesellschaft und einzelnen sozialen Gruppen.
> Deutungsmuster sind intern konsistent strukturiert, was durch allgemeine generative Regeln verbürgt wird.
> Deutungsmuster sind - verglichen mit singulären Deutungen, Einstellungen, Meinungen - auf einer latenten, tiefenstrukturellen Ebene angesiedelt und mithin nur begrenzt reflexiv verfügbar.
> Deutungsmuster haben den Status ‚relativer Autonomie'. Trotz des funktionalen Bezugs auf objektive Handlungsprobleme sind sie hinsichtlich der Konstruktionsprinzipien und Gültigkeitskriterien autonom und konstituieren so eine eigene Dimension sozialer Wirklichkeit. Das erklärt die beträchtliche Stabilität von Deutungsmustern, die allerdings prinzipiell als entwicklungsoffen zu konzipieren sind.
>
> (Meuser/ Sackmann 1992a: 19)

In der Transformationsforschung taucht die Frage der Verknüpfung von privaten und öffentlichen Deutungsmustern, von Struktur und Handlung, von Diskurs

und Struktur ebenso auf, denn auch hier geht es darum, das Spannungsfeld von gesellschaftlichem Diskurs, Struktur und individueller Handlungs- und Entscheidungsoffenheit zu begreifen. Neben Entwicklungen, die beispielsweise durch ökonomische Globalisierungsprozesse induziert sind, gibt es traditionale Bestände kultureller Deutungen, die die Subjekte nutzen, die neuen Entwicklungen zu interpretieren. Dabei erzeugen sie auch neue Bestände kultureller Deutungsmuster, die entweder als private oder bei größerer Verbreitung in subkulturellen Diskursen von Gruppen genutzt werden. Oder diese im privaten Aneignungsprozess entstandenen Deutungen werden gesellschaftsrelevant und damit zu öffentlichen Deutungsmustern, die alle Subjekte der Gesellschaft beeinflussen. Merkel (1994a) unterscheidet in seiner Auseinandersetzung mit der Frage ob Struktur- oder Akteursanalyse der richtige Weg ist, zwischen den systemtheoretischen, strukturalistischen und mikrotheoretischen Ansätzen. Er geht davon aus, dass jeder Ansatz für sich genommen spezifische Leerstellen in der Analyse von Transformationsprozessen erzeugt. Das Konzept des Deutungsmusters lässt sich m. E. am besten mit der strukturalistischen Perspektive kombinieren, die Merkel[42] folgendermaßen vorstellt:

> "Da die Strukturalisten (...) anders als die Funktionalisten, Strukturen nicht mehr allein auf die Erfüllung von Funktionen in sich selbst reproduzierenden Systemen beziehen, sondern sie gewissermaßen auf einer Meso-Ebene zwischen System und Handlung ansiedeln, erlaubt ihr Ansatz eine Verbindung zwischen der holistischen Perspektive systemtheoretischer Makroanalysen und dem methodologischen Individualismus mikropolitischer Akteurstheorien. Am deutlichsten wird dies am Doppelcharakter der .Strukturen' in ihrem Ansatz. Diese sind nämlich Struktur (constraint) und Akteur zugleich." (Merkel 1994a: 313)

Dabei verstehe ich Strukturen und Institutionen - mit Schütz und der Alltagstheorie - als auf Dauer gestellte Typisierungen von Wissen, die in gesellschaftlichen Interaktionen ausgehandelt worden sind. Diese Institutionen treten den Subjekten als hegemoniales Deutungsmuster gegenüber, das in diesem Sinne eine Struktur - also ein "constraint" (Merkel 1994a: 313) - darstellt, und die Subjekte zur interaktiven Bearbeitung zwingt. Für den Zusammenhang von privaten und öffentlichen Deutungsmustern sind die *hegemonialen Deutungsmuster* interessant, die den kulturellen Horizont einer Gesellschaft ausmachen und nicht nur ihre tatsächlichen sozialstrukturellen Wirkungszusammenhänge. Die Wirklichkeit der Subjekte wird nicht nur von den materialen Konsequenzen von ökonomischen Prozessen, von den Straftaten krimineller Organisationen oder den politischen Entscheidungen der Machthaber gestaltet, sondern auch

---

42 Merkel (1994a) bezieht sich im Wesentlichen auf Moore, Rueschemeyer und Stephens, vgl. z.B. Rueschemeyer/ Huber-Stephens/ Stephens 1992 oder Moore 1968

von den öffentlichen Deutungen dieser Prozesse, den subjektiven Interpretationen und der Legitimationskraft von hegemonialen Deutungsmustern, die den kulturellen Horizont einer Gesellschaft zu einem gegebenen Zeitpunkt ausmachen: Alltag und Demokratie sind aus der Perspektive des Subjekts Welten, in denen es sich bewegt. Die Handlungsorientierungen, die in diesen Welten wirksam sind, laufen quasi im Subjekt und seinen Handlungskompetenzen zusammen. Diese Welt wird aus der Perspektive des Subjekts von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie Einkommen, Bildung oder Wohnort bestimmt wie auch von den Deutungen mit denen es die Welt versteht. Auch Deutungen können dem Subjekt als Constraint, als Zwang gegenübertreten. Die Rolle von hegemonialen Deutungsmustern ist natürlich nicht ganz eindeutig, sie sind auch gestaltbar - eben durch Diskurse. Der Übergang von privaten zu öffentlichen Deutungsmustern ist fließend. Durch Argumentation, Zustimmung oder Durchsetzung (z.B. qua Medienmacht) können private Deutungen zu öffentlichen generalisiert werden.Y Eine Schnittstelle dieser Generalisierung ist das Subjekt.

Auch Habermas' Auseinandersetzung mit neueren Debatten zur Öffentlichkeit weist in diese Richtung. Er reformuliert sein Konzept der Öffentlichkeit in seiner Rechtstheorie (1992). Dabei betont er noch einmal die Verbindung von Öffentlichkeit und Privatheit. Der! die Staatsbürgerln und der! die Gesellschaftsbürgerln sind ein und dieselbe Person, die in der jeweiligen Situation und damit verknüpften Rolle deuten, interagieren und handeln müssen. Indem der! die BürgerIn an der Öffentlichkeit teilnimmt, tritt er! sie aus seiner! ihrer Privatsphäre heraus und nimmt die StaatsbürgerInnenrolle wahr, indem er! sie in der Debatte mit anderen Gemeinsinn erzeugt. Der Zusammenhang zwischen Privatheit und Öffentlichkeit wird in der Reformulierung anhand der alltäglichen, ‚banalen' Erfahrungen der verschiedenen gesellschaftlichen Leistungssysteme wie Verkehr, Steuerbehörde, Bildungsinstitutionen etc. gewonnen. Diese

> "werden zunächst ‚privat' verarbeitet, d. h. im Horizont einer Lebensgeschichte interpretiert, die mit anderen Lebensgeschichten im Kontexte gemeinsamer Lebensweiten verwoben ist. Die Kommunikationskanäle der Öffentlichkeit sind an die privaten Lebensbereiche - an die dichten Interaktionsnetze von Familie und Freundeskreis wie auch an die loseren Kontakte mit Nachbarn, Arbeitskollegen, Bekannten usw. - angeschlossen, und zwar so, dass die Raumstrukturen einfacher Interaktionen erweitert und abstrahiert, aber nicht zerstört werden. So bleibt die in der Alltagspraxis vorherrschende Verständigungsorientierung auch für die *Kommunikation unter Fremden* erhalten, die in komplex verzweigten Öffentlichkeiten über weite

43 Die methodische Frage wie dies geschieht erfordert eine eigene Untersuchung. Ich kann hier nur Hinweise geben. In Gesellschaften entwickeln sich Kornmunikationskanäle, die private und öffentliche Diskurse miteinander verknüpfen. Man müsste also die Bedingungen und Gestaltungen dieser Kanäle in empirischen Untersuchungen genauer betrachten.

> Distanzen geflihrt wird. Die Schwelle zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit ist nicht durch einen fixen Satz von Themen oder Beziehungen markiert, sondern durch veränderte Kommunikationsbedingungen. Diese variieren gewiss die Zugänglichkeit, sichern die Intimität der einen, die Publizität der anderen Seite, aber sie riegeln die private Sphäre nicht gegen die Öffentlichkeit ab, sondern kanalisieren nur den Fluss von Themen aus der einen Sphäre in die andere. Denn die Öffentlichkeit bezieht ihre Impulse aus der privaten Verarbeitung lebensgeschichtlich räsonierender gesellschaftlicher Problcmlagen." (Habermas 1992: 442)

Hier betont Habermas nicht nur noch einmal die Bedeutung der Privatsphäre für die Entstehung des Öffentlichen im historischen Prozess, sondern er verankert systematisch die Impulse für Themen der Öffentlichkeit in der privaten Erfahrung. Die Subjekte erleben gesellschaftliche Probleme, die wir als politisch-öffentliche erfassen können, zunächst als biographische Lebenslagen, die sie bewältigen müssen. Aus ihrer Erfahrung können sie den Impuls gewinnen, ein Thema, ein Problem oder eine Erfahrung für so relevant zu halten, dass sie es in die Öffentlichkeit bringen wollen.

In der Forschung zur Öffentlichkeit wie auch zur Zivilgesellschaft allerdings werden die öffentlichen Themen, die kollektiven Akteure und ihre Handlungsmechanismen ins Visier genommen, aber die Seite der Privatheit und des einzelnen Subjekts bleibt unbeleuchtet. Biographische Erfahrungen werden aber individuell gemacht und müssen in einem Handlungs- und Interaktionsakt *erst für ein Kollektiv zugänglich gemacht* werden. Habermas unterscheidet Öffentlichkeit und Privatheit anband der verschiedenen Kommunikationsbedingungen, aber auch in seiner Fassung bleibt der Ausgangspunkt der Inhalte des Öffentlichen die singuläre biographische Erfahrung, die das Subjekt zwar innerhalb eines Kontextes macht und deutet, aber dennoch als öffentlich relevante und intersubjektive definieren muss, wenn sie Teil öffentlicher Debatten werden soll.

Die Auflösung der starren Grenzen zwischen Privatem und Öffentlichem könnte auch so interpretiert werden, dass es keinen systematisch relevanten Unterschied zwischen Privatheit und Öffentlichkeit gibt. Auch hier hat der Verlauf der Debatte - wie oben bereits kurz diskutiert - allerdings gezeigt, dass die Subjekte in ihren alltäglichen Handlungen und Äußerungen sehr wohl zwischen diesen Sphären unterscheiden, auch wenn es immer wieder Aufweichungsprozesse gibt, oder Phänomene, wie z. B. die personal talk shows, in denen private Themen öffentlich verhandelt werden, in der Öffentlichkeit auftauchen. Alltagsgespräche wie auch die Debatte solcher Shows weisen jedoch darauf hin, dass tendenziell an einer Unterscheidung von »privat« und »öffentlich« festgehalten wird.

Auch in der theoretischen und politischen Diskussion ist klar geworden, dass wir auf die Abgrenzbarkeit des Privaten und den Schutz des Privaten vor öffentlicher Debatte nicht verzichten können." Allerdings ist der systematische Unterschied zwischen diesen beiden Sphären theoretisch schwierig zu fassen. Wir finden erstens eine Vervielfältigung der Öffentlichkeiten in der Weise, dass immer dann, wenn Subjekte einer Gesellschaft sich zusammentun und aus ihrer Sicht relevante Fragen debattieren, Öffentlichkeit entsteht. Zweitens ergibt sich aus der Tatsache, dass wir nicht von vornherein wissen können, ob etwas politisch und für das Gemeinwohl relevant ist, die potenzielle Unendlichkeit der Agenda der öffentlichen Themen. Damit haben sich die bisherigen Kriterien zur Kennzeichnung dessen, was für eine politische Öffentlichkeit relevant ist, sozusagen verflüchtigt. Es gibt also aus dieser Perspektive keine *von außen* an die Debatte anlegbaren Kriterien, mit Hilfe derer wir quasi formalistisch unterscheiden könnten zwischen öffentlichen und privaten Debatten. Hier können wir zunächst einmal festhalten, dass der *Ver/au/der* Debatte und ihr Ergebnis, nämlich ob man zu generalisierbaren Normen oder Regeln gekommen ist, über ihren öffentlichen Charakter entscheidet. Außerdem spielen die Orientierungen der Subjekte selber eine wichtige Rolle bei dieser Frage. Ihre Perspektive, nämlich der Wille, ein Thema zu debattieren, das sie für politisch und gesellschaftlich relevant halten und die Einhaltung der Kommunikationsregeln, nach denen öffentlich verhandelt wird, macht den Status der Debatte als öffentliche aus. Es hat sich also drittens als letztes Kriterium für die Unterscheidung von öffentlichen und privaten Debatten die Verschiedenheit von Kommunikationsformen gezeigt: Während laut Habermas im privaten Raum die expressiv-ästhetischen Ansprüche eines Subjektes und seine Lebensform sowie gesellschaftliche Konventionen des Alltags in idiosynkratischer Weise präsentiert werden können, verlangt der öffentliche Diskurs den Bezug auf Argumentationen und die Überzeugungskraft von Argumenten (vgl. Habermas 1983).

Aber auch hier bleibt festzustellen, dass die Frage, welche Formen der öffentlichen Darstellung gewählt werden - die Love Parade, der parlamentarische Ausschuss, Debatten in den Medien, Nachbarschaftsinitiativen oder soziale Bewegungen - nur im Einigungsprozess der Subjekte entschieden werden kann. Zudem hat die Debatte in der feministischen Theorie gezeigt, dass die Zuschneidung der Themen auf die bisher gültigen Regeln der öffentlichen Kommunikation auch die Inhalte zuschneidet und ihre Verankerungen in den Kontexten zerstört. Damit entsteht auch das Risiko, die mit den Themen verbundenen Interessen von schwächeren Gruppen den Organisations- und Handlungsformen der dominanten Gruppe immer mehr anzupassen. Dies würde aber die

44 Vgl. dazu z. B. Benhabib 1996 sowie die Diskussionen in den Sammelbänden Gruppe Feministische Öffentlichkeit 1992 oder Bückner/ Meyer 1994a oder Biester/ Holland-Cunzl Sauer 1994.

Lebendigkeit von öffentlichen Debatten stark gefährden, denn geht die Anpassungsleistung nur in eine Richtung, wird zum einen das lebensweltliche Potential zur Gestaltung des Öffentlichen nicht genutzt und zum anderen das Prinzip der unendlichen Offenheit der Themen und der Partizipationsmöglichkeit aller nicht eingehalten. Auch in dieser Frage - die Kommunikationsformen in der Debatte - sind daher die Subjekte, ihre Erfahrungen und ihre Wege in die Öffentlichkeit im Zentrum unseres Blicks.[45]

Welche Äußerung zur politischen Äußerung wird oder als private im Bereich der Persönlichkeitsdarstellung verbleibt, wie und in welcher Form eine Erfahrung oder Vorstellung in die Öffentlichkeit getragen wird und als öffentlich relevante verhandelt wird, wird nur durch die reflektierenden Deutungen der debattierenden Subjekte entschieden. Auch hier können die von vornherein definierten Differenzierungen zwischen Öffentlichem und Privatem verschwimmen.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Subjekte der Privatsphäre nun aus zwei Gründen stärker in den Vordergrund rücken: Zum einen werden die Kriterien zur Beurteilung dessen, was politisch und öffentlich relevant ist, aus der Perspektive der Subjekte, die Öffentlichkeit gestalten, gewonnen. Das entspricht letztlich auch der moralphilosophischen Idee einer Norrnengenerierung mit Wahrheitsanspruch durch die Einigungsprozesse der Beteiligten bzw. Betroffenen. Es stellt sich die Frage, durch welche Reflexionsschritte private Themen und Erfahrungen aus der Sicht der Subjekte als öffentlich relevant verstanden werden und welche Formen der Transformation von privaten in öffentliche Fragen vorgenommen wird. Wie werden die Erfahrungen verändert, wenn sie in politische Positionen verwandelt oder als Gemeinwohl generalisiert werden?

Zum zweiten stellt sich die Frage, wie Einigungsprozesse und die Balance von verschiedenen Wünschen und Interessen im Privaten geregelt werden. Können die Subjekte die Kommunikationsbedingungen des Öffentlichen - Argumentation nach bestimmten Regeln -- leisten, wenn sie im Privaten völlig anderen Regeln folgen? Oder umgekehrt formuliert stellt sich die Frage, ob nicht bestimmte Kommunikationsformen im Privaten eine konstitutive Voraussetzung für die Gestaltung der Kommunikationsformen im öffentlichen Diskurs darstellen. Dies heißt, dass die Subjekte selbst, ihre Perspektive, Anliegen und ihre Kommunikationsformen stärker in die Analyse demokratischer Prozesse und in demokratietheoretische Überlegungen mit einbezogen werden müssen. Wie sieht in der Konzeption partizipativer Demokratietheorien das ‚demokratische'

45 Vgl. dazu z. B. Eckart 1995, die ausfuhrt, durch welche Mechanismen die Anliegen von Frauen im Zuge ihrer Thematisierung in öffentlichen Debatten urnformuliert, zugeschnitten und reduziert werden.

Subjekt aus? Welche Anforderungen werden an die Menschen in Demokratien gestellt und mit welchen Mitteln gestalten sie selbst demokratische Prozesse? Das sind die Fragen, die sich an diese Diskussion anschließen.

Mit Blick auf die Subjekte will ich allerdings Privatheit als Strukturkategorie nicht auflösen, sondern ich werde den Blick auf die Gestaltung des Privaten als Bezugsrahmen für die Subjekte immer wieder aufnehmen. Privatheit ist in meiner Perspektive der Kontext, in den die Subjekte eingebettet sind und aus dem heraus sie sich selbst verstehen und als handelnde Individuen entwerfen.

Im nächsten Schritt werde ich daher die Subjekte in den Blick nehmen, denn durch die Reformulierungen der Theorie der Öffentlichkeit haben wir alle von *außen* an die Debatten anlegbaren Kriterien zur Bestimmung von für das Gemeinwohl relevanten Themen und Darstellungsformen verloren. Die Generierung des Gemeinwohls liegt letztlich in den Handlungen und Orientierungen von kompetenten Subjekten, die sich die Räume und Themen aneignen und sie gestalten.

11. Die Subjekte der Demokratie und ihre Lebenswelten

Die Diskussion um eine differenziertere Fassung der Sphäre politischer Öffentlichkeiten hat gezeigt, dass eine Analyse der Gestaltung des Öffentlichen die Subjekte und ihre privaten und lebensweltlichen Kontexte systematisch miteinbeziehen muss. Wenn es richtig ist, dass Demokratien ihre legitimatorische Kraft nur darüber sichern können, dass die Gesellschaftsmitglieder an der Gestaltung der politischen Zusammenhänge teilhaben, dann bergen Apathie und Abwendung vom Politischen das Risiko des Zusammenbruchs von Demokratien in sich. Und wenn es richtig ist, dass Teilhabe der Bürgerinnen am politischen Prozess wesentlich durch die Teilnahme an öffentlichen Debatten gewährleistet werden kann, dann werden diese Öffentlichkeiten zu einer Art theoretischer und empirischer GelenksteIle für die Verbindung von demokratischen Prozessen und sozialer und kultureller Integration der Individuen. Wenn wir mit den partizipativen Demokratietheorien unter Demokratie mehr verstehen als den in Rhythmen organisierten Gang zur Wahlurne, und wenn demokratische Fragen immer auch normative Fragen sind, dann müssen wir in den Blick nehmen, wie die Subjekte einer Gesellschaft mit ihrem Selbstverständnis und Deutungshorizont in diesen demokratischen Prozess integriert werden.

Es soll also hier darum gehen, die theoretischen Zusammenhänge zu klären und den begrifflichen Apparat zu entwickeln. Dazu werden in diesem Kapitel zwei argumentative Ziele verfolgt: Zum einen geht es darum, die Anschlussstellen für partizipative Demokratietheorien und die Alltagserfahrungen und -deutungen der Subjekte sowie den Zusammenhang von politischer Kultur und Lebenswelt zu eruieren. Dabei werden die individuellen und kollektiven Strategien der Konfliktlösung argumentativ zentral.

Ein zweites und mit dem ersten in Zusammenhang stehendes Ziel ist es, einen Entwurf von Subjektivität zu entwickeln, der die verschiedenen Anknüpfungspunkte - Fähigkeit zur Partizipation an Debatten der Öffentlichkeit, Verständnis von Demokratie, Umgang mit normativen Fragen, Einschätzungen privater und öffentlicher Fragen und Strategien der Konfliktlösung – bietet.

Eine Subjekttheorie steht allerdings heute vor dem Problem, sich von der transzendentalphilosophischen Idee eines reflektierenden und die Welt als Ein-

heit entwerfenden Subjektes und den entwicklungspsychologischen Ideen zur Reifung der autonomen Person zum einheitlichen und vernünftigen Ich so abzugrenzen, dass die Idee des Subjekts nicht gänzlich verschwindet. Zu Recht sind beide genannten Positionen aus postmodernen und dekonstruktivistischen Perspektiven kritisiert worden." Dennoch halte ich Tendenzen in der philosophischen Diskussion, das Subjekt als Kategorie generell zu verabschieden, für verfehlt. In dieser Verabschiedung des Subjektes sehe ich auch eine extreme Spaltung von wissenschaftlichem Diskurs und alltäglichen Deutungen der Subjekte selbst, die ich als Alltagssoziologin so nicht einfach hinnehmen kann. Vielmehr muss es darum gehen, die Kritik der postmodernen Theoretikerinnen zur Reflexion und Weiterentwicklung des Subjektbegriffs zu verwenden.

Die Kritik am modemen Subjektbegriff betont zwei Aspekte, die sich zum Teil widersprechen. Zum einen wird die dominante Stellung des Subjekts als weltentwerfendes Selbstbewusstsein kritisiert, da in der klassischen subjekttheoretischen Position sowohl das unbewusste innere Geschehen außen vor bleibt als auch die gesellschaftlichen Diskurse, die die Subjektivität strukturieren. Das weltentwerfende Selbstbewusstsein ist also eines, das weder immer bewusst und rational handelt noch die gesamte Welt aus sich heraus entwirft. Stattdessen wird dieses Subjekt und seine Position im gesellschaftlichen Geschehen durch die Diskurse der Gesellschaft, die kulturellen Deutungshorizonte und gesellschaftliche Strukturen erzeugt und bestimmt. Auf diese Kritik werde ich noch einmal zurückkommen.

Zum zweiten wird kritisiert, dass die Idee einer einheitlichen Struktur eines Subjekts, also die Identität, auf der Ausgrenzung verschiedener, sozusagen störender Aspekte beruhe. Damit wäre die Abwehr von Differenz und die Ausgrenzung des Fremden die Grundvoraussetzung zur Gestaltung einer Ich-Identität überhaupt. In diesem Zusammenhang wird ein Gegenentwurf vorgelegt, in dem Identität nur noch als gewählte und je neu kombinierte Variation von Aspekten des Selbst vorgestellt werden kann. In dieser Konzeption wird davon ausgegangen, dass einzelne Aspekte ausgegrenzt oder integriert, spielerisch betont oder zurückgenommen werden können. Identität als organisierte und organisierende Struktur würde nicht mehr existieren, sondern das Individuum gestaltet sich jeweils immer wieder als kohärente Form von Fragmenten neu. Diese Kritik werde ich weiter unten detaillierter diskutieren.

Widersprüchlich scheinen mir die beiden Konzepte deshalb, weil die zweite Konzeption außerordentlich voluntaristisch akzentuiert ist und damit der Kritik an dem welt-entwerfenden Subjekt widerspricht. Das Subjekt, das Identi-

46 Zur postmodernen Diskussion vgl. beispielsweise Butler 1991 und 1993, Foucault 1979 und 1984 (um nur eine Auswahl zu nennen), Nunner-Winkler 1991, Lindemann 1993, FerchhofTI Neubauer 1997.

tätsaspekte bis hin zum Geschlecht wählt und spielerisch betont, scheint den ‚alten Entwurf auf die Spitze zu treiben und konzipiert alles – Körper, Seele und Bewusstsein - als entworfen und gestaltet. Dennoch weisen beide Kritiken auf wichtige kritische Aspekte im Subjektbegriff hin, die aufgenommen werden müssen, ohne jedoch den gesamten Subjektbegriff zu verwerfen.

lm Folgenden werde ich die erste Kritik kurz diskutieren. Ein zentrales Argument gegen die generelle Auflösung des Subjektes sehe ich zunächst empirisch im Bemühen der Alltagssubjekte um die Entstehung und Erhaltung einer Perspektive, die es ermöglicht, »ich« zu sagen und zu wissen, dass »ich« die bin, die Erfahrungen gemacht hat und machen wird, also »ich« mich über Zeiten und Räume hinweg als dieselbe Person identifizieren kann. **In** der soziologischen Theorie wurde diese biographische Konsistenz und Kontinuität oftmals als voluntaristischer Entwurf des autonomen, sein Leben kontrollierenden Subjektes verstanden. Dabei sind sowohl die Mächte des Unbewussten, die der Kontrolle des Subjekts eben entzogen sind, aber dennoch einen Teil seiner Existenz ausmachen und bestimmen als auch die Kontextualität der individuellen Ich-Identität aus der Reflexion ausgeschlossen. Dem ersten Vorwurf kann man jedoch Rechnung tragen durch die Berücksichtigung einer psychoanalytischen SubjekUheorie, die unbewusste Prozesse in die Reifung einer Persönlichkeit mit einbezieht und die Reifung einer Person als Dynamik von Autonomie und Bindung konzipiert. Zudem, und darauf verweist Honneth, kann die Idee von der vollständigen Kontrolle der Triebe und Bedürfnisse durch das Konzept einer "sprachlichen Artikulationsfähigkeit" (Honneth 1993b: 158f.) der Neigungen und Bedürfnisse abgelöst werden. Die Versprachlichung von Impulsen und Bedürfnissen verwandelt diese nämlich in integrierbare Erfahrungen. Damit ist theoretisch vorstellbar, dass Bedürfnisse zwar unendlich in ihrer Zahl und immer wieder anders sein können. Aber sie sind der Person zumindest potenziell durch Deutung zugänglich. Unbewusste Prozesse und Handlungsmotive können sich entwickeln und existieren, sie werden aber durch Versprachlichung tendenziell und potenziell Teil von bewusster Identität, denn die rekonstruktive Deutung ermöglicht dann die Integration in den einen Lebensentwurf. Durch die Versprachlichung können sie dem Subjekt zumindest aus der Retrospektive zugänglich werden.

Der zweite Aspekt dieses oben als ersten Kritikpunkt gekennzeichneten kritischen Einwurfs hat Folgen für die klassisch-soziologische Vorstellung, dass eine Person ein organisiertes Selbst sei, das sich über Zeiten und Räume hinweg als konsistente Person entwirft. Diese berechtigte Kritik an der Konzeption der Selbstvergewisserung des sich reflexiv auf sich beziehenden Subjektes, das alle Aspekte seines Lebens nach bestimmten Prinzipien ordnet und Konsistenz herstellt, versucht Honneth aufzufangen mit der Idee, dass Personen durch die Fä-

higkeit zur "narrativen Kohärenz" (Honneth 1993b: 158) ausgezeichnet sind, d. h. sie können durch Versprachlichung ihrer Erfahrungen und Reflexion auf ihre Erfahrungen sich als Selbst immer wieder *neu* interpretieren und damit als konsistentes Selbst entwerfen:

> „(...) an ihre (die Idee der autonomen Lebensführung, M.R.) Stelle hat die Idee zu treten, sein Leben so als einen kohärenten Zusammenhang darstellen zu können, dass dessen disparate Teile als Ausdruck der reflektierten Stellungnahme ein und derselben Person erscheinen." (Honneth 1993b: 159)

Zentral sind für mich hier zwei Elemente: Einerseits betont Honneth in seiner kurz skizzierten Neuformulierung des Subjekts die Bedeutung der Reflexion innerhalb eines Symbolsystems, nämlich der Sprache. Dies ermöglicht der Person, sich auf sich selbst zu beziehen und die verschiedenen Erfahrungen mit sich und der Welt als Teil der eigenen Person, die sich fortwährend entwickelt und auch manchmal widerspricht, zu verstehen. Dabei ist allerdings wichtig, dass diese narrative Kohärenz für sich *und* für die Anderen hergestellt werden muss. Sowohl aus der Außenperspektive als auch aus der Innenperspektive muss es uns möglich sein, als dieselbe Person identifizierbar zu sein. Damit ist nicht gemeint, dass die Person nicht spielerisch verschiedene Identitätsaspekte betonen und sich zu einer ‚Fremden' machen könnte. Aber zumindest aus der Innenperspektive muss das Spiel als Spiel identifizierbar sein, um prinzipiell vernünftig handeln zu können. Doch auch aus der Außenperspektive muss die Person als dieselbe identifizierbar sein, zumindest dann, wenn die Person dies selbst will: Die Erfahrung, aus der Außenperspektive für eine andere Person gehalten zu werden, wenn dies nicht Teil des spielerischen Umgangs mit sich selbst ist, wird in der Regel als sehr irritierend empfunden, weil es die Person in ihrer eigenen Erfahrung dissoziiert. Ich gehe also davon aus, dass wir festhalten können an einem strukturierenden Ich, das die Erfahrungen, die ihm sprachlich zugänglich sind, als sein Leben rekonstruieren kann. Die Kritik am weltentwerfenden Ich kann also aufgenommen werden in einem Subjektbegriff, der die narrative Rekonstruktion der Erfahrungen und Deutungen des Selbst betont. Dies verweist übrigens bei der Anwendung dieses Subjektbegriffes in der empirischen Sozialforschung auf die Strategien qualitativer Methoden, durch die die sprachlichen Konstrukte der Subjekte, ihre Deutungen und Orientierungen, erforscht werden können."

Damit komme ich zum zweiten oben genannten Kritikpunkt, nämlich der Idee, Ich-Identität entstehe nur durch Ausgrenzung. Dazu möchte ich kurz ein Argument von Hans Joas (1996) zur Debatte der angesprochenen Problematik

47 Es werden dann nicht Einstellungen untersucht, sondern Deutungen und Narrationen.

heranziehen. Er setzt dieser Kritik - wie auch Honneth - den Verweis auf eine intersubjektive Subjekttheorie entgegen. Joas diskutiert die Konzepte von Mead und Erikson, auf die ich mich später auch beziehen werde. Mead wie auch Erikson sehen in ihren intersubjektiven Subjekttheorien die Bildung von Identität als dialogischen Prozess der Interaktion und Rollenübernahme. Sie werden damit tatsächlich den Aspekten von Macht und Ausgrenzung im Prozess von Identitätskonstitution nicht gerecht. Joas akzeptiert diese Kritik in der Form, dass er die Bedeutung von Macht und Ausgrenzung für die *Stabilisierung* von Identität im Meadschen Ansatz unterbelichtet sieht. Für Joas geht es darum, die Verschränkung der beiden Formen von Identitätsstabilisierung, nämlich durch Ausgrenzung und durch Integration, in der Realität zu erkennen. Sein Gegenargument ist im Wesentlichen, dass allerdings die *Erzeugung* von Identität nur dialogisch gelingen kann, während die Stabilisierung auch andere Möglichkeiten - Macht und Ausgrenzung - zulässt. Ich möchte sein Argument hier kurz präzisieren: Auf einer logischen und ontogenetischen Ebene, die die Individuierung und Vergesellschaftung, also die Entstehung eines Subjekts, beschreibt, sind die Integration von Identitätselementen und das Ausgrenzen von Deutungsaspekten zwei Seiten eines Prozesses. In der Bewegung der Unterscheidung, die wir mit der dekonstruktivistischen Perspektive als die Bewegung der Identitätsbildung beschreiben können, sind Integration und Abgrenzung demnach gleichen Ursprungs. Integration bedeutet zwar, dass einzelne Elemente quasi ausgewählt werden, während andere ausgeschlossen bleiben, also ausgegrenzt werden. Allerdings gestalten beide Mechanismen die Identitätsbildung sozusagen in einem Prozess, wobei die Ausgrenzung – hier verstanden als Auswahl - ohne die Integration – also die Wahl - nicht denkbar ist. Erst die positive Auswahl eines Aspektes hat die Ausgrenzung eines anderen zur Folge. Dabei ermöglicht das Konzept der dialogischen Integration von Deutungen (von Identitätsaspekten) die Vorstellung, es seien *prinzipiell* alle Elemente integrierbar. Damit gibt es keine vorgängig ausgegrenzten Elemente, sondern nur kontingent und zeitlich ausgeschlossene, die aber aufgenommen werden *könnten.* Potenziell können alle vorkommenden Deutungen in die Identität aufgenommen werden."

In meiner Subjekttheorie folge ich also Honneth und Joas, die an einem intersubjektiven Subjektbegriff, wie Mead und die Varianten der Psychoanalyse ihn bereits entwickelt haben, festhalten. Nachdem ich nun sehr kurz die vorgängige Diskussion geführt habe - hinsichtlich der Überlegung, ob überhaupt ein Subjektbegriff beibehalten werden kann – möchte ich im Folgenden die einzelnen Elemente dieses intersubjektiven Subjektbegriffs erläutern und für meine Perspektive des Zusammenhangs von politischer Kultur und Alltagserfahrung,

48 Dies schließt an Meads Konzept des "generalized other" an. Habermas (1983, 1991) beispielsweise baut seine Diskursethik auf dieser Potenzialität auf.

von demokratischer Teilhabe und individueller Beurteilung, ausarbeiten. Dabei werden die bisher genannten Gegenargumente gegen die postmoderne Kritik an einigen Stellen wieder auftauchen und auf meine Fragestellung hin expliziert.

Die Entwicklung eines Konzeptes von Subjektivität erfolgt in fünf Schritten:

Erstens haben die Analyse des Konzeptes Öffentlichkeit und seine Reformulierung aus der Perspektive der partizipativen Demokratietheorie gezeigt, dass die Impulse für die Themen und Aspekte des Gemeinwohls aus der Lebenswelt der Subjekte kommen. Deshalb ist es notwendig, den Zusammenhang von politischer Kultur, kultureller Integration und Alltagsdeutungen der Subjekte theoretisch klarer zu fassen und die Wege der lebensweltlichen Impulse für den politischen Prozess zu rekonstruieren (I).

Zweitens sind mit der Bedeutung von Öffentlichkeit in partizipativen Demokratietheorien die Leistungen der Subjekte selbst, ihr Vermögen mit den Anforderungen und Chancen von partizipativer Demokratie umzugehen, in den Blick der soziologisch informierten Demokratietheorie gekommen. Daher ist eine zweite Aufgabe dieses Kapitels, einen Subjektbegriff zu gewinnen, der die notwendige Balance von kognitiven Leistungen und psychodynamischen Voraussetzungen zur rationalen Handlung so konzipiert, dass er den Anschluss an partizipative Demokratietheorien, die einen anspruchsvollen Subjektbegriff implizieren, ermöglicht. Dem werde ich nachgehen, indem ich zunächst die Identitätstheorien von Mead und Erikson und deren Vorstellung von persönlicher Reifung auf sozialkognitiver und psychodynamischer Ebene durch Krisen und Kontlikterfahrungen diskutiere. Dabei gewinnen wir einen Subjektbegriff, in dem Vergesellschaftung und Individuierung insofern zusammengedacht werden, als individuelle Kontlikterfahrung die Subjekte in die gesellschaftlich hegemonialen Deutungshorizonte integrieren, genau wie kontliktive hegemoniale Deutungsmuster die individuellen Krisen inhaltlich mitgestalten. Der so gewonnene Subjektbegriff hantiert mit Kategorien der Kompetenz, die die Teilnahme an Interaktionen prinzipiell ermöglicht sowie der psychodynamischen Reifung, ohne die eine sozialkognitive Kompetenz nicht erworben oder umgesetzt werden kann. Dieser Subjektbegriff - so werde ich zeigen – dient dann als Anschlusskonstrukt für die partizipativen Demokratietheorien (2).

Drittens werde ich mich noch einmal mit dem Begriff des bürgerlichen Individuums der politischen Theorien, den ich in meiner Diskussion zur politischen Öffentlichkeit schon angedeutet habe, befassen. Die politischen Theorien kommen im Prinzip mit einem einfachen Identitätsbegriff aus, der Rationalität und Unabhängigkeit als Voraussetzung für die Fähigkeit zur politischen Herrschaft im Kern hat. An diesem Begriff gibt es zunächst aus der feministischen Perspektive eine fundamentale Kritik, die beispielsweise Seyla Benhabib, for-

muliert hat. Diese Kritik führt uns zurück zu einem soziologischen Identitätsbegriff, der nicht das transzendentale Subjekt und sein Vermögen oder das interesselose und kontextlose Subjekt des "Urzustandes" (Rawls 1979) verfolgt, sondern der ein Alltagssubjekt mit biographischer Erfahrung und sozialer Einbettung zum Ausgangspunkt nimmt (3).

Dieses in Kontexte eingebettete Subjekt nimmt Jessica Benjamin in ihrer psychoanalytischen Theorie der Anerkennung in den Blick. Aus feministischer Perspektive formuliert sie die besonderen Schritte von persönlicher Reifung, die den gelingenden Umgang mit Differenz beinhalten. Diese Perspektive - die Erfahrung von Differenz und die Anerkennung der Differenz – sind aus demokratietheoretischer Sicht besonders relevant. Deswegen werde ich die ontogenetische Entwicklung der .Anerkennungsbalance" (Benjamin) genauer betrachten, um den Begriff der Anerkennung hinsichtlich der Anerkennung von Differenz und die Kategorie .Gender' in die Diskussion von Subjektivität und Demokratie mit einbeziehen zu können (4).

Mit dem Bezug auf Jürgen Habermas' Subjekt- und Lebenswelttheorie gewinne ich dann zuletzt eine differenziertere Fassung der Kompetenzen, die die Subjekte in modemen Gesellschaften entwickeln müssen, um sinnvoll an Interaktionen teilnehmen zu können und Teil von Gesellschaft zu sein. Es handelt sich dabei um den Erwerb von Deutungskategorien. die den Subjekten zur Verfügung stehen müssen, damit sie biographische Konflikte einordnen, auf gesellschaftliche Prozesse beziehen und lösen können. Aus dem Begriff der Lebenswelt - der den kollektiven Deutungshorizont der Gesellschaft und die individuellen Deutungen der Subjekte umfasst - ergibt sich außerdem eine Dynamisierung des Konzeptes der Privatheit, die der dynamischen Fassung des Öffentlichen entspricht (5).

I. Konflikte und kultureIle Integration

Gesellschaft halten zusammen, indem sie Regelungen für ihre Konflikte mit unterschiedlichen Interessen oder Perspektiven regeln und zu einem Konsens kommen. Dieser Konsens kann sowohl eine inhaltliche Fassung haben, in der bestimmte Normen oder Prinzipien als Regelungen für eine Zeit – bis zur nächsten Änderung - festgelegt werden. Änderungen oder Wünsche bzw. Notwendigkeiten zu Änderungen können sich aus veränderten Lebensumständen, aus neu auftretenden Herausforderungen durch Entwicklungen in den gesellschaftlichen Systemen wie Ökonomie oder Politik oder durch Entwicklungen im

moralisch-praktischen Bereich ergeben.t" In der Regel haben Gesellschaften durch Festlegungen im rechtlichen Bereich wie Verfassungen und Verfahrensregelungen im politischen Bereich Regelungsmechanismen eingeführt, nach denen Konflikte oder neue Fragen bearbeitet werden können. Das Ziel dieser gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse oder Verfahren ist immer der Konsens. Helmut Dubiel (1999) hat im Zusammenhang mit seinen demokratietheoretischen Arbeiten'? die Bedeutung des Konflikts für die soziale Integration einer Gesellschaft diskutiert. Sein Ausgangspunkt ist die These, dass in gesellschaftlichen Konflikten insofern ein integrierendes Potenzial liegt, als die latenten, als regelnde Routinen oder Gewissheiten wirkenden Normen, Prinzipien und Konventionen erst durch die konflikthafte Auseinandersetzung reflexiv und wirksam werden." In seiner Rekonstruktion betont er, dass die im Konfliktfall infrage gestellten Normen *selbst* durch den Konflikt verändert und - im besten Falle - weiterentwickelt werden. Damit kann er Konflikte als ein modernisierendes Movens für gesellschaftliche Entwicklung benennen. Zentral allerdings für diese Potenz von Konflikten sind die gesellschaftlich entwickelten Regelwerke zur Gestaltung von Konflikten: Das sozial integrierende Potenzial der Konflikte kommt dann zur Entfaltung, wenn in der Gesellschaft anlässlich des Ausbruchs des Konflikts bestimmte Regelungen bereits entwickelt sind, die es ermöglichen, die zerstörerische Kraft von Konflikten zu kontrollieren, d. h. den Konflikt sozusagen zu ‚rationalisieren'.

Die bedeutungsvollen Konflikte von modernen Gesellschaften werden in dieser konflikttheoretischen Debatte, auf die Dubiel sich bezieht, in Verteilungskonflikte, die vertragliche Regelung beanspruchen, und Anerkennungskonflikte, die kulturelle Anerkennung in kulturellen und lebensweltlichen Kontexten verlangen, unterschieden. Für Dubiels demokratietheoretische Perspektive sind Anerkennungskonflikte die zentralen und zugleich schwierigen Konflikte für partizipative Demokratietheorien. Er fragt sich zunächst, wie moderne Gesellschaften ihre Gemeinwesen erzeugen können, d. h. wie die normative Einbindung der Subjekte in modemen Gesellschaften gelingt, die kaum einen vorgegebenen Bestand an fraglosen Traditionen mehr aufweisen können. In seiner Antwort geht er davon aus, dass die Grundidee der geregelten Konflikte vor allem auf normative Fragen der sozialen Integration übertragen werden muss. Dubiel wendet die Diagnose des Kommunitarismus, dass das Problem der

---

49 Vgl. zu dieser Frage hier Apel 1981, Habennas 1981,1983, 1991, Kuhlmann 1986, um nur eine Auswahl an Autoren zu nennen, die sich mit konsensorientierten Moralphilosophien befassen, auf die ich mich hier beziehe.

50 Vgl. dazu auch Dubiel 1994a und b.

51 Er bezieht sich dabei auf Georg Simmel, der die integrierende Funktion von Streit für die daran beteiligten Subjekte analysiert und Lewis Coser, der diese Überlegungen ausgearbeitet hat (Dubiel 1999).

Moderne der Verlust an unbestrittenen Deutungen über das Gemeinwohl sei, ins Gegenteil. Er sieht darin nicht nur das Charakteristikum moderner Gesellschaften, sondern auch ihre Chance für Integration. Gerade die Vorgänge, in der alle normativen und politischen Fragen, auch die, die vorher fraglos geregelt waren, zum Konflikt werden, führen zu einer Integration der Gesellschaft und nicht zu anomischen Prozessen. Das Fragwürdigwerden von und das Streiten um normative Fragen rekonstruiert er als Möglichkeit für die Beteiligten, ihre Perspektiven zu reflektieren und so zu einer gemeinsamen Basis an normativen Grundüberzeugungen zu gelangen. Es sind insbesondere die normativen Fragen, die immer auch Identitätsfragen sind, die die ‚breaking points' moderner Gesellschaften darstellen. Zentral ist für Dubiel, dass dieses Potenzial von Konflikten zur Erzeugung von Gemeinwohl allerdings nur den "gehegten Konflikten" (Dubiel 1999) zukommt. Sozial integrierend können Konflikte nur dann wirken, wenn es den Gesellschaften gelingt, Formen der Hegung und Regelung zu finden, mit deren Hilfe die Konflikte reflexiv werden können. In diesem Prozess der Hegung, also der Konfliktaustragung nach Regeln, sieht Dubiel ihr integratives Potenzial. Mit diesem Modell sozialer Integration fasst er die Existenz von Konflikten als die einzige Möglichkeit, so etwas wie Gemeinschaftlichkeit zu erzeugen in einer Welt, in der alles fragwürdig werden kann. Verlängern wir diese Grundidee, dann heißt das, dass die Unterdrückung von Konflikten, selbst das Vermeiden von konfliktiven Auseinandersetzungen in normativ und politisch relevanten Fragen, zumindest potenziell zu einer Gefahr mit großer Sprengkraft für die Stabilität und Entwicklungsfähigkeit einer Gesellschaft werden kann.[52]

Dubiel widerspricht der in der konflikttheoretischen Debatte" üblichen Unterscheidung von Konflikten in teilbare und unteilbare, wobei die unteilbaren als Identitätskonflikte bezeichnet werden. In dieser Debatte wird davon ausgegangen, dass in teilbaren Konflikten um die Verteilung von GUtem (z. B. in Arbeitskämpfen) gestritten wird. Dieser Typus von Konflikten ist durch Verträge und gesellschaftliche Be- und Entlastungsabkommen vorgängig regelbar. Als schwieriger bzw. unlösbar erscheinen die unteilbaren Konflikte, in denen um die Anerkennung von Identität und Lebensform und um die Teilhabe an Entscheidungsprozessen *als die Person, die man ist,* gestritten wird. Hier können vertragliche Regelungen nicht als Regelungsmechanismen wirksam werden.

52 Sanda Cudic (2000) beispielsweise zeigt in ihrer hervorragenden Studie über Bosnien-Herzegowina, inwieweit die im Zusammenhang mit dem Zerfall Jugoslawiens entstandene Barbarei damit zu tun hat, dass in der Gesellschaft keine rechtlich abgesicherten und in der politischen Öffentlichkeit verankerten Mechanismen zur Konfliktregelung ausgearbeitet worden sind, die einen Rahmen für die Artikulation und Durchsetzung unterschiedlicher Interessen bieten könnten.

53 Dubiel bezieht sich in seinen Überlegungen auf Hirschmann, Dahrendorf und Coser. Zu einer allgemeinen Übersicht über Konflikttheorien vgl. Bonacker 2002.

Identitätskonflikte sind daher - aus dieser Perspektive - einer vernünftigen Regelung nicht zugänglich. Dubiel kritisiert die kurze Spannweite dieser systematischen Unterscheidung, die nämlich die Konflikte, mit denen es modeme Gesellschaften heute sehr oft zu tun haben, als nicht lösbar einschätzt bzw. die die Verschränkung von teilbaren und unteilbaren Aspekten in Konflikten übersieht:

> "Nach meiner Vorstellung des sozialen Konflikts hingegen, in dem die .strategisehe' Dimension der Teilbarkeit mit der .identitäreri' Dimension der Unteilbarkeit unauflöslich verschränkt ist, käme es darauf an, scheinbar unversöhnliche gesellschaftliche Auseinandersetzungen durch Formen der demokratischen Konfliktaustragung zu zivilisieren. Das orientierende Paradigma eines erfolgreich gehegten Konflikts ist für mich nicht der Kompromiß konkurrierender strategischer Gruppen, sondern der unblutige Dauerstreit der demokratischen Öffentlichkeit". (Dubiel 1999: 142)

In Dubiels Argumentation finden wir zwei wesentliche Aspekte für unsere Debatte: Zum einen konzipiert er die normativen Konflikte in einer Gesellschaft als die integrierende Kraft, die darin liegt, dass die in Konflikten entstehende "eigentümliche Gemeinschaftlichkeit" (Dubiel 1999: 142) die einzige Art von Gemeinwohl sein kann, die in spätmodemen Gesellschaften noch möglich ist. Zum anderen entwickelt er dieses Modell aus der Perspektive einer partizipativen Demokratietheorie, in deren Zentrum die Sphäre der politischen Öffentlichkeit steht als der Ort der politischen und sozio-kulturellen Integration. In seinen Überlegungen sind als Zielperspektive dramatische Konflikte von der Art der Kriege im ehemaligen Jugoslawien gemeint, die in der Tat für normative Demokratietheorien argumentativ im Mittelpunkt stehen. Für unsere Perspektive ist von Bedeutung, dass er genuin normative Konflikte, in denen es um die Anerkennung von Differenz geht, für bedeutsame *und* lösbare Konflikte hält. Es sind diese Identitätskonflikte, die den demokratischen Sprengstoff in modernen Gesellschaften darstellen. Gerade die Identitätskonflikte um die Anerkennung von Differenz, um die Teilhabe an demokratischen Prozessen und den gesellschaftlichen Gütern als die Person, die man ist, aus der Debatte um entscheidbare Konflikte auszuschließen, wäre eine Bankrotterklärung der Demokratie.

Nur diejenigen gleichberechtigt an der Macht zu beteiligen, die den Anforderungen der normsetzenden Majorität entsprechen, ist einer der Irrtümer, die sich moderne Demokratien seit dem Beginn ihrer Existenz leisten. Zunehmend wird diese sich selbst genügende Dominanz nicht mehr hingenommen. Emanzipationsbewegungen wie die Frauenbewegung, die Bewegung der AfroamerikanerInnen oder der »native nations« in den USA handeln wesentlich von

Identitätskonflikten.[54] Es geht neben der klaren rechtlich geregelten Beteiligung an politischer und ökonomischer Macht um die Anerkennung der differenten Lebensform und der Identität, die die ‚anderen' haben, obwohl sie nicht den expressiven, ästhetischen oder konventionell-sittlichen Anforderungen der Mehrheit entsprechen. Es sind die Konflikte um Identität und Differenz, die im Moment auch politisch aktuell sind und deshalb im Zentrum moderner partizipativer Demokratietheorien stehen müssen.

Ich möchte Dubiels Überlegungen nutzen, um eine klarere Perspektive auf die lebensweltliehen Kontexte und die individuellen Subjekte, die die Konflikte austragen bzw. regeln müssen, zu entwickeln. Neben den Regelungsmechanismen im Sinne gesellschaftlicher Institutionen (wie gesetzliche Regelungen z. B. des Minoritätenschutzes), die Dubiel vorschweben, wenn er davon spricht, dass es darum ginge, die "zivilisatorischen Bedingungen" (Dubiel 1999: 142) zur Austragung von Konflikten in demokratischer Form zu explizieren, kann und muss noch ein anderer Strang zur Explikation dessen betrachtet werden: Dubiels Überlegung, dass Identitätskonflikte diejenigen sind, auf die es ankommt, können wir zusammendenken mit Benhabibs Konzeption von Öffentlichkeiten, in der alle Themen - auch die, die in der Moralphilosophie den Fragen des guten Lebens zugeordnet werden - auf die Agenda der politischen öffentlichen Debatte kommen können müssen. Damit wird klar, dass die gemeinschaftsstiftenden Konflikte, die Dubiel für das Zentrum der demokratischen Debatte hält, sozusagen aus dem Privaten der Subjekte gespeist werden: Wenn öffentliche Themen erst aus der Perspektive der Subjekte zu öffentlichen Themen werden, weil sie aus deren Sicht konflikthaft geworden sind, liegt auch in dieser Konzeption das Kriterium der Beurteilung von Konflikten auf der Seite der Subjekte. Denn identitäre Konflikte sind - wie der Begriff schon sagt – an Identitäten gebunden und diese sind individuell und kollektiv zugleich. Der Ausschluss aus gesellschaftlichen Prozessen und von demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten wird von den Subjekten als biographischer Konflikt und als Kränkung ihrer Person erlebt. Diese biographische Erfahrung ist der Anfang von gesellschaftlicher Debatte, in der dann das Gemeinwohl einer Gesellschaft erzeugt werden kann. Aus der Perspektive einer Theorie der Identitätsbildungsprozesse geht es hier um eine Konzeption, die die Bildung von Identität als individuelle und gesellschaftliche zugleich formuliert. Deshalb werde ich mich im nächsten Schritt mit den Subjekten beschäftigen, die aufgefordert sind, aus ihren privaten Erfahrungen diejenigen herauszudestillieren, die für öffentlich-politische Debatten relevant sind und die nach den Kommunikationsregeln der öffentlichen Debatte verhandelt werden und in die Generierung des Gemeinwohls einfließen.

54 Vgl. Dubiel 1999 oder z. B. Neckel 1995, der die amerikanische Debatte reflektiert.

2. George Herbert Mead und Erik Erikson: Individuierung und Vergesellschaftung als kriscnhafter Prozess

George Herbert Mead bietet in seiner interaktionistischen Identitätstheorie die Kategorien, mit denen wir die Entstehung einer Persönlichkeit als einen krisenhaften zweiseitigen Prozess der Individuierung und Vergesellschaftung nachvollziehen können. Die psychodynamische Seite dieses Prozesses, in dem gesellschaftliche Deutungsmuster und individuelle Interpretationsleistung als Entstehung einer rationalen Struktur im Subjekt gefasst werden, beschreibt Erik H. Erikson in seiner Ich-Psychologie. Aus der Rekonstruktion seiner Theorie können wir den Meadschen Begriff der Krise um die Dimension idiosynkratischer und unbewusster Elemente anreichern, die Identitätsfragen im Wesentlichen mitbestimmen. Auch der Krisenbegriff Eriksons ist für unsere Diskussion ein anschlussfähiges Element, da die Konfliktlagen als Impetus für die politische Debatte biographisch als Krisen erfahren werden.

Dubiels Idee der gesellschaftlichen Integration durch Konflikte ist konzeptionell auf kollektive Identitäten bezogen. Da meine Überlegung bisher die Frage verfolgt hat, wie wir die kollektiven Identitätskonflikte systematisch auf die individuellen Identitäten beziehen können, brauchen wir einen begrifflichen Rahmen, der einen solchen systematischen Bezug vornimmt. Ich schließe meine Argumentation im Folgenden an George Herbert Meads Theorie der Identitätsbildung und -stabilisierung in Interaktionsbeziehungen an, da er zeigen kann, wie individuelle Identitätsbildung *konstitutiv* an die kulturelle Integration in Gesellschaft gebunden ist.

Für Mead ist Identität grundsätzlich gesellschaftlich - sie ist Resultat eines kooperativen Prozesses von Interaktionen. Diese Interaktionsbeziehungen sind als sprachlich vermittelte allen Gesellschaftsmitgliedern gemeinsam. Sozialisation versteht Mead als Integration des Subjekts in das Symbolsystern einer Gesellschaft, das quasi als innere, je spezifische Struktur im Individuum verankert wird und seine Identität ausmacht. Die "Rationalität" (Mead) der Identität liegt in der Fähigkeit von Individuen, über reflexive Prozesse ihre Handlungen zu kontrollieren und sich in historischer Perspektive planend aufeinander zu beziehen. Die individuelle Identität wird gesellschaftlich produziert, indem das Individuum im Entwicklungsprozess der Kindheit die "Einstellungen" anderer, wichtiger Interaktionspartner in sich "hereinnimmt" ("taking the attitude of the other" in Meads Begrifflichkeit) und in sich aufrufen kann. Diese Einstellungen bzw. Haltungen - Deutungen und Symbolisierungen von Handlungen - signifikanter Anderer ergeben das Material, mit dem die individuelle Identität erzeugt wird. Indem das einzelne Individuum die Haltungen eines anderen, relevanten Individuums in einer Interaktionsbeziehung als Erfahrung in sich aufnimmt,

strukturiert sich sein Inneres individuell, während es gleichzeitig Teil der Gesellschaft wird, in der diese Haltungen präsent und bedeutungsvoll sind. Im Prozess der Identitätsbildung entsteht so im Subjekt eine Art Struktur, die Mead "the generalized other" nennt, und die wir als die gesellschaftlichen Deutungshorizonte begreifen können, die das Subjekt durch die Interaktion mit anderen verinnerlicht hat. Die Besonderheit dieser Identitätsseite ist, dass sie einerseits die erfahrenen Haltungen von signifikanten Anderen beinhaltet, aber auch andererseits durch den Lernprozess der systematisch unendlichen Kommunikation potenziell die Haltungen aller bzw. alle Haltungen im Subjekt verankert. In diesem Lernprozess werden aus ‚Haltungen' – nämlich Handlungen und Erfahrungen - signifikante Symbole, die dem Subjekt den Bezug auf sich und auf andere ermöglichen: Als Symbol entsprechen sie einer Haltung oder Erfahrung, die von den Subjekten sowohl in sich aufgerufen als auch in anderen antizipiert werden kann. Sinn und sinnhafte Deutungen sind so aus der Perspektive Meads das Resultat eines gesellschaftlichen, praktischen Interaktionsprozesses und nicht die einsame Leistung eines transzendentalen Subjekts." Indem das Subjekt die Kompetenz erwirbt, sinnhaft zu interagieren, zu handeln und Sinn zu erfahren, konstituiert es eine individuelle Identität und integriert sich gleichzeitig in den gesellschaftlichen Deutungsprozess.

Auch zu sich selbst findet das Subjekt den Weg nur über die Perspektive der Gesellschaft:

> "No hard-and-fast line can be drawn between our own selves and the selves of others, since our own selvcs exist and enter as such into our cxperience only in so far as the selves of others cxist and enter as such into our expcricnce also. The individual possesses a self only in relation to the selves of the other members of his social group; and the structure of his self expresses or reflects the general behaviour pattern of this social group to which he belongs, just does the structure of self of every other individual belonging to this social group." (Mead 1934: 164)

Individualität stellt sich Mead als Resultat eines Prozesses mit zwei Elementen vor: Das eine Element ist die unendliche und individuelle Kombination aller Haltungen, die ein Kind erfährt und durch Einstellungsübernahme in sich verankert. Mead geht davon aus, dass die Haltungen der anderen Gesellschaftsmitglieder als ein »me«, das die gesellschaftlichen Normen, Werte und Deutungen trägt, im Subjekt verankert wird. Das andere Element bezeichnet die kompliziertere Phase der Identität, das »I«, das im Subjekt auf die hereingenommene Haltung des signifikanten anderen *spontan reagiert.* Dieses handelnde, schauende Element garantiert die Unvorhersehbarkeit und Individualität im Subjekt, denn

55 VgJ. dazu Joas (1980), der in seiner Studie Ober Mead diesen Aspekt ins Zentrum stellt.

jede Reaktion auf die hereingenommene bedeutsame Haltung ist prinzipiell unvorhersehbar und damit individuell und spontan. Es ist dieses spontan handelnde, reflektierende und kommentierende »I«, das im Prozess der Reflexion – den die Bewusstseinsphilosophie Introspektion und die Innenschau des einsamen bürgerlichen Subjektes nennt - selbst wiederum zum Teil »me« wird (Mead 1980).

Identität ist in der Meadschen Konzeption außerhalb gesellschaftlicher Kontexte nicht denkbar und sie ist zugleich individuell und kollektiv. Damit können wir uns eine systematische Verknüpfung von gesellschaftlichen Makroprozessen und individueller Erfahrung vorstellen. Das, was auf einer alltäglichen Deutungsebene als einleuchtend erscheint - schließlich leben die Subjekte in dieser Welt - , ist auch auf theoretischer Ebene als logischer Zusammenhang rekonstruierbar: Wenn - um die demokratietheoretische These noch einmal zu wiederholen – die Themen der politischen Öffentlichkeit als Impulse aus der Lebenswelt der Subjekte kommen müssen oder können, und wenn die kulturelle Integration für Demokratisierung sowohl unabdingbar als auch kontlikthaft ist, dann muss es eine GelenksteIle zwischen gesellschaftlicher Konfliktsituation und biographischer Konflikterfahrung geben. Mead versteht gesellschaftliche und persönliche Entwicklung als Identitätsleistung, in der immer neue Haltungen produziert und verankert werden. Er stellt sich vor, dass dem persönlichen wie sozialen Wandel ein Zusammenbruch des bereits verinnerlichten "generalized other" vorausgeht: Die bereits existierende Struktur wird durch eine oder in einer Krisenerfahrung erst zerstört und dann als angereicherte - und vieIleicht neu geordnete - wieder stabilisiert. Im Moment der Handlung also entstehen neue Identitätsmomente.[56]

Erik H. Erikson hat diese Vorgänge - die krisenhafte Bildung und Stabilisierung von Identität - in psychoanalytischen Begriffen als informiert biographische Entwicklung formuliert. Er hat der kognitivistischen Konzeption von Mead – der nur in der Identitätsphase des »I« einen Impuls zur Spontaneität mit Anklängen an so etwas wie ein Unbewusstes gesehen hat - die Ebene unbewusster Prozesse hinzugefügt. An Mead könnte man die Kritik richten, das Individualität nur als Kombination der geseIlschaftlichen EinsteIlungen denkbar ist bzw. durch ein theoretisch im Dunkeln gebliebenes »I« gewährleistet wird."[57] GehaltvoIlere Formen von Individualitätskonzeptionen können wir uns aber vorsteIlen durch die theoretische Reflexion, die unbewusste Motive und die Integration leiblicher und sozialer Erfahrungen als Grundlage von Subjektivität einbezieht.

---

56 Lothar Krappmann (1982) hat diesen momenthaften und interaktions- bzw. handlungsgebundenen Charakter von Identität ausgearbeitet.

57 Dies diskutiert z. B. Joas 1996: 365.

Erikson versucht hingegen in seiner Theorie der Identitätsentwicklung, die Entwicklung von kognitiven Möglichkeiten mit den psychodynamischen Reifungsschüben zusammenzubringen. Er nimmt Meads interaktionistisches Modell insofern theoretisch auf, als er den Prozess der Identitätsbildung als Interaktionsprozess zwischen dem Subjekt und seiner Umwelt versteht (Erikson 1975).[58] Dabei beschreibt er sehr konkret die Bildung einer Ich-Identität als Instanz im Innem des Subjekts, die die verschiedenen Anforderungen koordiniert.

> "Genetisch betrachtet, zeigt sich der Prozess der Identitätsbildung als eine sich entfaltende Konfiguration, die im Laufe der Kindheit durch sukzessive Ich-Synthesen und Umkristallisierungen allmählich aufgebaut wird; es ist eine Konfiguration, in die nacheinander die konstitutionellen Anlagen, die Eigentümlichkeiten libidinöser Bedürfnisse, bevorzugte Fähigkeiten, bedeutsame Identifikationen, wirkungsvolle Abwehrmechanismen, erfolgreiche Sublimierungen und sich verwirklichende Rollen integriert worden sind." (Erikson 1973: 144)

Die Persönlichkeitsentwicklung eines Menschen ist zu verstehen als Resultat seiner sozialen Erfahrungen, die er/sie in Beziehungen mit nahen EinzeIpersonen oder Gruppen, also mit Gesellschaft, macht. Erikson definiert Identität aus der Perspektive des Subjekts als Gefühl innerer Einheit und Gleichheit in verschiedenen sozialen Situationen (vgl. Erikson 1975). Identität entsteht in einem in acht Stufen sich vollziehenden Prozess, in dem auf jeder Stufe bestimmte Identitätsfragmente entstehen und stabilisiert werden. In der Phase der Adoleszenz" werden diese Fragmente zu einer einigermaßen stabilen Ich-Identität gebündelt, die im Zuge des Erwachsenenalters weiter ausformuliert wird. Der Fortgang in diesem stufenhaften Prozess ist gewährleistet durch die Erfahrung des Zusammenbruchs und der Krise: Auftretende Anforderungen von außen oder von innen (z. B. die Anforderung der Berufswahl oder der Widerspruch gegen die Wünsche der Eltern und der diffuse Wunsch, selbst zu bestimmen) können von der existierenden, bereits ausgebildeten Identität nicht mehr verarbeitet werden und führen zu einer Art Überlastungszusammenbruch. In der Krise, die vom Subjekt durchaus als bedrohlich erfahren wird, gelingt es dann im guten Falle, die verschiedenen Ansprüche, Wünsche und Möglichkeiten neu

---

58 Erikson bezieht sich nicht auf die interaktionistische Theorie Meads, aber wir können die Meadsehe Konzeption in seinen Arbeiten erkennen, vgl. dazu Krappmann 1997.

59 Vgl. dazu Erikson 1981. In diesem Zusammenhang gibt es eine sehr interessante und weitreichende Debatte um die Bedeutung der Adoleszenz für die gesellschaftliche Entwicklung. Ich nenne hier nur eine kleine Auswahl an Literatur aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen: Erdheim 1982, Döbert/ Nunner-Winkler 1975, Döbertl Habennasl Nunner-Winkler 1980, Porteie 1978, Selman 1984, Kohlberg 1981 und Gilligan 1984, Flaakel King 1992; Ferchhoffl Neubauer 1989, Keupp 1994.

zu sortieren, so dass ein neues Identitätsfragment (z. B. der Wunsch nach innerer Autonomie oder nach Bindung außerhalb der Familie) integriert werden kann. Ähnlich wie Freud sieht Erikson (1973) den aktuellen Anlass einer Persönlichkeitskrise durch die Überschwemmung des Ichs mit Triebenergien ausgelöst." Allerdings ergänzt er diese Vorstellung mit dem Hinweis auf das Wachstum der Ich-Funktionen und die gesellschaftlichen Angebote, fiir oder gegen die das Individuum sich entscheiden muss und die auch an das Subjekt gerichtet werden:

> "Jedes Stadium wird zu einer Krise, weil beginnendes Wachstum und Bewusstheit in einer neuen Teilfunktion mit einer Verschiebung in der Triebenergie einhergehen, und außerdem auch eine spezifische Verletzlichkeit in diesem Teil verursachen (...) Sein Wachstum (des Kindes, M. R.) besteht aus einer Reihe von Herausforderungen an sie (die Eltern, M. R.), seinen neu sich entfaltenden Möglichkeiten zur sozialen Wechselwirkung zu dienen. Jeder aufeinanderfolgende Schritt ist also eine potenzielle Krise aufgrund einer radikalen Veränderung der Perspektive." (Erikson 1981: 94, 96)

Anders als Mead kann Erikson die Dilemmata, die durch unbewusste WUnsche oder Gefühle entstehen, mit einbeziehen, indem er verschiedene Handlungsmodi wie Wünschen, Tun und Abwehren als Elemente von Identität begreift, die sich als Resultat von physiologischer Entwicklung und sozialen Zuschreibungen darstellen. Die Krisenerfahrung des Subjekts bezieht sich nicht nur wie bei Mead auf die Integration neuer Haltungen von außen, sondern auf die Neustrukturierung innerer Prozesse, die einerseits von sozialen Faktoren konstitutiv abhängen und andererseits durch innere Bewegungen gespeist werden. Man kann sich vorstellen, dass Konflikte in verschiedener Form lösbar sind. Eine Lösung könnte darin liegen, sie transparent zu machen und ihre gesellschaftliche Bedeutung zu betonen. Eine andere könnte durchaus darin liegen, die idiosynkratischen Elemente des Konfliktes zur Kenntnis zu nehmen und hoch individuelle Lösungen zu finden, die keinen gesellschaftspolitischen Charakter haben. In dieser Konzeption ist - anders als bei Mead - Platz fiir Idiosynkrasien, die nicht mehr weiter vergesellschaftet werden können und dem Subjekt auch so zu eigen sind, dass die gesellschaftliche Verhandlung dartiber totalitär wäre. In diesem Prozess der persönlichen Krise liegt die Integrationsleistung beim Subjekt und äußert sich in seiner/ihrer neuen Kompetenz, den krisenbegrtindenden Konflikt jetzt besser lösen zu können. Diese Entwicklung setzt allerdings voraus, dass die Synthese der verschiedenen "IdentitätskristaIIisationen" (Erikson 1975) gelingt

60 Vgl. dazu z. B. Freuds Phasentheorie der sexuellen Entwicklung, die eine Persönlichkeitsentwicklung beschreibt (Freud 1982).

und dass das Subjekt nicht regressiv reagiert, indem es einzelne Elemente abspaltet.

Die soziale Wirklichkeit und das innere Geschehen eines Subjektes sind miteinander verwoben wie auch die Orientierungsleistungen der Subjekte nach innen wie nach außen wirken: Konflikte im Inneren können durch Abspaltung, Verdrängung, Verschiebung - oder eine andere Abwehrstrategie - , oder auch durch Integration, Entschärfung, Erkenntnis oder Balancierung bearbeitet werden. In der Verlängerung dieser Perspektive können wir uns vorstellen, dass Konflikte in der sozialen Welt auch durch verschiedene den Subjekten zur Verfügung stehende Strategien gelöst werden können: Besprechen und dabei transparent machen könnte eine Strategie sein; als unerträglich Wahrgenommenes kann in Unaussprechliches verwandelt werden; in ritualhaften oder rituellen Handlungen können Heilungen wirksam durchgeführt werden; oder bedrohlich Differentes kann mit Gewalt ausgelöscht werden - diese Strategien sind vorstellbar als Handlungsmöglichkeiten im Konfliktfall, die den Subjekten je nach individueller Erfahrung und Reifung und gesellschaftlichem Kontext bzw. gesellschaftlichen Konfliktregelungen zur Verfligung stehen.

Mit dem Bezug auf Mead und Erikson haben wir zwei Anschlussmöglichkeiten an Dubiels Idee der Integration in spätmodernen Gesellschaften durch Konfliktlösungen hinsichtlich der Frage der Subjektivität gewonnen: Mead kann grundbegrifflich zeigen, dass Individuierung gleichzeitig auch Vergesellschaftung bedeutet und dass die Bildung der individuellen Identität immer ein sozialer, über sprachliche Symbole vermittelter Prozess ist. Identitätskonflikte als relevanter Konflikttypus müssen von demokratischen Gesellschaften gelöst werden, wenn sie ihren eigenen Ansprüchen von Partizipation und Gleichberechtigung genügen wollen. Daher müssen wir uns die Verarbeitungs- und Entstehungsformen dieser Identitätskonflikte genauer ansehen. Sie werden, so habe ich bereits argumentiert, von den Subjekten als biographische und individuelle Konflikte erfahren. Mit Mead haben wir Begriffe bereitgestellt, die eine systematische Verknüpfung von gesellschaftlichen Deutungsmustern und individuellen Konflikterfahrungen, also von kollektiven und individuellen Identitätselementen, ermöglichen.

Mit Erikson haben wir eine Erweiterung des kognitivistischen und rationalistischen Modells von Mead um die Ebene der psychodynamischen Entwicklung, die mit dem Erwerb sozialkognitiver und moralisch-praktischer Kompetenz verknüpft ist, gewonnen. Die Reifung einer Person liegt also nicht nur im Erwerb sozialkognitiver und moralisch-praktischer Kompetenz, sondern sie muss die psychodynamischen Ebenen der Persönlichkeitsentwicklung mitdenken, die sich auch als idiosynkratische Fixierungen im inneren Geschehen auswirken können. Die kompetente Deutung eines Konfliktes ist also, aus dieser

Perspektive betrachtet, mit den idiosynkratischen Deutungen der Person immer so verwoben, dass sie einander bedingen, zulassen oder blockieren.

Zudem entwickelt Erikson eine Konzeption, in der Identitätsbildung an die Erfahrung von Konflikten gebunden wird. Konflikte sind der Ausgangspunkt für krisenhafte Prozesse, in denen die bisher erworbene Identität infrage gestellt und destabilisiert wird. Im besten Falle werden die Krisen überwunden, indem die Konflikte in einer Weise gelöst werden, die eine Neuorganisation und Reifung der Identität bedeutet. Die Erfahrung von Krisen und Konflikten, die sowohl mit inneren Prozessen als auch gesellschaftlichen Bedingungen zu tun haben, bietet uns einen Anknüpfungspunkt an Dubiels Vorstellung von Identitätskonflikten als Movens der sozialen Integration.

3. Das Individuum in der politischen Theorie

Die politische Theorie ist bislang meist mit einem weitaus simpleren Begriff des Individuums oder der Subjektivität ausgekommen, als er in der soziologischen Theorie entwickelt wurde. Der Akteur oder Wähler ist ein außerordentlich einfach gestaltetes Subjekt, das mehr oder weniger rationale Wahlentscheidungen trifft, die in Einstellungsuntersuchungen eruiert werden können.

In den frühen Theorien zur Frage der politischen Herrschaft wurde zunächst durchaus versucht, einen gehaltvolleren Begriff zu entwickeln, mit dem die Legitimität der Herrschaft begründet werden sollte. Auf diese Idee des bürgerlichen Subjektes bin ich schon in meiner Diskussion des Konzepts der politischen Öffentlichkeit kurz eingegangen und will dies vertiefen.

Das organisierende Prinzip der Modeme in Philosophie und politischer Theorie wird die Subjektivität: Das einzelne sich selbst entwerfende Subjekt, das aus sich heraus in einem Akt der Selbstreflexion die Welt, Sinnhaftigkeit, normative Prinzipien und Legitimität entwirft, steht im Zentrum der theoretischen Konstrukte:

> "In der Moderne verwandeln sich also das religiöse Leben, Staat und Gesellschaft sowie Wissenschaft, Moral und Kunst in eben so viele Verkörperungen des Prinzips der Subjektivität. Deren Struktur wird als solche erfaßt in der Philosophie, nämlich als abstrakte Subjektivität in Descartes »Cogito ergo sum«, in der Gestalt des absoluten Selbstbewusstseins bei Kant. Es handelt sich um die Struktur der Selbstbeziehung des erkennenden Subjekts, das sich auf sich als Objekt zurückbeugt, um sich wie in einem Spiegelbild - eben ‚spekulativ' - zu ergreifen. Kant legt diesen reflexionsphilosophischen Ansatz seinen drei ‚Kritiken' zugrunde. Er setzt Vernunft als den obersten Gerichtshof ein, vor dem sich rechtfertigen muss, was überhaupt auf Gültigkeit Anspruch erhebt." (Habermas 1985: 29)

Aus der Infragestellung der absoluten und gottgegebenen Herrschaft ergibt sich für die Theoretiker die Notwendigkeit, politische Herrschaft überhaupt, Wahrheit und Gerechtigkeit zu legitimieren. Die frühmodernen Theoretiker des Politischen konzipieren demgemäß ein Subjekt, das zur Erkenntnis von Wahrheit und zum rationalen Handeln und damit zur rationalen politischen Herrschaft fähig ist. Wie ich bereits deutlich gemacht habe, hat Jürgen Habermas in seiner Studie über die bürgerliche Öffentlichkeit die Herausarbeitung der Idee des bürgerlichen Individuums an die Entstehung der bürgerlichen Öffentlichkeit und der darauf konstitutiv bezogenen Privatsphäre geknüpft.

Die Auflösung vormoderner patriarchaler Herrschaft eines familial gedachten Pater – eines Reiches, einer Stadt oder einer Familie - durch die Vorstellung von sozialen Verträgen zwischen vernunftbegabten Individuen erzwingt die genauere Fassung dieses Individuums und seiner Ausstattung. In der feministischen Diskussion ist analysiert worden, wie hier die Konzeption von Staat, Subjektivität und Rationalität ineinandergreift und männliche Subjekte mit dem Vermögen zur Vernunft ausstattet." Konzeptionell wird das bürgerliche Subjekt in zwei Schritten erzeugt:

In einem ersten Schritt legen die Theoretiker von Hobbes bis Hegel den vertraglichen Regelungen, die Gesellschaft fundieren, einen fiktionalen Naturzustand zugrunde, in dem einsame, leidenschaftlich auf sich und ihre Grenzen bzw. ihren Willen bezogene Menschen einander Feinde sind und gegeneinander kämpfen. Barbara Holland- Cunz (1994) hat gezeigt, dass erst durch den Schritt der Vertragsbindung, die wiederum Eigentums- und Machtfragen regelt, Vergesellschaftung erzeugt wird. Die Subjekte des Naturzustandes sind konzeptionell zunächst anti-sozial (Holland-Cunz 1994: 65), denn sie erleben den anderen als prinzipiell feindlich, abgewandt oder absolut abgegrenzt. Mit dem fiktionalen Akt der Vertragsschließung wird einerseits Sozialität auf der Ebene rechtlicher Regelung von Eigentumsfragen und politischer Teilhabe erzeugt, und gleichzeitig werden Elemente wie Leidenschaft und nicht-vertragliche Bindung als vorsozial definiert und in einer dem Politisch-Öffentlichen gegenübergestellten Sphäre positioniert: Die Sphäre der vernünftigen Übereinkunft zwingt das vorsoziale oder anti-soziale Subjekt, seine Leidenschaften - Bindung wie Feindschaft - abzuspalten und an anderem Ort zu gestalten, nämlich im Privaten. Staat und Familie, Öffentlichkeit und Privatheit wurden als aufeinander bezogene Räume betrachtet, die einander einerseits ergänzen, aber andererseits in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen:

> "Familie und Staat wurden als Antworten auf zwei unterschiedliche, aber gleichermaßen notwendige Arten sozialer Bedürfnisse betrachtet: Die *Familie* erfllillte das

61 Carole Pateman hat dies in ihren Untersuchungen (1989 und 1991) gezeigt.

> Bedürfnis nach Intimität, Zuneigung, Aufzucht von Kindern, gegenseitiger Unterstützung und Hilfe, und der *Staat* das Bedürfnis nach Schutz vor den Angriffen anderer Familien. So wie Familie und Staat als notwendig verschiedene, aber einander ergänzende Institutionen betrachtet wurden, so wurden Männer und Frauen als notwendig verschiedene, aber einander ergänzende Wesen betrachtet. Dieser Betrachtung der Geschlechter entspricht die Entwicklung einer neuen Vorstellung von der Ehe als Partnerschaft.
> Neben diesen Vorstellungen von der Komplementarität gab es jedoch noch einen anders gearteten Ideenstrang über das Verhältnis von Familie und Staat, Frau und Mann, der im Gegensatz stand zu der von der Idee der Komplementarität nahegelegten Idee der Gleichheit. Familie und Staat wurden nicht als völlig gleichwertige Institutionen betrachtet: Da der Staat die Beziehungen zwischen den einzelnen Familien regelte, nahm er als ordnende Institution eine der Familie übergeordnete Position ein. In der liberalen Theorie ist diese Konzeption mit der Sicht des Staates als Sphäre ‚allgemeiner Vernünftigkeit' verknüpft, der über den körperlichen und natürlichen Tätigkeiten steht, die im Haus verrichtet werden, und zwischen ihnen vermittelt." (Benhabib/ Nicholson 1987: 529f.)

Mit dieser Vorstellung von Staat, Öffentlichkeit und Privatheit wird das Bild eines Individuums verbunden, das *ursprünglich* autonom und vereinzelt ist. Beispielhaft hierfUr ist das politische Subjekt der Hobbesschen Konzeption: Das bürgerliche Individuum ist wie ein Pilz, der aus der Erde sprießt und ohne die Einbettung in irgendeine fürsorgliche Beziehung herangewachsen ist. Auch Rousseaus Idee vom einsamen Wilden, der zwar glücklich, aber bindungslos durch die Wälder zieht, betont die Einsamkeit und Bindungslosigkeit des Menschen - eine Charakterisierung, die Holland-Cunz (1994) als anti-sozial pointiert hat. Seyla Benhabib folgert aus der Metapher des Naturzustandes:

> "Die Metapher des Naturzustandes liefert eine Vorstellung vom autonomen Ich: ein Narziss, der die Welt in seinem eigenen Bild sieht, der kein Bewusstsein von den Grenzen seiner eigenen Begierden und Leidenschaften hat und der sich selbst nicht durch die Augen eines anderen sehen kann. Der Narzissmus dieses souveränen Ich wird durch die Gegenwart eines Anderen zerstört." (Benhabib 1989: 534)

In einem zweiten Schritt werden dann in den politischen Theorien die Wünsche nach Bindung, die Leidenschaft, das Unvernünftige, das nicht in den Gesellschaftsvertrag eingebunden werden kann, konzeptionell bei den Frauen als den Hüterinnen des Natürlichen, der Sexualität und der Leidenschaften .geparkt'. Dieser zweite argumentative Schritt in der Konzeption des bürgerlichen Subjekts stattet das bürgerliche Individuum mit *einem* Geschlecht aus: Rationalität, Denkvermögen, Aktivität, Gelassenheit, Selbstkontrolle, Unabhängigkeit, Individualität, Energie und Vernunft – so hat Karin Hausen (1978) gezeigt – werden in den Debatten des 18. und 19. Jahrhunderts den Männern zugeordnet, während

Frauen als emotional, verschmelzend, abhängig, hingebungsvoll, empfangend, anmutig und liebend konzipiert werden.

Die Vorstellung des politischen Subjektes als autonom, bindungslos und leidenschaftslos hält sich - so zeigt nicht nur die feministische, sondern auch die kommunitaristische Kritik'" - bis heute in den liberalen politischen Theorien und in den Theorien zur sozialkognitiven und moralisch-praktischen Entwicklung des Individuums. Noch in der Moralphilosophie von Rawls (1979) beispielsweise wird die Erzeugung von Gerechtigkeit an das Prinzip der Blindheit gegenüber dem eigenen Kontext gebunden. Benhabib (1989) hat hierauf schon sehr deutlich geantwortet, dass moralische Konflikte um Teilhabe, Gerechtigkeit und Anerkennung als Subjekt erst vor dem Hintergrund verschiedener Identitäten entstehen. Subjekte ohne Wünsche, Leidenschaften, Bindungen und Interessen, d. h. also ohne Biographie, haben vermutlich keine Auseinandersetzungen zu führen, da sie zueinander keine Differenzen haben.

Aber das zentrale Problem von Gleichberechtigung und Partizipation für Demokratien liegt gerade darin, diejenigen mit einzubeziehen, die anders sind, deren Interessen, biographische Konstrukte oder Lebensformen nicht denen der Mehrheit entsprechen. Bei Rawls werden jedoch die konkreten Identitäten, die aus biographischen Erfahrungen und individuellen Idiosynkrasien bestehen, so zu einem Dilemma: Wie kann das modeme Subjekt rational und gerecht sein, wenn es doch zugleich hochspezifische Vorlieben und egoistische Ziele verfolgt? - stellt sich hier als Frage. Das konkrete Subjekt erscheint als mangelhaft und muss zur Erlangung der Demokratiefähigkeit sozusagen vom Alltäglichen entschlackt werden.

Zwar wird nach Mead - in der soziologischen Diskussion jedenfalls - die intersubjektive Erzeugung von Identität nicht mehr bezweifelt. Allerdings tauchen die Bilder des einsamen autonomen Subjekts in den sozialkognitivistischen oder entwicklungspsychologischen Konzepten als Ziel erwachsener Identität auf: In den Diskussionen der interaktionistischen Identitätstheorien stehen nicht reife Bindung und erwachsene Autonomie als Kategorien, mit denen Gesundheit oder ein ethisches Bewusstsein konzipiert werden, im Vordergrund, sondern Autonomie und Unabhängigkeit erscheinen als die Kemelemente des erwachsenen Subjekts der Modeme.

In diesem Abschnitt habe ich im Resultat dafür argumentiert, dass das Alltagssubjekt erneut in den Blick der Demokratietheorien genommen werden muss, wenn wir die Gestaltung der politischen Öffentlichkeit und die Konfliktlagen von Demokratien wirklich theoretisch durchdringen wollen. Dieses Alltagssubjekt - so hat Benhabib gezeigt und auch Mead und Erikson legen dies

62 Vgl. z. B. Benhabib 1995b oder Honneth 1993b.

nahe - ist situiert in einem Kontext von alltäglichen Deutungen, und es lebt in einer intersubjektiven Welt, in der es sich als konkretes Subjekt mit einem inneren Geschehen und in Bindungen mit anderen Subjekten positioniert. Autonomie ist *ein* Kernelement moderner Subjektivität, Bindung ein *zweites,* ebenso relevantes."

4. Anerkennung, Empathie und Fürsorglichkeit - Jessica Benjamins Theorie der Anerkennung

Ich möchte Jessica Benjamins Theorie der Anerkennung heranziehen, um das politische Subjekt, das in seinem Kern ein reales Alltagssubjekt ist, besser zu konzeptualisieren. Zwar gehört Benjamin in eine andere Theorietradition als die im vorherigen Abschnitt diskutierten politischen Theorien, aber sie versucht, Herrschaft und hierarchische Beziehungen zwischen Subjekten mit einer gescheiterten Anerkennungsbewegung zu begründen und nimmt sich die Hegelsehe Bewegung der Anerkennung als Subjektkonstitution zum Ausgangspunkt. Sie gibt sich nicht zufrieden mit der zeitgenössischen Idee, die ‚privaten Beziehungen' zwischen den Subjekten seien Geschmacksfragen und hätten mit den Beziehungen zwischen Subjekten auf der politischen BUhne nichts zu tun.[64] Im Gegenteil geht sie davon aus, dass auch die privaten Beziehungen zwischen Subjekten demokratisch sein können. Damit sind individuelle Geschmäcker, sexuelle Präferenzen, persönliche Vorlieben und Abneigungen keineswegs negiert. Allerdings verfolgt sie die Entstehung einer Hierarchie zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die nicht mit der jeweils individuellen Vorliebe, Wahl oder dem Charakter erklärt werden kann. Es handelt sich dabei um die Beziehungen der Geschlechter zueinander und die Beziehungen von Männern und Frauen zu der Welt, in der sie leben. Diese Hierarchie hat - so hat bereits Benhabib gezeigt - Auswirkungen auf die tatsächlichen politischen Entscheidungen und Handlungen und auf die Konzeption des Politischen selbst: Die politische Öffentlichkeit, so haben wir gesehen, war konzipiert worden als der Bereich von Themen, die die Angelegenheiten der Frauen und die Aspekte der privaten Beziehungen (wie z. B. sexuelle Gewalt in der Ehe oder die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung) ausgeschlossen haben. Ebenso wurde das politische Subjekt als

63 Zu dieser Thematik gibt es eine Debatte in der feministischen Theorie, die als Kohlberg-Gilligan-Debatte außerordentlich fruchtbar gewesen ist und in vielen Wissenschaftsbereichen der Psychologie, Soziologie, Philosophie und Politikwissenschaft wirksam ist. Vgl. dazu z. B. Gilligan 1984, Chodorow 1985, Benhabib 1989, Eckart 1992, Flaake 1990, 1991a, 1991b, Davis 1991, Bennent-Vahle 1991.

64 Siehe dazu Kapitel I, in dem ich die moralphilosophische Auseinandersetzung um moralisch-praktische Fragen und Fragen des guten Lebens (Geschmacksfragen) rekonstruiert habe.

eines konzipiert, das die Elemente von Subjektivität, mit denen Frauen verbunden werden, begrifflich ausschließt.

Im Folgenden werde ich also der Frage nachgehen, wie ein politisches Subjekt konzipiert sein muss, das bestimmte gesellschaftliche Positionen und damit verbundene Identitätsentwürfe nicht ausschließt, sondern diesen gerade Rechnung trägt. Damit nehme ich Benhabibs These auf, die davon ausgeht, dass die Fähigkeit zu Bindung und Fürsorge eine Voraussetzung dafür darstellt, als rationales Subjekt interagieren zu können.

4.1 Die Bewegung der Anerkennung als Voraussetzung von Subjektivität

In ihrer Arbeit analysiert Jessica Benjamin mit Hilfe des Begriffsinstrumentariums der Psychoanalyse die verschiedenen Reifungsphasen von Subjekten, ihre Möglichkeiten des Scheitems und die Verknüpfung der persönlichen Entwicklung mit gesellschaftlichen Bedingungen. Sie entwickelt eine Theorie der Subjektwerdung im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Dominanz und Hierarchie in modemen Gesellschaften. Ihren Ausgangspunkt nimmt sie in der Tradition der politischen Theorie: Sie stellt sich der Frage, ob Hegels Idee der Herr-Knecht-Beziehung die Möglichkeit von demokratischen Beziehungen zwischen zwei Subjekten erschöpfend beschrieben hat.

Hegel hat in der Tradition der deutschen Bewusstseinsphilosophie das absolute Selbst ins Zentrum politischen Handeins gestellt. Dieses HegeIsche Selbst ist als absolutes Selbst konzipiert, das sich als absolutes durch die Anerkennung eines anderen Selbst entwirft. Es erfährt sich dann als absolut, d. h. autonom, so rekonstruiert Benjamin die Hegeische Konzeption, wenn es alles außerhalb seiner selbst kontrollieren kann. Es muss, um sich als absolut zu bestätigen, ein anderes Selbst dazu bringen, diese Bestätigung zu leisten. Doch diese Bestätigung kann nur von einem ebenso absoluten Selbst geleistet werden, das mit der Bestätigungsmacht des Absoluten ausgestattet und deshalb allein diese Bestätigung geben kann. Allerdings strebt es nun selbst auch nach Anerkennung seiner absoluten Kontrolle und Autonomie. Das Paradoxon der Anerkennung liegt darin, dass ein Selbst nur durch die Anerkennung eines anderen absoluten Selbstes Selbstbewusstsein erreichen kann. Gleichzeitig muss es, um absolut bleiben zu können, dieses anerkennende Subjekt unterwerfen und unter seine Kontrolle bringen. Allerdings kann ein unterworfenes Selbst die Absolutheit des Selbstbewusstseins dann nicht bestätigen, da es nicht ebenbürtig, nicht mehr Herr, sondern Knecht geworden ist. Indem ein absolutes Selbst, das sich und alles außerhalb seiner selbst kontrollieren will, ein anderes bestätigt, verliert es seine eigene Absolutheit. Gehen wir aus von der Konzeption des politischen

Subjekts als rational und autonom, dann leuchtet Hegels Paradoxon als unlösbares Problem durchaus ein. Subjekte müssen unterworfen werden, damit eine Art der Balance der Anerkennung, wenn auch verzerrt durch Hierarchie und Dominanz, entsteht. Das Problem für das dominante Selbst, dass es von dem unterworfenen Selbst letztlich gar keine Anerkennung mehr erhalten kann, weil dieses nicht mehr autonom und frei, sondern unterworfen ist, erscheint als Menschheitsdilemma, mit dem wir uns abfinden müssen.

Folgen wir Benhabib und Benjamin, dann erscheint allerdings die Zwangsläufigkeit dieses Paradoxons gar nicht mehr so einleuchtend: Warum ist nur ein absolutes Selbst autonom? Warum ist Autonomie als monadischer Zustand konzipiert? Und zuletzt: Warum muss Anerkennung eines anderen Selbst Unterwerfung sein?

Benjamin begreift die Verzerrung in der Konzeption des politischen Subjekts wie Benhabib als Ausdruck einer Widerspiegelung realer Verhältnisse, die allerdings nicht zwangsläufig sind. Reale Hierarchien - z. B. zwischen den Geschlechtern - sind Resultate gesellschaftlicher Prozesse, in denen theoretische Konzeption, empirische Analyse sowie tatsächliche Macht, Wünsche, Ziele und strukturelle Gegebenheiten ineinander greifen. Aus dieser Perspektive betrachtet Benjamin die Subjektwerdung der Menschen und versucht aus ihrer Analyse eine Konzeption unverzerrter Subjektivität zu entwickeln. Hier ist nicht der Ort, Benjamins genaue begriffliche und empirische Rekonstruktion der Ontogenese des Subjekts unter den Bedingungen patriarchaler Familien- und Gesellschaftsverhältnisse zu referieren, sondern ich will mich auf die Quintessenz ihrer Überlegungen beschränken. Sie zeigt, dass das Wachsen von Säuglingen daran gebunden ist, dass die wichtigen Bezugspersonen mit dem Säugling eine spannungsreiche Balance der Anerkennung aufbauen und erhalten können. Diese ermöglicht es dem Kind, sich als eingebettet in haltenden Beziehungen *und zugleich* als autonom und handlungsfähig zu erfahren.

Wie gelingt jedoch diese Erfahrung von Autonomie – im Hegeischen Sinne Absolutheit –, ohne in die Dialektik von Unterwerfung und Selbstbehauptung zu geraten? Benjamin kann diesen argumentativen Schritt leisten, weil sie aus der Perspektive der Psychoanalyse zwischen Wünschen *in der Phantasie* und Effekten *in der Realität* unterscheiden kann. Im Reifungsprozess eines Kindes, in dem die Erfahrung von Omnipotenz und Macht mit Autonomie verbunden ist, spielt es eine wesentliche Rolle, wie die erwachsenen "signifikanten Anderen" mit den Omnipotenzwünschen des Kindes umgehen. Benjamin zeigt, dass das Kind dann eine reife Form von Autonomie erwerben kann, wenn die erwachsene Person den Omnipotenzwünschen, z. B. den Kontrollwünschen oder der zerstörerischen Wut des Kindes, standhalten kann. Der Wunsch des Kindes, die geliebte Person (in der Wiederannäherungsphase) vollständig kontrollieren zu

können, kann und darf nicht erfüllt werden. Er kann nicht erfüllt werden, weil die erwachsene Person selbst Wünsche hat, äußeren Zwängen unterlegen ist und dem Kind gegenüber eine Verpflichtung hat, sich nicht vollständig kontrollieren zu lassen, da dies z. B. Gefahren für das Kind erzeugen könnte. Sie darf sich nicht kontrollieren lassen, weil sie sonst der kindlichen Omnipotenzphantasie keine Grenze setzen würde und das Kind in die Leere aller erfüllten Wünsche laufen ließe. Gleichzeitig dürfen die Kontrollwünsche des Kindes nicht vollständig negiert werden, denn dem Kind muss die Möglichkeit gegeben werden, sich selbst als Effekte erzielendes Selbst zu erfahren, das Handlungen vollbringen und Personen beeinflussen kann. Doch selbst wenn diese Balance gelingt, erfährt das Kind in der Wiederannäherungsphase das »Nein« der erwachsenen Person gegenüber dem eigenen »Ich will« als schreckliche Kränkung, die große Wut erzeugt. An dieser Stelle setzt Benjamin mit ihrem Argument ein: Für das Kind ist es entscheidend, ein Gegenüber, also eine signifikante andere Person, zu haben, die die zerstörerische Wut überlebt, d. h. die nicht mit böser Abwehr oder großer Kränkung bzw. Verunsicherung auf die Aggression des Kindes reagiert. Dadurch, dass dem Kind zugestanden wird, die Wut zu äußern, ohne dabei die geliebte und wichtige Person zu zerstören, wird ihm ermöglicht, zwischen der Zerstörung der Person in der eigenen Phantasie und dem Überleben der Person in der äußeren Welt zu unterscheiden. Indem es lernt, zwischen innen und außen, zwischen Phantasie und äußerer Person zu unterscheiden, kann es aushalten, etwas zu wollen, wütend zu sein, einen Effekt in der Welt zu erzielen und trotzdem nicht aus allen Bindungen herauszufallen. Diese Bewegung, sich als Subjekt zu behaupten und dabei Bindung aufrecht zu halten, gute und böse Gefühle auf eine andere Person zu richten und von dieser Person bestätigt und gleichzeitig begrenzt zu werden, nennt Benjamin die Bewegung der Anerkennung, die die Reifung einer Person in gleichberechtigten Beziehungen ermöglicht. Diese "Bewegung der Anerkennung" wird in ihren Dimensionen für die Entstehung von Subjekthaftigkeit noch klarer, wenn wir das Scheitern - die HegeIsche Ausweglosigkeit - genauer betrachten. Die Möglichkeiten des Scheiterns der Benjaminsehen Anerkennungsbewegung gehen in zwei Richtungen: Die eine Variante ist diejenige, in der die geliebte Person durch die großen Wutgefühle des Kindes tatsächlich im psychoanalytischen Sinn zerstört wird. Diese Zerstörung des anderen Subjekts - in der Regel der Mutter - würde sich darin äußern, dass diese Bezugsperson von den Wutgefühlen des Kindes in ihrer persönlichen Balance so verunsichert wird, dass sie ihre Beziehung zum Kind bedroht sieht. So könnte bei ihr das Gefühl entstehen, sie verliere den Kontakt zum Kind, sie könne ihm nichts entgegensetzen und sie werde durch es terrorisiert. Mit dieser Verunsicherung gerät die Bezugsperson an den Rand ihrer Möglichkeiten der Beruhigung. Ihre Reaktion wäre dann, aus Angst vor der Wut

des Kindes nachzugeben und sich kontrollieren zu lassen. Damit ist sie aber dem Kind kein Gegenüber mehr, das als Subjekt den überschießenden Wünschen und Ängsten eines kleinen Kindes einen Halt bieten kann. Die Mutter lässt sich kontrollieren und lässt das Kind mit sich selbst allein. Hier könnte eine Spirale der Wut und Einsamkeit entstehen, in der das kleine Subjekt bald verzweifelt mit wütender Kontrolle versucht, einen Effekt beim anderen Subjekt zu erzeugen, der ihm zeigt, dass das andere Subjekt noch ‚da' ist, noch existiert. Doch in unserer idealtypischen Konstruktion'" reagiert das andere Subjekt auf die zunehmende Wut des Kindes mit zunehmender Verunsicherung und Unterwerfung und verweigert damit dem Kind die Erfahrung, autonomes Subjekt *und* gebundenes Subjekt zu sein. Die Zerstörung wäre tatsächlich geschehen und die Balance der Anerkennung als Subjekt nachhaltig gestört.

In der anderen Richtung könnte die Bewegung idealtypisch so sein, dass das omnipotente ‚Ich will' des Kindes die andere Person so bedroht, dass sie jeden Effekt auf sich mit aller Macht zurückweist. Sie lässt sich nicht beeinflussen und erzeugt damit in dem Kind die verzweifelte Wut darüber, dass sein Begehren niemals zugelassen wird. Diese kindliche Aggression wiederum löst dann im Erwachsenen die Haltung aus, mit großer Wut und Starrheit das dramatische Gefühl des Kindes zurückzuweisen und ihm mit dem Abbruch der Beziehung zu drohen. Hier würde der Zerstörungswunsch des Kindes die Beziehung tatsächlich zerstören, die Bezugsperson würde sich abwenden und das Kind allein lassen. In diesem Fall hätte das Kind sich zwar als Subjekt behauptet, aber um den Preis, die Bindung zur geliebten Person zu verlieren, weil diese sich zurückzöge. Eine mögliche Reaktion des Kindes auf diese Rückzugsdrohung könnte sein, nie wieder etwas zu begehren, da jedes Begehren die lebensnotwendige Bindung zur geliebten Person zerstören würde. Hier würde die Balance der Anerkennung in der Weise gestört, dass auf das Subjektsein verzichtet würde und Autonomie unmöglich wäre.

Beide beschriebenen Möglichkeiten des Scheitems von Anerkennung sind hier idealtypisch pointiert, um die Dynamik der Bewegung zu explizieren. Zentral für mein Argument ist, dass Benjamin eine gelingende Anerkennungsbewegung konzipieren kann, die Autonomie und Bindung zusammendenkt, und die auf einer aushandelnden Interaktion zwischen zwei Subjekten beruht. Das

---

65 Ich beziehe mich auf den Webersehen Begriff des Idealtypus, den Wolfgang L. Schneider so beschreibt: "Gemeint ist hier vielmehr, dass ein so entworfener Handlungsverlauf den Status einer kontrafaktischen Konstruktion ohne vollständige reale Entsprechung hat, den Status einer ‚Idealisierung' also, wie sie auch in den Naturwissenschaften als theoretische Konstruktion verwendet wird, wenn von den Eigenschaften eines ‚idealen Gases' gesprochen oder mit der idealisierenden Annahme eines absolut leeren Raumes (den es empirisch nicht gibt) gearbeitet wird." (Schneider 2002: 31) Eine idealtypische Konstruktion im Webersehen Sinne kommt also in der beschriebenen Reinform in der Realität nicht oder kaum vor.

Hegeische Bild eines Paradoxons, in dem die Behauptung eines Selbst nur als Unterwerfung oder Kontrolle eines anderen Selbst vorstellbar ist und in dem Autonomie nur als Verlust von Bindung gedacht werden kann, wird durch Benjamin korrigiert: Das Streben nach Anerkennung[66] kann befriedigt werden, wenn zwei Subjekte die Spannung von Autonomie und Bindung ertragen. Die Erfahrung, dass ein Unterschied zwischen dem inneren und dem äußeren Geschehen liegt, ermöglicht dem Kind, sich als Subjekt des Begehrens und als Objekt des Begehrens zu entwerfen. Es verliert *sich* nicht, wenn es begehrt und es verliert *die Bindung* nicht, wenn es begehrt.

Dieses Ideal einer Anerkennungsbewegung zweier Subjekte korrigiert das Bild des einsamen autonomen und rationalen Subjekts, das jenseits von Bindung, Begehren und Begehrtsein die politische Welt gestaltet.

Schon Benhabib hat in ihrer Auseinandersetzung mit den klassischen Konzepten des bürgerlichen Individuums deutlich gemacht, dass die Konzepte in einem sonderbaren Verhältnis zu den Realitäten moderner Gesellschaften stehen: Es sieht so aus, als würde in dem Konzept die Vorstellung von Männlichkeit in der modemen Welt mit dem der politischen Subjekthaftigkeit verschmolzen. Während Frauen auf der Seite des Begehrtwerdens und der Aufrechterhaltung von Bindung durch Unterwerfung stehen, erscheinen Männer als die autonomen Individuen, die begehren und entscheiden. Mit Benjamin können wir diese geschlechtsspezifische Spaltung in Subjekt und Objekt des Begehrens als Misslingen der Anerkennungsbewegung, als Scheitern der Anerkennung zwischen Subjekten begreifen.

Wie auch bei Benhabib bewegen wir uns auf dem schwierigen Feld, zugleich von Konzeption und Realität zu sprechen. Tatsächlich sollen das Begehren der Frauen, ihre Autonomie und ihre Taten nicht hinter dem zu zeichnenden Bild verschwinden. Aber viele Phänomene der modernen Welt zeigen sehr deutlich, dass wir eine Spaltung zwischen den Geschlechtern finden: Frauen sind für Bindung, für Aufrechterhaltung und Gestaltung der Beziehungen, für die Gestaltung des privaten Lebens zuständig und definieren sich als Begehrte und nicht als Begehrende."[67] Männer hingegen, so der zweite Aspekt der

---

66 Dieses Streben nach Anerkennung setzt sie als quasi anthropologische Konstante voraus, wie auch in den Identitätstheorien generell das Streben nach Autonomie als anthropologische Konstante konzipiert ist.

67 Ich kann hier nicht weiter ausführen, inwieweit Frauen als Begehrende in der modemen Welt einen Platz haben. Mir scheinen viele Hinweise aus zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen vorzuliegen, mit denen gezeigt werden kann, dass Weiblichkeit und aktives Begehren als einander ausschließend konzipiert sind. Wenn Frauen versuchen, sich über diese Definition hinwegzusetzen und Einlass in die männlichen Welten begehren, erleben sie dies als äußert problematisch für ihr Konzept von Weiblichkeit. Sie versuchen, individuelle Lösungen für ein gesellschaftlich erzeugtes Problem zu finden. Zur Erläuterung verweise ich auf meine eigene Studie zu Mädchen und ihre

Spaltung, sehen sich als handlungs- und entscheidungsfähige Subjekte, besetzen auch tatsächlich die Machtpositionen der Gesellschaft in Politik und Wirtschaft, bilden Zusammenhänge zur Erhaltung dieser Machtpositionen und sehen sich von Frauen als Begehrende in ihrer Konzeption von Männlichkeit bedroht. Männer, das scheint eindeutig, sind diejenigen, die begehren. Die Lage, selbst das Objekt des Begehrens anderer zu sein, erscheint ihnen als fragwürdig und entwertend. Für beide Geschlechter scheinen Auseinandersetzungen um die jeweils andere Position in der Anerkennungsbalance von Subjekt- und Objektstatus an der Tagesordnung zu sein und eine dauerhafte Quelle von Identitätskonflikten darzustellen.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, warum die Rekonstruktion dieser Theorie für unsere Fragestellung relevant ist: Die Subjekte der Demokratie müssen selbst die Kategorien zur Beurteilung von politisch und normativ relevanten Fragen entwickeln und sie müssen in Interaktionen miteinander das Gemeinwohl als Basis demokratischer Gesellschaften erzeugen. Wie solche Subjekte strukturiert sind, war die Ausgangsfrage dieses Kapitels. In der kritischen Rekonstruktion des Konzepts des bürgerlichen Individuums als rational und autonom haben die referierten AutorInnen gezeigt, dass wesentliche Elemente der Subjektivität darin ausgeschlossen bleiben. Diese Kritik spielt eine Rolle im Kontext der moralphilosophischen und demokratietheoretischen Diskussionen um die Frage, welche Themen in die politischen Öffentlichkeiten gehören. Die moralphilosophischen Versuche systematisch zwischen Fragen des guten Lebens und Geschmacksfragen auf der einen Seite und normativen Fragen auf der anderen Seite zu unterscheiden, ist offensichtlich mit der Konzeption des männlichen bürgerlichen Individuums als politisches Subjekt in den politischen Theorien verknüpft. Die Konzeption des reifen politischen Subjekts als rational kalkulierend, machtorientiert und autonom postuliert und reflektiert die Konzeption von Männlichkeit der westlichen Welt und deklariert Bezüge, die mit Bindung und Anerkennung zu tun haben, als private und weibliche Fragen und schließt sie vom politisch Relevanten aus. Dieser Ausschluss ist damit geschlechtsspezifisch differenziert. Mit Benjamin können wir dem - als Ergebnis dieser Überlegungen - mit der Theorie der Anerkennung eine Konzeption von Subjekthaftigkeit entgegenhalten, die Autonomie und Rationalität mit Bindung und dem Eingebettetsein in Beziehungen zusammendenkt. Dieser Subjektbegriff würde den Anforderungen einer partizipativen Demokratietheorie entsprechen können, in der normative Fragen und Identitätskonflikte im Zentrum der politischen Debatte stehen. Wie dieses Subjekt aussehen müsste, beschreibt Jane Flax so:

Aneignung des Computers (Ritter 1994) und auf die Untersuchungen von Karin Flaake über adoleszente Mädchen (z. B. Flaake 2001).

"Um diese Prozesse von Gerechtigkeit zu haben und aufrechtzuerhalten, muss es ein Selbst geben, das Reziprozität wünscht, das unsere Verbundenheit und wechselseitige Abhängigkeit ohne Schrecken anerkennt, das aber auch unsere Verschiedenheit sowie die Unverwechselbarkeit und die Integrität jeder anderen Person schätzen kann und ihr gerecht wird (...)." (Flax 1996: 245)

Flax' Zitat benennt nicht nur das Eingebettetsein in Bindungen, sondern auch die notwendige Akzeptanz von Differenz als wesentliches Element demokratischer Entscheidungsfindung. Auch in dieser Frage, wie der Umgang mit Differenz ontogenetisch erworben werden kann, bietet Benjamins Theorie der Anerkennung eine Konzeption, die sich zum Idealtypus unverzerrter Subjektivität generieren lässt. Ihr Ausgangspunkt ist dabei die Entwicklung geschlechtsspezifischer Identitäten und die damit verbundene Geschlechterhierarchie.

4.2 Der Umgang mit Differenz als Voraussetzung demokratischer Beziehungen – zur Konstruktion der Geschlechterdifferenz

In einem abschließenden Schritt werde ich nun die Entstehung der Geschlechterhierarchie aus Benjamins Perspektive rekonstruieren, um ein Stück Interpretationsfolie für das Scheitern von demokratischen Prozessen hinsichtlich der Frage der Anerkennung zu gewinnen. Dieses Scheitern ist engstens mit der Geschlechterhierarchie verbunden, weil sich in ihr zwei Elemente miteinander verbinden, die für die Fähigkeit zur Erzeugung und Einhaltung demokratischer Nonnen relevant sind: Die Konzeption der Gender-Identität als ein Element der Identitätsentwicklung ist auf der psychodynamischen Ebene *logisch* mit dem Umgang mit Differenz, nämlich mit der Anerkennung des/der Anderen als eigenständiges und wertvolles Subjekt als einem zweiten wesentlichen Element der Identitätsbildung verknüpft. Die Entwertung des anderen Geschlechts beinhaltet - kurz gesagt - die Entwertung von Differenz schlechthin.

Schon in der klassischen psychoanalytischen Theorie wird die Anerkennung der Zweigeschlechtlichkeit – also der Differenz zwischen den Menschen des einen und des anderen Typs - ins Zentrum der Analyse gestellt. Die Aufgabe der ödipalen Phase ist hier, die Akzeptanz der Heterosexualität und die Entstehung des Über-Ichs sicherzustellen." Diese Entwicklung einer eindeutigen sexuellen Orientierung und des Gewissens ist psychodynamisch an die Differenzierung zwischen Selbst und dem Anderen gebunden. Die präödipale Beziehung zur Mutter wird als symbiotische Beziehung konstruiert, die eine

68 Vgl. dazu Benjamin selbst, die die Debatte um diese Bedeutung der ödipalen Phase in allen Facetten nachzeichnet.

Autonomie des kindlichen Selbst nicht zulässt. Der Ausstieg aus der Verschmelzung liegt also in der Identifikation mit dem Vater, der somit symbolisch für die Trennung des kindlichen Selbst von der omnipotenten Mutter steht: Das Resultat dieser Dynamik ist die Erfahrung des Getrenntseins und der Differenz zwischen sich und dem anderen.

Benjamin differenziert und modernisiert diese Auffassung, indem sie zeigt, dass das Ergebnis dieser Phase nicht inhaltlich relevant ist – also Heterosexualität, Homosexualität oder Bisexualität - sondern, dass das relevante Ergebnis dieser Phase im anerkennenden Umgang mit der eigenen Unvollkommenheit und mit Differenz generell liegt.

Es ist für mein Argument nicht notwendig, den internen psychoanalytischen Diskurs über die Bedeutung der ödipalen Phase und ihren Zusammenhang mit der präödipalen Wiederannäherungsphase zu referieren, sondern ich werde mich auf die Rekonstruktion der Verknüpfung von heterosexueller Geschlechterdifferenz und Entwertung bzw. Dominanz beschränken, um die Bedeutung dieses Schrittes in der Entwicklung der Persönlichkeit für ein Konzept von Subjektivität und Demokratie zu erläutern.

In modernen Gesellschaften, so habe ich bereits deutlich gemacht, haben wir eine spezifische Verzerrung der Anerkennungsbalance: Subjekt und Objekt des Begehrens haben sich sozusagen geschlechtsspezifisch gespalten und es ist eine Hierarchie von Dominanz und Unterlegenheit, Bedeutung und Entwertung zwischen den Geschlechtern entstanden. Wie ist - psychodynamisch gesehen - diese Disbalance zustande gekommen? In den oben beschriebenen, idealtypisch konstruierten Möglichkeiten des Scheiterns lässt sich diese Disbalance bereits erkennen. Sie hat - und das müssen wir hinzufügen - etwas mit der Konzeption von Weiblichkeit und Mütterlichkeit, mit der Konzeption von Männlichkeit und Väterlichkeit und der Verknüpfung der jeweiligen Konzeption mit Subjekthaftigkeit zu tun. Benjamin zeigt im Detail, wie die moderne, in der Romantik entstandene Vorstellung von idealer Mütterlichkeit als sich selbst aufopfernder Mutterliebe in der Interaktion mit dem heranwachsenden Kind eine systematische Disbalance erzeugt. Den Omnipotenzphantasien und Kontrollwünschen eines Kindes der Wiederannäherungsphase begegnet in der Gegenwart in der Regel eine Mutter, die einerseits als besonders mächtig erlebt wird, da sie die absolute Versorgung und Kontrolle des Kindes in sich vereint. Andererseits aber erscheint sie der Idee der aufopferungsvollen Mütterlichkeit folgend als schieres Objekt der Bedürfnisse des Kindes. Das Ideal der aufopfernden Mutterliebe beinhaltet nämlich gerade nicht, dem Kind gegenüber die *eigenen* Wünsche als Subjekt, das eigene Begehren an die Welt zum Ausdruck zu bringen. Im Gegenteil dazu werden die Wünsche der Mutter als eigenständiges Subjekt in dieser Konzeption als gefährlich für die Versorgung des Kindes und dessen Wohl

gegenübergestellt. Es existiert die Phantasie bei Frauen wie bei Männern, Mütter, die eigene Wünsche und Interessen verfolgen und dem Kind gegenüber durchsetzen, seien schlechte Mütter. Der Ausgangspunkt ist die Idee, ein Kind könne sich nur entwickeln, wenn es zunächst mit einer Mutter verschmelzen kann, die sich seinen Bedürfnissen vollkommen unterordnet und insofern nicht als Subjekt, sondern als Objekt des kindlichen Begehrens auftritt. In der klassischen Psychoanalyse ist es dann der Vater, dem die Aufgabe zufällt, zur gegebenen Zeit die als symbiotisch konzipierte Dyade zwischen Mutter und Kind aufzubrechen und das Dritte, nämlich die äußere Welt und das Begehren der anderen, zu repräsentieren. Durch diese Konstellation – die sich unterordnende Mutter und der begehrende Vater – wird die innere Welt des Kindes strukturiert: Symbiose und Unterordnung, das Objekt zur Befriedigung des Begehrens anderer zu sein, verbinden sich in der Phantasie des Kindes mit Weiblichkeit, während sich Differenz, Autonomie und die Gestaltung der Welt nach dem Maßstab des eigenen Begehrens mit Männlichkeit verknüpft. Der Ausstieg aus der verschmelzenden Beziehung mit der Mutter wird – aus der im ödipalen Theoriekonstrukt leitenden Perspektive des Jungen - mit der Erkenntnis, von der Mutter unterschieden und dem Vater ähnlich zu sein, verknüpft. Selbst-sein und Autonomie wird also mit der Identifikation mit dem Ähnlichen und der Abwehr des Unterschiedenen verknüpft.f" Da wir es in einer heterosexuell dominierten Welt mit zwei Geschlechtern zu tun haben, die sich im Laufe ihrer persönlichen Entwicklung vor die Aufgabe gestellt sehen, sich als männlich bzw. weiblich im Zusammenhang mit Subjekthaftigkeit zu konstituieren, hat diese Konstellation für den kleinen Jungen andere Folgen als für das kleine Mädchen.

Für den kleinen Jungen, der aufgefordert wird, ein heterosexueller Mann zu werden, wird der Vater nicht nur zum Ausweg aus der symbiotisch-kontrollierenden Beziehung zur Mutter, sondern auch noch zum Versprechen, die Welt gestalten zu können. Der kleine Junge verknüpft in seinem inneren Geschehen die Notwendigkeit, aus der einschränkenden Beziehung mit der Mutter herauszutreten, mit der Erfahrung, dass dies nur an der Hand eines Mannes und in der Identifikation mit diesem Mann möglich ist, weil er selbst diesem Vater ähnlich ist. Der ‚Ausweg Vater' hat für den Jungen den Preis, bereits

---

69 Psychodynamisch ist dies an die Leugnung der Eigenständigkeit des weiblichen Genitales und der weiblichen Sexualität geknüpft, Begehren – sexuelles und weltbezogenes – wird zum männlichen Begehren, weil es mit dem Besitz des Penis gleichgesetzt wird, Dass dies nicht nur in der klassischen psychoanalytischen Theorie so konstruiert wird, zeigt die Äußerung eines meiner Studenten in einem Seminar zur Identitätsbildung. Auf der Suche nach der Beschreibung des weiblichen Genitales – nachdem die einzelnen Begriffe zur Beschreibung des männlichen Genitales ohne Probleme gefunden waren – rief der Student entnervt, dass das weibliche Genital mit Vagina – der Öffnung – ausreichend beschrieben sei, "weil daja auch nichts ist", Benjamin diskutiert den genannten Zusammenhang ausführlich, Vgl. dazu auch Lerner 1980 und Flaake 200 l.

verankerte Anteile der Mutter in sich abzuwehren und zu entwerten, da sie ihm als gefährlich auf seinem Weg zum *begehrenden* Subjekt erscheinen. Für ihn verwandelt sich die identifizierende Liebe zur Mutter in die begehrende Liebe zu ihr, die dann ins Erwachsenenalter verschoben als begehrende Liebe zur Frau wieder auftaucht. In identifikatorischer Liebe wendet er sich dem Vater zu, der ihm verspricht, eine Realisierungsmöglichkeit für seine Wünsche als begehrendes Subjekt zu bieten, nämlich in der Weise, dass auch er eines Tages eine Ehefrau besitzen und die Welt erobern kann. Heterosexuelle Männlichkeit verbindet sich so mit der Entwertung des Weiblichen in sich als ewige Gefahr des Verschlungenwerdens in einer symbiotischen Liebe. In der Außenwelt wird das Weibliche insofern entwertet, als es nur zum bloßen Objekt des Begehrens wird, von dem ebenso die Bedrohung der Verschmelzung ausgeht.

Für das Mädchen sieht die Lage ganz anders aus. Auch sie befindet sich in einer symbiotisch verzerrten Beziehung zur Mutter, die einerseits kontrolliert und andererseits das Begehren als Subjekt nicht symbolisieren kann. Auch hier erscheint der Vater als Rettung, an den das Mädchen sich mit dem gleichen Wunsch nach Anerkennung als eigenständiges, begehrendes Subjekt wie der Junge wendet. Der Vater soll auch ihr den Ausweg aus der verschmelzenden Liebe und den Zugang zur aufregenden äußeren Welt bieten, in der sie sich als handelndes Subjekt erfahren kann. Unter dem Druck der stereotypisierten Heterosexualität, die mit kulturellen Mustern von Männlichkeit und Weiblichkeit verknüpft ist und durch die eigene Erfahrung, den Mann als einziges Subjekt und die Frau als Objekt des Begehrens verinnerlicht zu haben, wird der Vater in der Regel dem Mädchen zwar einen gewissen Zugang zur Welt ermöglichen, aber er wird auf sie blicken als "süßes kleines Ding" (Benjamin 1993: 107), das er darin unterstützt, weiblich zu werden. Auf sie wird nicht der identifikatorisehe Blick des Vaters fallen, mit dem er den kleinen Jungen als autonomes Subjekt bestätigt, im Sinne des Satzes: "Du bist wie ich und wirst der Welt so begegnen wie ich". Obwohl auch das Mädchen sich nach diesem Blick sehnt und ihn brauchen würde, um sich als begehrendes Subjekt zu erfahren, wird es zurückgeworfen werden auf den Status, das Objekt des Begehrens zu sein, das seine Subjekthaftigkeit nun nur noch dadurch strukturiert, dass es die im weitesten Sinne liebenden Beziehungen gestaltet. In dieser idealtypisch vorgestellten Konstellation verbindet sich für Jungen wie für Mädchen in ihren Erfahrungen und in ihrem inneren Geschehen Weiblichkeit mit Verschmelzung und Bindung, während Männlichkeit mit Unabhängigkeit und dem begehrenden Zugang zur Welt assoziiert wird. Die Erfahrung des Menschen, nicht alles sein zu können und sich zur Befriedigung der sexuellen und der Bindungswünsche auf eine andere Person beziehen zu müssen, also unvollkommen und nicht absolut (im Hegeischen Sinne) zu sein, wird geschlechterhierarchisch und negativ

konnotiert. Der Blick auf die andere Person, die sich von mir unterscheidet, wird durch die Entwertung bzw. Dominanz dieser anderen Person bestimmt. Subjektwerden wird mit einer Entwertung des Weiblichen verbunden.[70]

Benjamin kann sich nun vorstellen, dass in einem Beziehungsgefüge, in dem Mütterlichkeit nicht mit Aufopferung und Väterlichkeit nicht mit Subjekthaftigkeit verknüpft wird, eine andere Balance der Anerkennung entstehen könnte, die beiden Geschlechtern ermöglicht, sich als Objekt *und* als Subjekt des Begehrens zu erfahren. Dabei ist die Frage, ob Heterosexualität oder Homosexualität das Ergebnis der Dynamik um Autonomie und Getrenntsein ist, irrelevant. Wichtig ist, dass diese andere Balance allerdings bedeuten würde, das eigene Selbst als nicht vollkommen, nicht absolut *und* als sich von anderen unterschiedenes zu akzeptieren. Die Unvollkommenheit des eigenen Selbst und die Anerkennung von Differenz wären das Ergebnis dieses Prozesses, in dem beide Eltern sowohl mit Bindung als auch mit Autonomie assoziiert würden. Die Entwertung von Differenz – in der psychodynamischen Konstellation als Abwertung von Weiblichkeit ontogenetisch verankert - würde abgelöst durch die Anerkennung von Differenz: Obwohl dieser Mensch anders ist als ich, kann ich ihn als Subjekt anerkennen und bestätigen. "Ich muss die differente Person weder unterwerfen, noch von ihr verlangen, so zu sein wie ich, damit ich sie als gleiche anerkennen kann", wäre das Resultat. Hier ist der Anschluss für unsere Ausgangsfrage, wie demokratische Beziehungen zwischen den Subjekten aussehen könnten.

Wirklich demokratische Beziehungen sind nur vorstellbar als Beziehungen, in denen Identitätsfragen nicht zum Ansatzpunkt von Unterdrückung werden. Die andere Person als partizipierendes und gestaltendes Subjekt anzuerkennen, setzt voraus, sie als das, was sie ist - in ihrer Differenz zu mir und zu denen, die mir gleichen – zu ertragen und nicht zu entwerten.

Dieses Ideal von Subjektivität, das ich hier anband der geschlechtsspezifisch gespaltenen Konzeption von Subjekthaftigkeit gefasst habe, lässt sich noch weiter ausformulieren, wenn wir weitere Theoriestränge rezipieren. Mit

---

70 Aus meiner Rekonstruktion ist ersichtlich, dass ich die postmoderne Kritik an psychoanalytischen Körperkonzepten und Identitätstheorien nicht teile. Mit Benjamin und anderen AutorInnen halte ich daran fest, dass auch die diskursive Gestaltung der eigenen Körpererfahrung nichts daran ändern wird, dass sich der weibliche und der männliche Körper voneinander unterscheiden und dass dieser Unterschied von den Subjekten erfahren und interpretiert wird. Damit ist nichts gesagt über die Entwertungen und Hierarchisierungen, die in solchen Interpretationen vorgenommen werden können. Diese Perspektive beinhaltet allerdings die Erfahrung der Gebrochenheit menschlicher Existenz, trotz der postmodernen und hochkapitalistischen Vorstellungen, wir könnten alles, einschließlich uns selbst gestalten und erzeugen. Menschen müssen damit fertig werden, dass sie nicht alles sein können und nicht vollkommen sind. Diese Grunderfahrungen von Differenz und Unvollkommenheit müssen theoretisch reflektiert werden.

Benjamin habe ich die *psychodynamische Voraussetzung* der Anerkennung von Differenz auf der Ebene des Subjekts betrachtet. In einem nächsten Schritt werde ich mich den kognitiven Leistungen dieses Subjekts zuwenden, zu denen es auch - zumindest potenziell - in der Lage sein muss, um normative Fragen zu regulieren. Allerdings gehe ich davon aus, dass die psychodynamische Basis dieser kognitiven Leistungen gleichzeitig entwickelt sein muss, um ein anderes, *differentes* Subjekt anzuerkennen. Denn wenn eine systematische Entwertung von Differenz als Struktur im Subjekt verankert ist, dann hebelt dies die Anerkennung anderer in politischen Fragen prinzipiell aus.

Demokratische Gesellschaften der Modeme haben nun in gewisser Weise Prinzipien und Prozeduren ausgebildet, die auf einer gesellschaftlichen Ebene Mechanismen der Anerkennung bereitstellen. Die Grundrechte, Bürger- und Freiheitsrechte, gesetzliche Regelungen des Interessenausgleichs sowie die Diskurse der politischen Öffentlichkeit sind solche Mechanismen. Die Tatsache, dass große Konflikte der Modeme aber immer noch Identitätskonflikte sind, obwohl derartige politische Anerkennungskonzepte wie z. B. die demokratische Partizipation aller und die Gleichheit vor dem Gesetz etc. ausformuliert und bereitgestellt sind, scheint mir ein Hinweis darauf zu sein, dass kognitive Entwicklung und psychodynamische Entwicklung im Subjekt parallel gehen müssen, damit es die gesellschaftlich entwickelten und bereitgestellten Lösungsstrategien auch erträgt und anwendet.

Aus der Rekonstruktion von Benjamin gewinne ich einen Hinweis, inwiefern das Geschlechterverhältnis und die damit verbundene Dynamik von Entwertung und Anerkennung eine konstitutive Rolle für die Frage nach der Gestaltung von demokratischen Beziehungen spielt. Die Entwertung von Weiblichkeit, von beiden Geschlechtern geteilt und die Verknüpfung von Weiblichkeit mit Bindung vs. Männlichkeit mit Autonomie erzeugt in den Subjekten die Unfähigkeit, mit Differenz konstruktiv umzugehen. Wie - so können wir unsere zentrale Frage abschließend wiederholen und weitertreiben - werden Identitätskonflikte in dieser Konstellation bearbeitet?

Wir können das Gelingen demokratischer Prozesse und die Partizipation an der Erzeugung des Gemeinwohls begrifflich als gelingende Anerkennung anderer und ihrer Lebensformen im politischen Prozess fassen. Inwieweit die Demokratisierung einer Gesellschaft gelingt, kann also nicht nur durch die Analyse der gesellschaftlichen politischen Institutionen eruiert werden. Um die Gestaltung des politischen Prozesses zu analysieren, müssen wir auch die kulturellen Deutungsmuster einer Gesellschaft in unsere Überlegungen mit einbeziehen. Dabei dreht es sich darum, die individuellen und privaten Deutungsmuster, das individuelle Vermögen und die subjektiven Strategien der Anerkennung von Differenz und die Konfliktstrategien in ihrer Verwobenheit mit den

hegemonialen kollektiven Deutungsmustem und dem Deutungshorizont der kulturellen Kontexte zu betrachten.

5. Handlung, Geltungsanspruch **und** Lebenswelt - Jürgen Habermas' Theorie des Subjekts

Jürgen Habermas hat mit seiner Theorie des kommunikativen HandeIns Begriffe entwickelt, die es uns ermöglichen, den kulturellen Horizont, der die Deutungen der Subjekte, mit denen sie sich in der Welt positionieren, zu benennen und auf die Gestaltung von demokratischen Gesellschaften zu beziehen. Habermas nennt diesen Bedeutungshorizont, in dem die Subjekte sich verorten, Lebenswelt und grenzt diese von anderen gesellschaftlichen Sphären der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ab. Habermas' aus der Perspektive einer soziologischen Theorie entwickelter Begriff der Lebenswelt und seine Konzeption des Subjekts sind für mich brauchbar, um meine demokratietheoretische Fragestellung, die ich bisher mit dem Begriffsinstrumentarium der Privatheit und der Öffentlichkeiten entwickelt habe, theoretisch weiter zu entfalten. Dabei geht es mir um zwei Elemente der Habermasschen Konzeption: Zum einen ist die Handlungstheorie, die Entwicklung von mit Sprechhandlungen verbundenen Wahrheitsbegriffen und die Konzeption der Subjekte als kompetente SprecherInnen relevant, denn sie ermöglicht mir, die internen Kriterien, nach denen Subjekte die Deutung von Konflikten als öffentlich relevante oder privat bedeutsame einordnen, zu konkretisieren.

Zum zweiten werde ich mich auf den Begriff der Lebenswelt beziehen, der eine bessere Fassung des Begriffs der Privatheit ermöglicht: Sie gibt sozusagen den Hintergrund oder die Ressource ab, aus der die Subjekte die Inhalte ihrer politischen Einschätzungen - privat oder öffentlich - gewinnen. Allerdings ist die Lebenswelt ein theoretisches Konstrukt, während die Begriffe »privat« und »öffentlich« dem Sprachgebrauch der Alltagsubjekte entnommen werden können und zur Kategorisierung von Konflikten, Einschätzungen und moralisch-praktischen Fragen dienen. Ich werde daher für meine demokratietheoretische Fragestellung an dem Begriffspaar »privat-öffentlich« festhalten und mich nur, wenn es systematisch nötig ist, auf den Begriff der Lebenswelt beziehen.

5.1 Das Subjekt und die Bezüge zur Welt

Habermas gewinnt aus der Perspektive der Lebenswelt seinen Subjektbegriff, den er an Mead anschließt und mit einer Theorie der Argumentation und

Rationalität erweitert. Ich möchte hier im Folgenden nur kurz die Elemente herausnehmen, die für meine Konstruktion des politisch handelnden Alltagssubjektes relevant sind, ohne den gesamten Theorieapparat von Habermas zu diskutieren.

Habermas rekonstruiert und reformuliert Meads Konzeption, um im Wesentlichen die Teilnahme einer Person an der sozialen Welt als Teilhabe an einem normativ geregelten Horizont von Interaktionen fassen zu können.

Diese soziale Welt, in die eine Person im Sozialisationsprozess eingebettet wird, tritt dieser als "normative Realität des verallgemeinerten Anderen" (Habermas 1981: 65) gegenüber. Indem die Person gelernt hat, in der sozialen Welt gültige Handlungsnormen zu befolgen und die damit verbundenen Rollen zu übernehmen, erwirbt sie "die generalisierte Fähigkeit, an normativ geregelten Interaktionen" (ebd.) teilzunehmen. Mit der Entwicklung dieser Interaktionskompetenz, so Habermas, wird gleichzeitig die innere Welt des Subjektes strukturiert.

> "Aus ontogenetischem Blickwinkel betrachtet, zieht das Kind in demselben Maße, wie es sich die soziale Welt legitim geregelter interpersonaler Beziehungen kognitiv aneignet, ein entsprechendes System innerer Kontrollen aufbaut und lernt, sein Handeln an normativen Geltungsansprüchen zu orientieren, eine immer deutlichere Grenze zwischen einer zur institutionellen Realität verdichteten Außenwelt und der Innenwelt spontaner Erlebnisse, die nicht über normenkonforme Handlungen, sondern allein über kommunikative Selbstdarstellung nach außen treten können." (Habermas 1981: 68)

Den für das Subjekt zur gelingenden Teilnahme an Interaktionen notwendigen Aufbau von verschiedenen Welten, Weltbezügen und Geltungsansprüchen konstruiert Habermas mit seinem Wahrheitsbegriff und seiner Argumentationstheorie. Mit Mead kann er sich auf die sprachlich vermittelte Einbettung des Individuums in die Gesellschaft als Vergesellschaftung und Individuierung *in einem Prozess* beziehen, der sich als Integration in das Symbolsystem der Gesellschaft fassen lässt.

Den Bezug des vergesellschafteten und individuierten Subjekts auf die innere und äußere Welt versteht er als Konstitution von drei symbolisch vermittelten Welten, auf die ein Sprecher sich reflexiv in seinen Interaktionen bezieht. Sprachliche Verständigung ist der Mechanismus, mit dem dieser Weltbezug geleistet wird. Im linguistic turn der Philosophie mit Wittgenstein (Habermas 1981) wird Wahrheit und Rationalität an die Angemessenheit von Sprechakten und sprachlichen Handlungen gebunden. Diese Angemessenheit von sprachlichen Handlungen bemisst sich daran, dass man sie mit Gründen kritisieren und durch diese Kritik potenziell Einigkeit erzielen kann. Habermas' Analyse der

Sprechakte - die ich hier nicht rekonstruieren will - fuhrt ihn zur systematischen Unterscheidung von drei Typen von Sprechakten, denen wiederum drei Geltungsansprüche und die Bezüge auf drei Welten entsprechen: Die drei Sprechakte sind erstens konstative, behauptende Sprechakte über die objektive Welt der Dinge und Sachverhalte, zweitens normative Sprechakte über die soziale Welt der legitim geregelten interpersonalen Beziehungen und drittens expressive Sprechakte über die subjektive Welt des Selbst. Die drei korrespondierenden Geltungsansprüche, anhand derer die Subjekte die Äußerungen von anderen kritisieren können, wären der der Wahrheit hinsichtlich der objektiven Welt (du behauptest, dass p), der der nonnativen Richtigkeit (p entspricht der überlieferten Norm bzw. ich bin autorisiert, p zu konstatieren) und der der Wahrhaftigkeit (p entspricht wirklich meinem inneren Geschehen). Die angemessene Anwendung dieser Geltungsansprüche zur Kritik sprachlicher Äußerungen beinhaltet auch den angemessenen Bezug des Subjekts auf die drei Welten generell. Aus der Perspektive des modemen Alltagssubjektes gehört es zu den entwickelten Kompetenzen, zwischen der Welt der Dinge und der Sachverhalte, der sozialen Welt der Subjekte und den inneren Vorgängen in der subjektiven Welt zu unterscheiden." Ebenso relevant ist der Prozess, in dem zwischen den Geschehnissen im Innern, also Gedanken, Gefühlen und Phantasien einerseits und den Verhältnissen außerhalb des Subjekts, den gesellschaftlichen Strukturen wie auch den Innenwelten anderer Subjekte unterschieden werden kann. Identitätsbildung würde also heißen, zwischen diesen drei Welten, der gegenständlichen, der sozialen und der subjektiven Welt, systematisch unterscheiden zu können und die - in Habermasseher Begrifflichkeit - damit korrespondierenden Geltungsansprüche der Wahrheit, normativen Richtigkeit und Wahrhaftigkeit anwenden zu können.

Auf der Ebene der Entwicklung gesellschaftlicher Deutungshorizonte entspricht dieser Prozess, den Habennas anhand seiner Argumentationstheorie zunächst handlungstheoretisch beschreibt, der Entzauberung von metaphysisch-religiösen Weltbildern und deren Folgen für die Entwicklung von modemen Bewusstseinsstrukturen. Dies verfolgt Habermas mit seiner Rekonstruktion von Webers Rationalisierungstheorie. Auch darauf möchte ich nur sehr kurz eingehen und das für unseren Zusammenhang zentrale theoretische Konstrukt herausarbeiten. Dabei handelt es sich um die Säkularisierungsprozesse, die die westlichen Gesellschaften in der Neuzeit durchlaufen haben und die in der Konse-

71 Schon Mead und Erikson - und mit ihnen die gesamte kognitivistische Psychologie und die psychoanalytisch orientierte Sozialpsychologie - haben darauf hingewiesen, dass im Prozess der Identitätsbildung ein wesentlicher Schritt darin liegt, dass das Kind lernt, Aktivität und Passivität von sozialen und gegenständlichen Objekten zu trennen. Zur genaueren Argumentation vgl. Ritter 1995.

quenz zu einem irreversiblen Zerfall der Vernunft in verschiedene Aspekte geführt haben; Prozesse, die Habermas mit Weber als kulturelle Rationalisierung beschreibt. Mit Weber vertritt Habermas die These, dass die einheits- und sinnstiftende Vernunft im Zuge der Säkularisierungsprozesse so zerfallen ist, dass ihre jeweiligen Aspekte sich in drei Wertsphären und den dazugehörigen Rationalitätskomplexen (und damit verbundenen Geltungsansprüchen) ausdifferenziert haben. In den Wertsphären Wissenschaft und Technik, Recht und Moral sowie Kunst und Erotik, die sich in modernen Gesellschaften voneinander abgrenzen und jeweils spezifische Formen der logischen Beurteilungen und kommunikativen Kompetenzen verlangen, finden sich die oben beschriebenen Weltbezüge wieder. Kognitiv-instrumentelle Rationalität und die Bezüge zur objektiven Welt, moralisch-praktische Rationalität und die Bezüge zur sozialen Welt sowie ästhetisch-expressive Rationalität und die Bezüge zur subjektiven Welt sind sozusagen die Rahmenkonditionen, innerhalb derer sich ein modernes Subjekt tendenziell bewegen können muss. Diesen Zerfall der einen geschlossenen und einheitlichen Sinn stiftenden Vernunft bezeichnet Habermas in der Tradition von Weber als Rationalisierungsprozess, der auf individuellem Niveau als Lernprozess und Dezentrierung von Weltbildern analysiert werden kann. Habermas zeigt, indem er sich auf Piagets Theorie der kognitiven Entwicklung bezieht, dass der/ die Heranwachsende in einer Wechselbeziehung zwischen dem Selbst und physischen Objekten wie auch zwischen dem Selbst und anderen Subjekten das Konzept der Außenwelt und der Innenwelt kognitiv erarbeitet.

> "So ergibt sich für Piaget eine kognitive Entwicklung im weiteren Sinn, die nicht allein als Konstruktion eines äußeren Universums verstanden wird, sondern als die Konstruktion eines Bezugssystems für die *gleichzeitige* Abgrenzung der objektiven und der sozialen von der subjektiven Welt. Kognitive Entwicklung bedeutet allgemein die Dezentrierung eines egozentrisch geprägten Weltverständnisses." (Habermas 1981: 106)

In permanenten Interpretationen werden die Konstitution der objektiven, sozialen und subjektiven Welt aus der Perspektive des Subjekts gewährleistet. Habermas verbindet in dieser Begründung der Konstitution der drei Welten als Deutungszusammenhang zentrale Elemente der klassischen verstehenden Soziologie mit einer als Rationalitätstheorie sich verstehenden Sprechakttheorie. Die Interpretationsleistung der Subjekte ist für ihn potenziell wahrheitsfähig.

> "Jeder Akt der Verständigung läßt sich als Teil eines kooperativen Deutungsvorgangs begreifen, der auf intersubjektiv anerkannte Situationsdefinitionen abzielt. Dabei dienen die Konzepte der drei Welten als das gemeinsam unterstellte Koordinatensystem, in dem die Situationskontexte so geordnet werden können, daß Einverständnis darüber erzielt wird, was die Beteiligten jeweils als Faktum oder als

gültige Norm oder als subjektives Erlebnis behandeln dürfen." (Habermas 1981: 107)

Für meine Fragestellung ist relevant, dass Habermas davon ausgeht, dass sowohl objektive Fragen wie moralisch-praktische Fragen als auch ästhetisch-expressive Fragen als rationale, klärbare und einem vernünftigen Konsens zugängliche Fragen behandelt werden müssen. Dies heißt, um es noch einmal klar zu sagen, dass auch normative Fragen, ebenso wie Fragen des Komplexes, die Habermas ästhetisch-expressive nennt, mit dem Anspruch von Gültigkeit und Rationalität formuliert werden können. Damit widerspreche ich der Neigung in vielen Feldern der soziologischen Theorie, normative Fragen für Geschmacksfragen und damit für kontingent zu halten. Für meine Argumentation ist außerdem relevant, dass Alltagssubjekte durchaus unterscheiden zwischen Fragen, die Gegenstände betreffen, und Fragen, die moralische Erwägungen, soziale Beziehungen und innere Prozesse betreffen. Im Alltag werden jedenfalls moralisch-praktische und ästhetisch-expressive Fragen und soziale Konflikte, d. h. Identitätsfragen aller Art, permanent und mit Wahrheitsanspruch debattiert.

5.2 Die Lebenswelt und die Dynamisierung des Konzepts »Privatheit«

Allerdings werden diese Debatten der Subjekte nicht im luftleeren Raum geführt, sondern im Kontext von bereits erzeugten Deutungen und gesellschaftlichen Institutionen. Weiter oben habe ich schon darauf Bezug genommen, dass Habermas diesen Kontext als Lebenswelt bezeichnet, innerhalb derer die Subjekte ihre Interpretationen leisten und Verständigungen erzielen. Die Lebenswelt

> "baut sich aus mehr oder weniger diffusen, stets unproblematischen Hintergrundüberzeugungen auf. Dieser lebensweltliche Hintergrund dient als Quelle für Situationsdefinitionen, die von den Beteiligten als unproblematisch vorausgesetzt werden. Bei ihren Interpretationsleistungen grenzen die Angehörigen einer Kommunikationsgemeinschaft die eine objektive Welt und ihre intersubjektiv geteilte soziale Welt gegen die subjektiven Welten von Einzelnen und (anderen) Kollektiven ab. Die Weltkonzepte und die korrespondierenden Geltungsansprüche bilden das formale Gerüst, mit dem die kommunikativ Handelnden die jeweils problematischen, d. h. einigungsbedürftigen Situationskontexte in ihre als unproblematisch vorausgesetzte Lebenswelt einordnen." (Habermas 1981: 107)

Die rationalisierten Weltbilder der Moderne verkleinern sozusagen den unhinterfragten Deutungshorizont der Lebenswelt. Immer mehr Fragen werden aus den traditionell überlieferten Deutungen als *konjlikthaJt* herausgelöst und müssen von den Subjekten neu beantwortet werden. Das Fragwürdigwerden von

Traditionen und Gewissheiten stellt das Reservoir für die Themen und Konflikte dar, die in demokratischen Gesellschaften für die Diskussion in den politischen Öffentlichkeiten relevant werden. Hier, an dieser Stelle, werden die Impulse erzeugt, die als Interessens- oder Identitätskonflikte biographisch erfahren werden, die das Subjekt zu einer Lösung drängen und die dann in den öffentlichen Diskurs getragen werden.

In diesem Prozess der Rationalisierung zerbrechen die unhinterfragbaren Traditionen, die als Handlungsorientierung für die Subjekte wirken - dieser Bruch erzeugt für die Subjekte die Notwendigkeit, ihre Orientierungen auf ihre Sinnhaftigkeit und Angemessenheit hin zu überprüfen. Die Alltagssubjekte tun dies, indem sie Situationen neu interpretieren und für diese oder jene Lösung jenseits der Traditionen unter Anwendung der Geltungsansprüche *argumentieren.* Habermas beschreibt diesen Prozess als Rationalisierung der Lebenswelt, der dazu führt, dass in spätmodernen Gesellschaften die unhinterfragten Gewissheiten immer weniger werden und Traditionen in gewisser Weise gewählt und debattiert werden können. Damit sind sie im strengen Sinne nicht mehr als entlastende Handlungsorientierungen funktionsfähig, sondern das Subjekt wird mehr und mehr gezwungen, immer neue Interpretationen für Erfahrungen und Konfliktlösungen zu generieren. Argumentationen und die argumentative Kritik an den Deutungsmustern treten immer mehr in den Vordergrund. Damit geraten die Subjekte zwar einerseits unter extremen Begründungsdruck für Handlungen und Perspektiven, andererseits liegen hier die Ansatzpunkte für sozialen Wandel, Partizipation und Freiheit. Die Wahl und die Neuinterpretationen machen die Freiheitsgrade demokratischer, moderner Gesellschaften aus.

Die bisherige demokratietheoretische Diskussion der Sphäre der politischen Öffentlichkeiten hat gezeigt, dass Öffentlichkeit nicht mehr als topographischer Ort gefasst werden kann, sondern dass wir von stabilen oder temporären symbolischen Räumen ausgehen müssen, die die Subjekte durch Debatte und Assoziation als nicht-private *selbst* zu solchen machen. Nun müssen wir auch den konstitutiven Gegenbegriff der Privatheit in dieser Weise ‚modernisieren'. Privatheit kann daher auch nicht mehr ein Ort sein, der als Heim oder Familie topographisch bezeichnet wird und mit einem bestimmten Typ von Handlungen verbunden ist. Privatheit kann also auch an vielen Orten sein, gar mitten im Öffentlichen, da sie selbst mittlerweile konzeptionell ein symbolischer Raum geworden ist, der durch die Setzung der Subjekte als *nicht-offentlieh* entsteht. Privatheit wird so auch zu einer *Perspektive,* mit der Subjekte auf einzelne, für sie relevante Zusammenhänge ihrer Welt - ihrer Lebenswelt - blicken. Streng genommen widersetzt sich die Lebenswelt selbst begrifflich einer eindeutigen Zuordnung zum Öffentlichen oder Privaten: Öffentliche Debatten, die nicht

institutionell gebunden sind (z. B. an das Parlament), können nämlich aus der Perspektive eines Subjektes Teil seiner Lebenswelt sein.

Im Begriff der Lebenswelt sind die beiden Begriffe Öffentlichkeit und Privatheit in besonderer Weise miteinander verknüpft: Sie sind Perspektiven, die die Subjekte aus ihren lebensweltlichen Deutungen heraus einnehmen können. Die Erfahrungen, die in der Lebenswelt gemacht werden, können je nach Einschätzung des Subjekts als öffentlich relevante oder private Erfahrungen betrachtet und in die Debatte gebracht werden. Subjekte reflektieren in ihrem alltäglichen Zusammenhang genau diese Fragen in den Begriffen von »öffentlich« und »privat«. Die beiden Kategorien sind alltäglich brauchbare Ordnungskategorien, die den Subjekten ermöglichen, ihre biographischen Erfahrungen zu reflektieren und im sozialen und politischen Zusammenhang einzuordnen. Der Begriff der Lebenswelt hingegen ist eine wissenschaftliche Konstruktion, die sich der alltäglichen Reflexion entzieht: Die Diagnose, dies ist eine Frage meiner Lebenswelt, ist kaum vorstellbar als das Resultat eines Reflexionsprozesses und würde hinsichtlich der Fragen nach Gemeinwohlgenerierung und Partizipation keinen Erklärungswert haben. Hingegen scheint die Anwendung der Perspektiven »öffentlich vs. Privat« - z. B. die Überlegung, dies ist eine private Frage, die nur mich etwas angeht – für den Reflexionsgebrauch der Subjekte aussagekräftig und für die Praxis des politischen Prozesses wie auch für dessen Analyse einsetzbar.

Wir müssen also eine theoretische Konzeption verwenden, in der diese drei Begriffe einander zugeordnet werden. Ich schlage daher vor, die Definition von Lebenswelt als kulturellen Deutungshorizont der Alltagssubjekte zu verwenden. Dies dient uns dazu, das, was das Private ausmacht – nämlich individuelle und kollektive Identitäten und Deutungen -, inhaltlich zu bestimmen. Der Begriff der Lebenswelt ist also ein theoretisches Konstrukt, mit dem der Deutungshorizont aller gesellschaftlichen Deutungen beschrieben werden kann. Allerdings müssen wir die beiden Kategorien »öffentlich« und »privat« beibehalten, da sie die jeweilige Perspektive, mit der die Subjekte ihre Erfahrungen deuten, darstellen und in Bezug zu demokratischen Prozessen gesetzt werden können. »Öffentlich« vs. »privat« verstehe ich also als individuelle Ordnungskategorien, die die Subjekte verwenden, um problematisch gewordene und aus der Lebenswelt herausgefallene Gewissheiten biographisch und politisch einzuordnen. Durch dieses Verständnis von »privat« bzw. »öffentlich« als Ordnungskategorien aus der *Teilnehmerperspektive* können wir auch das Problem der unklaren Grenzziehung zwischen privat und öffentlich generell lösen, die beispielsweise Requate (1999) schon für die Entstehungsgeschichte der Öffentlichkeit in Europa beschreibt. Es ließe sich mit meinem theoretischen Vorschlag z. B. die Einwirkung von öffentlichen Medien auf private Welten begrifflich fassen, denn die

Subjekte rezipieren und interpretieren angebotene Deutungen jeweils aus der Teilnehmerperspektive als privat oder öffentlich.

Das Subjekt nimmt also selbst die Perspektive ein und interpretiert seine Erfahrungen im jeweiligen Deutungshorizont von Öffentlichkeit und Privatheit und nach den jeweils herrschenden Kommunikationsregeln entweder als normativ und politisch bedeutsame Themen, die zur Generierung des Gemeinwohls beitragen. Oder es interpretiert diese Erfahrungen als Ausdruck individueller Vorlieben und Entscheidungen, die zwar Anerkennung verlangen, aber nicht per se Geltung für andere beanspruchen können. Für die Frage nach den Inhalten des Öffentlichen und des Privaten kommen wir also erneut zur Kompetenz des Subjektes zurück: Es muss selbst entscheiden, welche lebensweltlichen Fragen aus der Perspektive des Öffentlichen oder des Privaten interpretiert werden könnten.

Allerdings vernachlässigt Habermas selbst einen für unsere Fragestellung relevanten Zusammenhang, nämlich die systematische Verknüpfung von biographischen Konflikterfahrungen und dem Fragwürdigwerden von kollektiven Deutungen. Das Zerbrechen der traditionalen Orientierungsstränge wird von den Subjekten als biographischer Konflikt erlebt. Die überlieferten Deutungsmuster reichen nicht mehr aus, um eine Handlung zu legitimieren, einen Wunsch umzusetzen, eine Entscheidung für oder gegen etwas zu formulieren, die Anerkennung spezifischer Wünsche zu verlangen oder die Durchsetzung bestimmter Themen als für das Gemeinwohl gültig zu behaupten. Aus Habermas' Drei-Welten-Theorie scheint sich zunächst eine sichere und leichte Unterscheidungsmöglichkeit von normativen und ästhetisch-expressiven Fragen zu ergeben. Allerdings sind Konflikte in der Erfahrung der Subjekte immer so strukturiert, dass sie diese konkret auf ihre Subjektivität bezogen erleben. Wenn z. B. eine spezifische Lebensform, eine sexuelle Orientierung oder das Geschlecht zu systematischem Ausschluss aus Partizipationsmöglichkeiten führt, ist für die Subjekte zunächst nicht relevant, ob es sich hier um Fragen des idiosynkratischen Selbst oder um normative Fragen handelt. Die Konflikte sind als Kränkungserfahrung in soziale Beziehungen eingebettet, die immer auch private Beziehungen sind und eine biographische Prägung oder Wahl realisieren. Ich möchte dies an einem Beispiel verdeutlichen. Gerade die Frauenbewegung hat gezeigt, wie schwierig Identitätskonflikte, die sich nicht einfach in Interessenskonflikte auflösen lassen, zu lösen sind. Hier wurde und wird damit argumentiert, dass die bisherigen gesetzlichen Gleichheitsregelungen nicht greifen, weil sie z. B. einen bestimmten Weg als den ‚normalen' unterstellen, der angesichts der in der Familie herrschenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung Frauen zwingt, auf familiäre Bindung oder auf beruflichen Aufstieg in höchste Ämter zu verzichten. Tatsächlich ist die Arbeitsteilung in einer Familie in gewisser

Weise die private und idiosynkratische Angelegenheit eines Paares; dennoch können wir eine Systematik ausmachen, die nach Geschlecht differenziert: Die Fürsorge und Gestaltung der Beziehungen in den Familien wird von den Frauen geleistet. Frauen sind es, die die rechtlich geregelten Angebote an beruflichem Aufstieg mit dem Verweis auf die Familienpflichten und -wünsche ablehnen.

Damit ist zunächst darauf hingewiesen, dass Konflikte in sozialen Beziehungen immer mit emotionalen Bindungen verknüpft sind, die in der Tat, wie Habermas betont, nicht als Fragen der Gerechtigkeit verhandelt werden können. Liebe und die Art der Gestaltung der Beziehung ist in gewisser Hinsicht keine Frage der Gerechtigkeit, solange die Unversehrtheit der Person gewahrt wird und kann daher nicht einfach gesetzlich geregelt werden. Die Arrangements, die Paare treffen, haben höchsten Anspruch auf Privatheit. Habermas argumentiert in seinem theoretischen Bezugssystem an dieser Stelle dafür, dass ästhetisch-expressive Fragen der Wünsche und Bedürfuisse nicht argumentativ geklärt werden können, sondern sich die Wahrhaftigkeit einer Äußerung (als rationaler Geltungsanspruch) - "ich liebe dich" oder "du bist für mich ein wertvolles Subjekt" - nur durch die Handlung zeigen könnte. Allerdings zeigen die Alltagssubjekte der spätmodernen, rationalisierten Lebenswelten durchaus auch einen *anderen* Umgang mit dem Geltungsanspruch der Wahrhaftigkeit. Sie *argumentieren* in ihren Beziehungen um die Anerkennung ihrer Wünsche danach, ein Subjekt zu sein und gleichberechtigt zu leben.

Damit reflektieren sie die Tatsache, dass scheinbar private Fragen - wie die, wer für die Hausarbeit und familiäre Beziehungsgestaltung zuständig ist - in Wirklichkeit mehr sind als bloß individuelle Regelungen. Sie sind als hegemoniale Deutungsmuster in die gesellschaftlichen Institutionen eingelassen und bestimmen den gesamten kulturellen Horizont wie auch die Sozialstruktur der Gesellschaft hinsichtlich Bildung, Erwerbsarbeit, Einkommensdifferenzen, Altersversorgung etc.[72]

Die Alltagssubjekte wenden die Möglichkeiten der rationalen Argumentation auch auf die subjektive Welt an und verstehen die Anerkennung ihrer selbst als Subjekt in der durch emotionale Bindung charakterisierten Beziehung als moralisch-praktische Frage. In Habermas' Drei-Welten-Konzeption und Theorie des Subjekts werden aber diese Ebenen als systematisch getrennte konzipiert, so dass diese Debatten als logische Fehlleistungen erscheinen. Wenn sich aber, wie Habermas selbst meint, die Impulse für die Themen und Debatten in einer lebendigen politischen Öffentlichkeit aus der Lebenswelt, aus den privaten Konflikten und biographischen Erfahrungen speisen, müssen wir den Zusammen-

72 Diesen Zusammenhang führt z. B. Krüger (1995) aus.

hang von subjektiver und sozialer Welt anders, nämlich als fließenden Übergang, konzipieren.

Zum Schluss möchte ich noch einmal zusammenfassen, was die Rekonstruktion von Habermas' Theorie für meine Fragestellung bedeutet:

1. Durch seinen Begriff der Lebenswelt habe ich eine Annäherung an die Sphären des Privaten und Öffentlichen gewonnen: Der Begriff der Lebenswelt bezieht sich auf den individuellen und kollektiven kulturellen Deutungshintergrund einer Gesellschaft. Die Rationalisierung der Lebenswelt, also die Verflüssigung von traditionalen Deutungsmustern und das Reflexiv-werden überlieferter Deutungen, sind das inhaltliche Material von Konflikten in modernen und spätmodernen Gesellschaften. Der Begriff der Lebenswelt selbst ist aber ein soziologisches Konstrukt und daher aus der Alltagsperspektive der Subjekte nicht brauchbar. Außerdem lässt er sich nur indirekt auf die demokratietheoretische Frage nach Partizipation und kultureller Integration beziehen – denn er beschreibt nur die Seite der Integration. Der Problemkomplex der Partizipation in modemen Gesellschaften um Identitätskonflikte wird hier konzeptionell von dem Begriffspaar »öffentlich-privat« erfasst. Die Subjekte haben zur Reflexion und zur Positionsbestimmung im Rationalisierungsprozess der Lebenswelt Ordnungskategorien wie »öffentlich« und »privat« zur Verfügung, anhand derer sie individuelle Konflikte als politisch relevante oder bloß idiosynkratisehe Konflikte interpretieren können. Das Konzept »Privatheit-Öffentlichkeit« als Strukturierungsmodell moderner Gesellschaften ist damit in allen Aspekten dynamisiert: Die Perspektive der Subjekte entscheidet über die kategoriale Zuordnung von Erfahrungen als öffentlich oder privat relevant.
2. In seiner Argumentation hält Habermas daran fest, dass nicht nur Sachverhalte der objektiven Welt den Anspruch auf Rationalität behaupten können. Durch den Bezug auf drei Welten (die objektive, soziale und subjektive) und damit verbundene Typen von Sprechakten, in denen nach Prinzipien der Argumentation Konsens erzeugt werden kann, können wir festhalten an der Überlegung, dass normative und ästhetisch-expressive Fragen mit Anspruch auf Rationalität vertreten werden können und mehr sind als reine Geschmacksfragen, Konventionen oder romantische Illusionen. Allerdings hat sich auch gezeigt, dass moderne Subjekte die Kriterien zur Beurteilung der Fragen als voneinander unterscheidbare zur Verfügung haben müssen, um an den Debatten der politischen Öffentlichkeiten teilzunehmen. Denn wer davon ausgeht, dass z. B. Identitätsfragen wie Sachverhalte nach den Kriterien der instrumentellen Rationalität entschieden werden können, ver-

fehlt den Kern der Problematik. Identitätsfragen als normative und konsensuell regelbare Fragen zu erkennen, ist die Voraussetzung zur Anerkennung von Differenz und Subjekthaftigkeit im sozialen und politischen Umgang.

Im Übrigen ist Habermas' Konzeption deshalb für meine Fragestellung von Bedeutung, weil er die Möglichkeit, in normativen Fragen zu einem Konsens zu kommen, grundbegrifflich beantwortet. Dieser Konsens ist in seiner Konzeption nicht einfach nur die Einigung der Mehrheit auf eine Regelung, die kontingente Einigung in einem historischen Moment oder die schiere situative Funktionalität, sondern durch die Anbindung von normativen Fragen an rationale Argumentationen können wir die Möglichkeit einer rationalen Einigung prinzipiell unterstellen. Identitätskonflikte, so möchte ich zusammenfassen, sind prinzipiell lösbar, da ein vernünftiger Konsens zumindest potenziell als erreichbar gedacht werden kann.

3. Es hat sich allerdings als Problem in der Habermasschen Theorie gezeigt, dass der Zusammenhang von sozialen und subjektiven Weltbezügen theoretisch zu einfach konstruiert ist. Der Übergang zwischen diesen Welten ist fließender als Habermas selbst meint, da dieser Übergang selbst von der Perspektivenwahl der Alltagssubjekte abhängt. Diese erleben jeden Konflikt - um normative Fragen wie auch idiosynkratische Eigenheiten oder expressive Fragen - *zunächst* -- als biographischen Konflikt und müssen die Entscheidung treffen, mit welchen Kategorien sie ihre Erfahrungen interpretieren wollen. Möglicherweise wird diese Entscheidung sich erst in der öffentlichen Debatte um die Generierung des Gemeinwohls herauskristallisieren können. Es ist aber unmöglich, so das Ergebnis meiner Rekonstruktion, die Differenzierung vorab kategorial zu bestimmen, da sie sich dem Subjekt immer als in individuelle Kontexte eingebettet zeigt.

   Neben der Dynamisierung der Sphäre des Öffentlichen in ein Konzept der vielen Öffentlichkeiten, die dort sind, wo Subjekte gemeinwohlrelevante Fragen verhandeln, muss also auch die Sphäre des Privaten dynamisiert werden: Privatheit ist dort, wo die Subjekte selbst die Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit ziehen. Es ist ihre Leistung der Reflexion und ihrem Gefühl der Privatheit geschuldet, ob Themen und Fragen in die Öffentlichkeit sollen und wie der Zusammenhang von Privatheit und Erwerbswelt gestaltet wird. Das topographische Modell von Öffentlichkeit und Privatheit hat ausgedient, es entspricht nicht den Anforderungen an die Wahrheitspotentiale moderner Welten: Niemand kann mehr vorab bestimmen, welche Themen privat und welche Themen öffentlich sind. Es sind die Subjekte selbst, auf deren Schultern diese Leistung liegt: Sie wählen die Traditionen und bestimmen die Grenzen. Sie tun dies im Kontext von gesellschaftlichen Machtverhältnissen, rechtlichen Regelungen und unter

Bedingungen der Globalisierung. Die Welt tritt den Subjekten immer auch als Gegenüber entgegen, dem sie nichts oder kaum etwas entgegensetzen können. In diesem Spannungsfeld steht die Dynamik von Öffentlichkeit und Privatheit: Gesellschaftliche Kontexte von Macht und Möglichkeit treffen auf kompetente Subjekte, die einerseits ausgeliefert sind, aber auch wählen und gestalten können.

III. Privatheit und Öffentlichkeit als Perspektiven des Subjekts

Zum Schluss dieser Arbeit möchte ich die durchgeführte Untersuchung resümieren und dabei die verschiedenen Fäden der Argumentation zusammenknüpfen. Der Gang meiner Argumentation liegt auf drei Ebenen: Zum einen habe ich durch die Rekonstruktionen einen theoretischen Rahmen bereitgestellt, der den Prozess der Demokratisierung mit der Dynamik von Öffentlichkeit und Privatheit verknüpft (1). Dann habe ich das kompetente Subjekt beschrieben, das diese Dynamisierung gestalten kann und immer wieder neu entscheidet, welche Fragen für die demokratische Gesellschaft relevant sind und das in privaten Beziehungen ebenso demokratisch handeln kann wie in öffentlichen (2). Auf der dritten Ebene habe ich den Zusammenhang von politischer und sozio-kultureller Integration verfolgt. In dieser letzten Resümierung will ich noch einmal pointieren, inwieweit die beiden Sphären Öffentlichkeit und Privatheit die Schnittstelle dieser Integration kennzeichnen (3). Im vierten Schritt möchte ich einige offene Fragen und Forschungsperspektiven formulieren, die sich an meine Untersuchung anschließen lassen (4).

1. Demokratie im Kontext der Dynamik von Öffentlichkeit und Privatheit

Im Teil I habe ich die theoretische Diskussion nachvollzogen, in der die öffentlichen Debatten zu Fragen des Gemeinwohls als Kern demokratischer Prozesse verstanden werden. Die Integration der Bevölkerung in den Prozess der Erzeugung von Gemeinwohl wird hier als Basis und als Garant der Lebendigkeit von Demokratien verstanden. Wenden sich die Subjekte einer Gesellschaft vom politischen Prozess aus Erschöpfung, Frustration oder Verzweiflung ab, dann separieren sich das politische System und die dort handelnden Akteure von den Alltagssubjekten und es entstehen Destabilisierungen, die eruptive Folgen haben können. Demokratien müssen also immer bemüht sein, die Freiräume zu bieten, die es Bürgerinnen und Bürgern *ermöglichen,* Interesse und Leidenschaft an der Partizipation zu entwickeln. Das zugrundeliegende Argument ist, dass die Themen in den öffentlichen Debatten nicht nur von der Politik vorgegeben werden

dürfen, sondern auch aus der Perspektive der Subjekte deren private biographische Erfahrungen reflektieren müssen. Damit wird klar, dass wesentliche Impulse zur Generierung des Gemeinwohls aus der privaten Sphäre der Subjekte kommen müssen. Teilt man diese Perspektive, wird die Bedeutung des Privaten für den politischen Prozess anders gewichtet als in den klassischen liberalen Staats- und Gesellschaftstheorien vorgesehen.

Die Bedeutung des Privaten wurde zunächst in der feministischen Kritik am Ausschluss von Frauen und Themen aus der Öffentlichkeit diskutiert. Die liberal-patriarchale Trennung gesellschaftlicher Sphären in Privatheit einerseits und Öffentlichkeit andererseits und der im 19. Jahrhundert juristisch und administrativ durchgesetzte Ausschluss von Frauen hatte zur Folge, dass die Themen, die als ‚weibliche' Aufgaben und Kompetenzen konnotiert wurden, als für das Politisch-Öffentliche nicht relevant betrachtet wurden. Frauen und Themen wurden sowohl konzeptionell als auch faktisch aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen. Die feministischen und gender-theoretischen Debatten, die Diskurse der Schwulen- und Lesbenbewegungen sowie die Auseinandersetzungen, die andere soziale und Minoritätenbewegungen führten, hatten eine Änderung des Konzeptes von Demokratie zur Folge: Die Orte des Öffentlichen wurden vervielfältigt und Öffentlichkeit ist demnach dort, wo Subjekte miteinander in einen Diskurs eintreten und sich bemühen, ihre Interessen und Vorstellungen mit den Interessen der Gesellschaft zusammenzudenken.

Als eines der zentralen Probleme in modernen, entwickelten Demokratien ist der Umgang mit Differenz und Konflikt herausgearbeitet worden. Die Partizipation derer, die so sind wie die Mehrheit, ist seit Mitte des 20. Jahrhunderts konzeptionell und in gewisser Hinsicht auch politisch unproblematisch. Schwierig ist jedoch die Integration derer in den Prozess der Erzeugung von Gemeinwohl in den öffentlichen Debatten, deren Ansprüche, Leben und Subjektivität von den Lebensformen der Mehrheit differieren und idiosynkratische Irritationen erzeugen. Erst durch endgültige Ablösung von zwingenden Traditionen in spätmodernen Gesellschaften ergibt sich das Problem und die Chance, Differenz zu erfahren und zu ertragen. Dubiel geht davon aus, dass der Verlust von Traditionen und Gewissheiten elementare Identitätskonflikte erzeugt, die allerdings als einzig integrierende Elemente von Gesellschaften bleiben. Die *konstruktive* Lösung eines Konfliktes in einer Gesellschaft erzeugt die notwendige Bindung zwischen den Subjekten, die sich quasi auf etwas Neues geeinigt haben. Durch diese Perspektive werden die Auseinandersetzungen um *Identitätskonflikte* zum breaking point von demokratischen Gesellschaften.

Der politische Protest, der Anspruch zu partizipieren und auch etwas zu bedeuten wie auch der Anspruch, die eigene Lebensform als für die Gesellschaft wertvoll zu verstehen, gestaltet eine politische, demokratische Kultur. Damit

wird die gelingende Verknüpfung von biographischer Erfahrung, privaten Deutungen und öffentlichen Debatten zum Kern von Demokratie. Insofern stellt also Demokratie als Thema für meine Fragestellung den normativen Hintergrund dar, während *im Vordergrund* die sozio-kulturelle Integration in die gesellschaftlichen Prozesse - die auf der politischen Ebene demokratische sind - steht. Dabei unterstelle ich, dass eine Gesellschaft nicht demokratisch sein kann, wenn die Subjekte im alltäglichen Umgang miteinander, d. h. im Privaten und im Öffentlichen undemokratisch sind. Die Lebendigkeit von Demokratie leidet am Ausschluss von Gruppen und Themen ebenso wie an undemokratischen Beziehungen zwischen den Subjekten. Aus dieser Perspektive rücken die Subjekte und ihre privaten Deutungsmuster und Kompetenzen in den Mittelpunkt meiner Untersuchung.

Die demokratische Gestaltung des Öffentlichen ist also eine Kommunikationsleistung von Subjekten, die nämlich immer wieder in Debatten über sich und die Welt entscheiden müssen, ob die für sie relevante Frage auch für das Gemeinwohl relevant ist. Und nur wenn es gelingt, andere zu überzeugen oder Subjekte mit ähnlichen Fragen zu finden, die ihre Frage als Teil der öffentlichen Debatte gestalten wollen, werden Themen zu gesellschaftlich und politisch relevanten, d.h. öffentlichen Themen. Da es keine von außen an den Diskurs anzulegende Kategorien mehr gibt, die von vornherein entscheiden helfen, welche Themen öffentlich sind, können potentiell und prinzipiell alle Themen öffentliche Themen werden. Somit wird hier das topographische Modell von Öffentlichkeit aufgegeben und ein Konzept von vielfältigen Öffentlichkeiten als assoziative und kommunikative Leistung von Subjekten eingefuhrt. Diese Dynamisierung des Öffentlichen ist folgenreich, denn nun müssen wir auch die andere Seite der Öffentlichkeit, die Privatheit dynamisieren. Auch hier gilt, dass es nicht mehr von vornherein bestimmbar ist, welche Fragen nur private und idiosynkratische Fragen sind und bleiben. Die Entscheidung, ob eine Frage eine private Frage ist oder eine öffentliche, kann auch hier wieder nur von den Subjekten im Diskurs mit anderen getroffen werden. Eine private Frage wird dann eine öffentliche, wenn die Person überzeugend darlegen und zeigen kann, dass ihr Thema für viele und für das Gemeinwohl der Gesellschaft relevant ist. Privatheit ist dort, wo die Subjekte sich dafür entscheiden, ein Thema für sich und für andere als etwas eigenes, das nicht für alle relevant ist, zu erhalten. Privatheit ist die Perspektive des Subjekts auf sich selbst, aus der es sich für die Freiheit entscheidet, Themen nicht oder nicht nach den Regeln des Öffentlichen zu kommunizieren. Es ist die Perspektive, aus der heraus es sich selbst entwirft, für sich und andere sorgt. Dies kann zwar vor den Augen der Welt geschehen, aber das Subjekt kann hier Privatheit, also die Freiheit von Begründung und Legitimation, verlangen.

Öffentlichkeit und Privatheit sind also nur mehr Reflexionsperspektiven von Subjekten, die sich selbst immer wieder neu entwerfen und ihre Gesellschaft gestalten. Aus dieser Dynamisierung des Öffentlichen und des Privaten ergibt sich notwendigerweise der analytische Blick auf das Subjekt. In dem Maße, in dem es keine von außen anzulegenden Kategorien zur Einteilung mehr gibt, hat das Subjekt die Chance und die Qual der permanenten Debatte zur Gestaltung des Gemeinwohls - und des Privaten. Wie - ist daher die relevante Frage – müssen solche Subjekte beschaffen sein, welche Kompetenzen müssen sie aufweisen, um diese Reflexionsperspektiven anlegen zu können?

2. Individuelle Konflikterfahrung und Subjektivität

Im Teil " habe ich mehrere Fragen verfolgt, die sich alle um die Subjekte der Demokratie drehten und die ich im Zusammenhang mit den Argumentationsschritten noch einmal rekapitulieren und für meine gesamte Diskussion positionieren will.

In einem ersten Schritt ging es darum, die Verflüssigung des Öffentlichen hinsichtlich der Themen und der Orte - wie ich im ersten Teil der Arbeit gezeigt habe – auf die Frage der kulturellen Integration zu beziehen. Der Ausgangspunkt war banal: In den Öffentlichkeiten werden Themen verhandelt, die konflikthaft sind. Helmut Dubiel hat dafür argumentiert, die Konfliktfähigkeit von Gesellschaften zum Ausgangspunkt von Integration zu nehmen. Dies gilt seiner Ansicht nach für Gesellschaften, die sich nicht mehr auf unhintergehbare Gewissheiten und Traditionen beziehen können, sondern denen alle Aspekte des Lebens fragwürdig werden können. Folgt man nicht der neokonservativen Strategie, neue Traditionen aus Gründen der Funktionsfähigkeit artifiziell zu generieren und zu propagieren, dann bleibt nur noch die Perspektive, den Konflikt als konstruktives Movens des Konsenses zu verstehen. Diese Perspektive konnte ich systematisch mit der These verbinden, dass die Impulse für Debatten in den politischen Öffentlichkeiten aus der lebensweltlichen Erfahrung der Subjekte kommen. Ein für moderne Demokratien relevanter Typus von Konflikten sind Identitätskonflikte, in denen es um die Anerkennung der Person, als die, die man ist, oder als Angehörige einer nicht majoritären Lebensform geht. Identitätskonflikte entziehen sich in gewisser Weise einfachen vertraglichen Konsensregelungen und müssen anders, nämlich durch Debatten auf der Basis der individuellen Kompetenz zur Anerkennung der Anderen als Subjekte, gelöst werden. Mein zentrales Argument zur Verknüpfung der kollektiven politischen Ebene mit der individuellen Ebene war, dass Identitätskonflikte an Identitäten und ihre Konflikte geknüpft und nicht abstrakt vorstellbar sind. Die Identitätskonflikte,

die auch Dubiel im Auge hat, werden von den Subjekten als biographische Konflikte und Kränkungen erfahren.

In einem zweiten Schritt konnte ich mit den Identitätstheorien von George Herbert Mead und Erik Erikson den Zusammenhang zwischen kollektiven und individuellen Identitäten und dem politisch relevanten Konflikt und der persönlichen Krise klären. Die Bildung von Identität ist ein intersubjektiver Prozess, in dem eine Person gleichzeitig individuiert und vergesellschaftet wird. Sozialer Wandel, die Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Deutungen und Verhältnisse und persönliche Wünsche und Reifungskonflikte können zu Identitätskrisen führen, die Lernprozesse und eine gereifte Identität zur Folge haben können. In der als persönliche Krise erfahrenen Konfliktsituation können sich gesellschaftliche und persönliche Entwicklung sowie öffentliche und private Deutungsmuster und Handlungsorientierungen zu Fragen des Gemeinwohls verdichten, wenn die Subjekte ihre Erfahrungen in die Identität integrieren und versprachliehen können. Damit werden sie zu Argumentationen, sind der Kritik zugänglich und können in den Debatten der politischen Öffentlichkeiten verhandelt werden.

Mit Erikson wird Meads kognitivistische Perspektive um die Komponente der psychodynamischen Entwicklung angereichert. Meads Konzeption ist im Wesentlichen als Kompetenztheorie rezipiert worden. Die Bildung von Identität wurde als Anhäufung von sozialkognitiven Kompetenzen bezüglich des moralisch-praktischen und instrumentellen HandeIns verstanden.

Mit Erikson und der Psychoanalyse können wir Konflikte und Krisen als Entwicklungsschritte in der Persönlichkeitsreifung verstehen, die sich auf eine Integration von gesellschaftlichen Ansprüchen sowie sozialkognitiven und psychodynamischen Kompetenzen beziehen. Dabei handelt es sich um eine komplexe Dynamik, in der die gesellschaftlichen Möglichkeiten und Einschränkungen, die den Subjekten angeboten bzw. zugemutet werden, individuell reflektiert zur Reifung der Person auf neuem Niveau oder zur Fixierungen konfliktiver Elemente in der Persönlichkeitsstruktur führen können. In der persönlichen Entwicklung sind hier individuelle Reifung, kollektive Deutungsvorgaben und neurotische Fixierungen so miteinander verknüpft, dass idiosynkratische Verzerrungen der ‚idealen, alle Haltungen beinhaltenden Identität' quasi .norrnal' sind und die biographische Konflikterfahrung strukturieren. Die Deutungskrisen werden also als persönliche Krisen, Kränkungen und Konflikte erfahren und speisen in ihrer Besonderheit die Impulse für die öffentlichen Debatten.

In einem dritten Schritt habe ich das Konzept des Subjekts in der politischen Theorie und die darauf gerichtete feministische Kritik rekonstruiert. In dieser Auseinandersetzung zeigt sich, dass die Genderfrage in die theoretische Konstruktion von Demokratie hineinreicht. Das bürgerliche Individuum ist männlich konnotiert und basiert auf dem systematischen Ausschluss spezifi-

scher Elemente von Persönlichkeit, wie Bindung und Fürsorge. In diesem Zusammenhang ist Benhabibs Diskussion über die Unterscheidung von Fragen der Gerechtigkeit und des guten Lebens von besonderer Relevanz. Wenn die Impulse für die Debatte in den politischen Öffentlichkeiten aus der Lebenswelt der Subjekte kommen, wie kann dann die Rationalität des politischen Subjekts davon abhängen, dass es seine biographischen und lebensweltlichen Erfahrungen abspaltet?

Diese Auseinandersetzung hat uns – in einem vierten Schritt – zu der theoretischen Konzeption von Jessica Benjamin geführt, die selbst ganz gezielt an eine Argumentationsfigur der politischen Theorie - die HegeIsche Überlegung zur Bewegung der Anerkennung - anknüpft und aus der Perspektive der feministischen Psychoanalyse diskutiert. Mit der Rezeption von Jessica Benjamins Theorie der Anerkennung haben wir Meads und Eriksons Konzeption weiter differenzieren und mit »Gender« als spezifischer Fassung individueller Identität ausstatten können. Schon die Diskussion des politischen Subjektes in den frühmodernen, aber auch zeitgenössischen politischen Theorien und Sozialphilosophien hat gezeigt, dass das Individuum systematisch als geschlechtsspezifisch formuliertes konzipiert werden muss. Zumindest die Gesellschaften, die wir kennen, organisieren Identität geschlechtsspezifisch. Auch sehr grundlegende Identitätskonzeptionen wie die von Mead müssen letztlich in der Konkretisierung anhand der Kategorie »Gender« und ihrer Bedeutung für die soziale Realität - in unserem Fall die Frage von Demokratie und Partizipation - umformuliert werden. Erikson bedenkt zwar »Gender« als Kategorie in der Tradition der Psychoanalyse, aber gerade darin verwechselt er historische und empirische Gegebenheit mit konzeptioneller Begrifflichkeit." Benjamin nutzt die Denkmodelle der Psychoanalyse, aber überprüft sie kritisch auf ihre affirmativen Gehalte. So gewinnt sie einen Grundbegriff der Anerkennung, der es ihr ermöglicht, empirische Verhältnisse zu hinterfragen. Dies ist auch relevant vor dem Hintergrund, dass die demokratietheoretisch interessanten Identitätskonflikte unter anderem Konflikte um den geschlechtsspezifisch differenzierten Ausschluss von Partizipation wie auch um die damit verknüpfte Infragestellung der Theoriekonstrukte der politischen und soziologischen Theorien und sozialphilosophischen Konzeptionen sind. Das Subjekt, von dem wir reden, hat ein »Gender« und

73 Diesen Punkt habe ich hier nicht aufgeführt, weil Eriksons Fassung geschlechtsspezifischer Identität in unserer Debatte nicht weiterführt. Er geht davon aus, dass die geschlechtsspezifische körperliche Erfahrung die Deutungsmuster der Subjekte mitstrukturiert. So versteht er z. B. Weiblichkeit als durch die Erfahrung eines inneren Raumes gestaltet. Inwieweit solche Vorstellungen sinnvoll sind, ist für uns nicht relevant, da sie sich ganz sicher nicht auf die Frage von Partizipation am demokratischen Prozess beziehen lassen. Zu Eriksons Konzeption der Geschlechter vgl. z. B. Erikson 1973, 1981.

dieses »Gender« muss sowohl theoretisch reflektiert als auch empirisch zur Kenntnis genommen werden.

Die andere oben genannte Differenzierung der Konzeption von Mead beruht auf Benjamins Blick auf die Erzeugung und Gestaltung von Differenz. Meads Begriff der .Hereinnahme der Haltungen der anderen" lässt offen, was es bedeutet, wenn bestimmte Haltungen nicht hereingenommen oder abgelehnt werden. Mead beschreibt eine Potenzialität, nämlich die Möglichkeit eines .universal discours', in dem *alle* Subjekte potenziell *alle* Haltungen dieser Welt antizipieren können." Die Frage, welche Umstände ein Subjekt dazu bringen, bestimmte Haltungen aufzunehmen und andere nicht, wird aus der Perspektive der klassischen Psychoanalyse mit dem Verweis auf die Abwehrmechanismen (z. B. Verdrängung, Verschiebung oder Abspaltung) beantwortet. Die Abwehrmechanismen helfen im Krisenfall, also bei der Überforderung des schwachen »Ich«, indem sie für die Ich-Identität unerträgliche Inhalte und Geftihle abwehren, die so unbewusst werden. Diese Inhalte werden von der potenziellen Versprachlichung ausgeschlossen und sind der Auseinandersetzung nicht mehr zugänglich." Jessica Benjamin hat anhand des Konzeptes der Anerkennung dieses Interaktionsgeschehen analysiert und uns Begriffe an die Hand gegeben, mit denen wir die Konflikte um Identität als biographische Erfahrung der Missachtung in sozialen Beziehungen beschreiben können.

Benjamins Anerkennungstheorie ist für uns auch deshalb relevant, weil die Diskussion um die Bedeutung von Konflikten für die Integration von Gesellschaften systematisch mit dem Umgang mit Differenz verknüpft ist. Die Identitätskonflikte, von denen Dubiel ausgeht, sind Konflikte um die Anerkennung von Differenz auf einer politischen Ebene. ‚Das Gleiche' anzuerkennen und an der Macht zu beteiligen ist aus der Sicht der Demokratietheorie unproblematisch. Die Anerkennung des Anderen, oder, umgekehrt formuliert, die Anerkennung als die Person, die man ist, die also im weitesten Sinn wertvoll und gleichberechtigt ist, obwohl sie anders sein kann, ist - neben den Verteilungskonflikten - die zentrale Konfliktachse in modemen Gesellschaften.

Die Konflikte um Anerkennung werden nicht im leeren Raum geftihrt. Deshalb habe ich mich in einem letzten, ftinften Schritt auf die Theorie von Jürgen Habermas bezogen, der die Bildung von Identität in Meadscher Tradition als Aufbau von Kompetenzen versteht und sie in einem Horizont von unhinterfragten Deutungen positioniert. **In** seinem Konzept der Lebenswelt, die rationa-

74 Für Habennas ist dies ein Ansatzpunkt für die Konzeption einer Weltgesellschaft und eines moralischen Universalismus (Habermas 1981, 1983). Doch hier ist es notwendig zu klären, wie der Umgang mit Differenz als Voraussetzung für eine universalistische oder zumindest demokratische Position in politischen Fragen möglich ist.

75 Ich danke Wolfgang Schneider für diesen Hinweis.

lisierbar ist, bietet Habermas eine systematische Dynamisierung des privaten Bereichs, die der Dynamisierung des Öffentlichen entspricht. Aus dem privaten Raum wird so eine Ordnungsperspektive auf fragwürdig gewordene Gewissheiten und Deutungskonflikte. Privatheit wird so zu einer Kategorie, mit der die Subjekte in ihrem alltäglichen Handeln ihre Erfahrungen ordnen. Durch bestimmte sozialkognitive Kompetenzen können die Subjekte ihre Erfahrungen entweder als privat oder öffentlich kategorisieren und die entsprechenden Kommunikationsregeln zur Bearbeitung anwenden. Im kompetenztheoretischen Teil der Habermasschen Identitätstheorie gibt er uns Begrifflichkeiten an die Hand, mit der die Subjekte quasi Kategorien bilden können, um zu unterscheiden, welche Perspektive sie im welchem Konfliktfall einnehmen wollen. Sie müssen und sie können sich bei einer biographischen Irritation fragen, ob es sich um einen Problemfall der objektiven, sozialen oder subjektiven Welt handelt und mit welchen Geltungsansprüchen und Gründen hier Kritik geübt werden müsste. Diese Akte der Prüfung sind die Voraussetzung um entscheiden zu können, ob eine Irritation als Konflikt in die öffentliche Debatte um das Gemeinwohl eingeführt werden sollte und wie von anderen in die Debatte gebrachte Konflikte hinsichtlich des Gemeinwohls beurteilt und zum .cornmon good' generalisiert werden können.

Allerdings habe ich in meiner Habermas-Rezeption einen kritischen Punkt herausgearbeitet, der mit der moralphilosophischen und demokratietheoretischen Diskussion um die Fragen des richtigen und guten Lebens zusammenhängt. Die Konflikte der subjektiven Welt werden bei Habermas als idiosynkratische Konflikte gefasst, die einer kritischen Argumentation nicht zugänglich sind. Der Geltungsanspruch der Wahrhaftigkeit, der hier angewendet werden muss, kann nur durch Handlung verifiziert werden. Dies widerspricht einerseits den Handlungen der Alltagssubjekte selbst, die zunehmend ihre Ansprüche an die gleichberechtigte Gestaltung von privaten Beziehungen als Anerkennungskonflikte thematisieren und diese Anerkennung systematisch einfordern. Diese Identitätskonflikte scheinen den Subjekten durchaus als durch Argumentation und Kritik lösbar zu sein. Habermas hat insofern recht, dass die Lösung dieser Konflikte sich *letztlich* in der Handlung der Anerkennung zeigt, aber der Weg dahin scheint aus der Perspektive der Subjekte Argumentation und Kritik zu sem.

Diese Alltagserfahrung korrespondiert nun mit der theoretischen Frage nach den Impulsen für die öffentlichen Debatten. Aus der Diskussion um Öffentlichkeiten habe ich die These gewonnen, dass für das Gemeinwohl relevante Fragen nicht von *vornherein gewusst* werden können, sondern jeweils konkret im Diskurs erprobt werden müssen. Die Diskursteilnehmer müssen für sich und für andere klären, ob hier generalisierbare normative Fragen betroffen sind oder

nicht. Diese Unterscheidung entspricht in der moralphilosophischen Debatte der Differenz vom richtigen und guten Leben und von Norm und Sittlichkeit. Doch schon in dieser Debatte haben Seyla Benhabib und Iris Young gezeigt, dass auf der kategorialen Ebene die strenge Unterscheidung zwischen Fragen des guten Lebens und den Fragen der Gerechtigkeit in spätmodernen Gesellschaften so nicht durchgehalten werden kann. In den demokratietheoretisch und politisch relevanten Identitätskontlikten sind von vornherein subjektive und soziale Elemente so verwoben, dass sie erst nach der Debatte voneinander getrennt werden können. Themen, die in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts als ganz und gar privat verstanden wurden - wie z. B. die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Familien und die Beteiligung von Frauen an der Erwerbsarbeit - werden heute als das Gemeinwohl betreffende Fragen debattiert. Damit ist in diesem Fall noch nichts über die individuelle Gestaltung des Konfliktes gesagt, sondern nur eine Einordnung hinsichtlich der normativen Relevanz vorgenommen worden. Die Freiheit der Subjekte, an ihrer Privatheit festzuhalten, liegt in diesen Fällen darin, ihr Leben so gestalten zu können, wie sie es wollen. Die für das Gemeinwohl relevante Ebene in diesen Fällen liegt in einer systematischen Debatte dieser Frage in den politischen Öffentlichkeiten als Identitätskonflikte.

Für uns ist als Interpretationsrahmen für die Bearbeitung von empirischem Material relevant, die Verwobenheit von individueller Konflikterfahrung und Möglichkeiten der Konfliktlösung einerseits und der Generierung von öffentlich relevanten Themen und Lösungen von Konflikten als Integrationsmechanismus einer Gesellschaft andererseits zu reflektieren. Auf den Punkt gebracht heißt das, dass die Frage, welche Konflikte als öffentlich relevant erscheinen und mit welchen Strategien sie gelöst werden, logisch mit den individuellen Kompetenzen der Konfliktzuordnung und den Lösungsstrategien zusammenhängen. Es ist nicht vorstellbar, dass Gesellschaften als Kollektive Konflikte durch Transparenz und Debatte lösen, wenn die Subjekte dieses Kollektivs ihre biographischen Konflikte als unlösbar, überschwemmend und nur idiosynkratisch kränkend erleben und ihre Lösungsstrategien in Manipulation, Verschweigen oder Gewalt liegen.

Wenn aber die Alltagssubjekte ihre Identitätskonflikte als rational debattierbar und der rationalen Argumentation zugänglich betrachten, liegt es im Bereich ihrer Möglichkeiten, öffentliche Debatten in diesem Sinne zu strukturieren und Gemeinwohl zu generieren, das auf der Anerkennung der Differenz basiert.

Ich werde dieser Frage noch einmal sozusagen von der anderen Seite - nämlich von der Seite politischen Kultur und der Gestaltung des Öffentlichen her gedacht - nachgehen, um die Verzahnung von individueller Erfahrung und politischer Integration zu betrachten.

3. Politische Kultur und sozio-kulturelle Integration in modernen Gesellschaften

Die politische Kultur einer Gesellschaft kann gemessen werden an ihren Vorstellungen von demokratischer Teilhabe, Mechanismen der Konfliktregelung, Institutionen der Interaktion zwischen Regierungen und Bevölkerung und nicht zuletzt an der Lebendigkeit einer politischen Öffentlichkeit, in der relevante Themen, die das Gemeinwohl einer Gesellschaft betreffen, generiert, debattiert und auf ihre Bedeutung für politische Prozesse hin geprüft werden. Die politische Kultur einer Gesellschaft ist mithin der Horizont der diskursiven Selbst-Verständigung, innerhalb dessen normative Regelungen des sozialen und politischen Umgangs, Formen des Umgangs mit Konflikten und mit Differenzen sowie die Art der Generierung des Gemeinwohls situiert sind.

Demokratie ist dann vital, so die These aus den beiden vorangegangenen Kapiteln, wenn Akteure die Diskurse des Politischen in alle gesellschaftlichen Gruppen tragen, und umgekehrt deren Diskurse und Themen in die Sphäre des Politischen übersetzen. Die Orte dieser Debatte sind politische Öffentlichkeiten wie auch deren Vielfältigkeit, Pluralität und Vitalität bezüglich der Subjekte und der Themen.

Der Grad der Demokratisierung einer Gesellschaft kann dann daran gemessen werden, inwiefern sie den handelnden Subjekten Orte der Debatte zur Verfügung stellt: Werden politische Themen öffentlich verhandelt, gibt es eine freie und diskussionsfreudige Presse, werden politische Programme und Pläne transparent debattiert, erfahren die Subjekte ‚ihre' politischen Vertreter als TeilnehmerInnen an diesem Gespräch, erleben sie sich als Adressaten einer Debatte und als machtvolle Diskutanten im öffentlichen Diskurs, den die politischen Regierungen auch hören? Dies sind Fragen, die die Vorleistung betonen, die die politischen Institutionen den Subjekten bringen *müssen,* um Teilhabe zu ermöglichen. Politische Apathie in einer Gesellschaft ist daher eher nicht das Problem der ‚egozentrischen' oder ‚faulen' Subjekte, sondern sie ist einer fatalen Dynamik in der Gesellschaft geschuldet, in der private Diskurse und politisch-öffentliche Diskurse immer mehr auseinanderfallen und nicht mehr miteinander verknüpft werden.

In einer vitalen Demokratie – so möchte ich noch einmal zusammenfassen - finden wir eine politische Kultur, in der relevante politische Themen mit den Erfahrungen und Deutungen der Alltagssubjekte verknüpft werden. Wie können wir uns diese Verknüpfung in ihrer Systematik, also die Verknüpfung von kollektiven, politisch-öffentlichen Deutungen und Identitäten mit privat-individuellen Deutungen, vorstellen?

In einem ersten Schritt müssen wir festhalten, dass die für das Gemeinwohl relevanten Themen von den Alltagssubjekten als biographische und individuelle Fragen erlebt, erfahren und gedeutet werden. Sie erleben Krisen der Bildungspolitik, zunehmende Arbeitslosigkeit oder ökologische Konflikte als Brüche, Bedrohungen oder Ereignisse ihres Lebens: Die Kinder haben Probleme in der Schule, Menschen sind arbeitslos und verzweifelt, Krankheiten oder steigende Preise zerstören Zukunftspläne und Hoffnungen auf ein glückliches Leben. In ihren privaten Deutungen reflektieren Subjekte diese Erfahrungen in idiosynkratischer Weise, die die kollektiven Deutungen immer spiegeln, variieren oder verwerfen. Individuen, die keine Elemente kollektiver, öffentlicher Deutungen reflektieren, sind nicht vorstellbar, da sie nicht außerhalb der gesellschaftlichen Kommunikation existieren können. Über den zweiseitigen Prozess der Identitätsbildung[76] sind Individuen nur zu Subjekten geworden durch die Integration in den Deutungshorizont ihrer Gesellschaft. Aus eben diesem Grund ist auch ein Subjekt, das nur kollektive Identität .ist', nicht vorstellbar, denn die andere Seite des Vergesellschaftungsprozesses, nämlich die Individuierung, reflektiert spezifische, okkasionelle und akzidentielle Kombinationen von kollektiven Elementen und erzeugt neue Elemente der kollektiven Identität. Nur so ist sozialer Wandel und sozio-kulturelle Differenzierung vorstellbar. Allerdings ist die individuelle Identität mit ihren privaten Deutungen immer nur eine auszugsartige Reflexion der kollektiven Deutungsmuster und Identitäten.

In der Rekonstruktion der Entwicklung von Subjektivität und Identität habe ich auf der psychodynamischen Ebene gezeigt, dass die Basis zur Gestaltung von Konflikten der Umgang mit Differenz ist. Mit Helmut Dubiel, der die Hegung von Konflikten als Integrationsmechanismus von modemen Gesellschaften begreift, können wir also die Hegung von Konflikten und die Anerkennung von Differenz als die Gelenkstelle zwischen kollektiver und individueller Identität begreifen: In der biographischen Erfahrung sind kollektive Aspekte von Identität und politisch-öffentliche Deutungsmuster einerseits sowie individuelle Aspekte von Identität und private Deutungsmuster andererseits miteinander verschmolzen. Die biographische Erfahrung und die individuelle Deutung dieser Erfahrung sind die ersten Stufen, die den Generierungsprozess von Inhalten der politischen Kultur kennzeichnen. Im kommunikativen Prozess, der Interpretation der Erfahrung des Selbst mit sich und mit anderen, werden dann die idiosynkratischen Aspekte von öffentlich relevanten Aspekten der Deutungen von den gemeinwohlgenerierenden Aspekten getrennt. Die Trennung der Aspekte ist selbst ein kommunikativer und vor allen Dingen argumentativer Prozess, der auf der Anerkennung der Differenz von privaten Deutungen und politisch-

76 Vgl. meine Rekonstruktion von Mead und Erikson in Kap. 11.2.

öffentlichen Deutungen und der Anerkennung der Legitimität von privaten Deutungen basiert. Die Umarbeitung von privaten Deutungen und individuellen Aspekten von Identität in politisch-öffentliche Deutungen verlangt von den Subjekten die kommunikative Leistung der Interpretation und der Anerkennung von differenten Deutungen. Psychodynamisch setzt dies voraus, die Erfahrung von Differenz ertragen zu können und gleichzeitig den Konsens zu suchen.

Neben der in der Auseinandersetzung mit anderen formulierten *Argumentation,* in der politisch-öffentliche Deutungsmuster generiert werden, gibt es als Umarbeitungsweg von der privaten zur öffentlichen Deutung noch eine weitere Form, nämlich die Forderung nach Anerkennung der anderen Lebensform. Hier wird möglicherweise nicht zum Modus der argumentativ vorgetragenen Kritik gegriffen, sondern die Kritik wird quasi gelebt, sie ist eine empirische Kritik[77], insofern, als dass sie durch ihre schiere Existenz als anderes Leben eine Differenz oder einen Konflikt mit den hegemonialen Deutungsmustern der Gesellschaft formuliert.

Kulturelle Konflikte um Deutungen sind aus der Perspektive des Privaten zunächst immer Identitätskonflikte. Erst im Prozess trennen sich Interessensfragen, die durch Aushandlungsprozesse um Güter geregelt werden, und Identitätsfragen, in denen die Anerkennung der biographischen Erfahrung als politisch-öffentliche und das Gemeinwohl der Gesellschaft betreffende Konflikte gedeutet und damit ausgehandelt werden müssen."[78]

Die Verknüpfung von privat-individuellen Deutungen mit politisch-öffentlichen Deutungen und die in der politischen Kultur einer Gesellschaft formulierten Regulierungsmechanismen für Konflikte basieren auf der prinzipiellen Anerkennung von Differenz und auf dem Mechanismus der kommunikativen Einigung mit sich oder mit anderen im Interpretationsprozess. Aspekte kollektiver Deutungsmuster, biographische Erfahrungen und private Deutungen sind hier miteinander verschmolzen und werden erst im Prozess der Interpretation voneinander getrennt und dadurch handhabbar. Die Durchlässigkeit von Deutungen in beide Richtungen, die Verwobenheit von privaten und öffentlichen Deutungen, die nur diskursiv aufgehoben werden kann, garantiert die Vitalität einer Gesellschaft und kennzeichnet ihre politische Kultur.

Westliche Gesellschaften können – bei aller berechtigter Kritik hinsichtlich Ungleichheit, Nord-Süd-Ausbeutung, und sozialer Ungerechtigkeit - charakterisiert werden durch ein Zusammenspiel von gesetzlicher Regelung und politisch lancierter Debatte auf der einen Seite und den tendenziell unabhängigen Diskursen in Wissenschaft, Philosophie, Medien und unter der interessierten

77 Zum Begriff der empirischen Kritik vgl. Eckart 1990.

78 Vgl. Langenohl (2001), der diese Unterscheidung bezüglich der Auseinandersetzung um kollektive Erinnerungen und ihre Auswirkungen auf den Demokratisierungsprozess in Russland vornimmt.

Bevölkerung auf der anderen Seite. Im Gegensatz dazu hat beispielsweise die Kommunistische Partei in der UdSSR beansprucht, alle Diskurse selbst zu bestimmen und in ihrem Vollzug zu gestalten. Inwieweit dies gelungen ist, würde bei einer Analyse der politischen Kultur der UdSSR oder Russlands eine zweite notwendige Untersuchungsperspektive darstellen." Für die Gestaltung des Alltagslebens, für die interpretativen Freiräume der Subjekte und den kulturellen Deutungshorizont der Gesellschaft ist die einseitige Vorgabe der Deutungsmuster durch den Herrschaftswillen einer Partei zunächst von außerordentlicher Bedeutung. Dieser Herrschaftswille bestimmt dann auch die Abgrenzungen und Umdeutungen, die die Subjekte im Alltag an den hegemonialen Deutungsmustern vornehmen. Letztlich sind die gestalterischen Leistungen der Subjekte ohne die andere Seite des hegemonialen Rahmens nicht analysierbar. Es ist von zentraler Bedeutung für den kulturellen Horizont einer Gesellschaft, ob die privaten Deutungen der Subjekte als notwendige Gestaltungselemente der gesellschaftlichen Sphären gesehen werden oder ob jede private Deutung eine Art Gegenwelt gegen einen staatlichen hegemonialen Anspruch kreiert. Man kann sich also vorstellen, dass die grundlegenden hegemonialen Deutungsmuster den Gesamtrahmen für Selbstinterpretation und Positionierung in der Gesellschaft abgeben - dies allerdings nicht in direkter wörtlicher Übertragung, sondern tatsächlich auf der Ebene der basalen Interpretation der Verhältnisse.[80]

Wenn wir nun mit Dubiel die kulturelle und soziale Integration von Gesellschaften über den Mechanismus der Konflikthegung verstehen, müssen wir in zwei Richtungen blicken, um unsere Frage nach der Einbindung von Subjekten in demokratische Prozesse zu beantworten:

Die eine Richtung ist die des kulturellen Horizontes und der hegemonialen Deutungsmuster der Gesellschaft. Welche Regelungen für Konflikte sind gesellschaftlich vorgesehen und institutionell bereitgestellt? Mit welchen Kategorien werden normative Konflikte interpretiert und welcher Platz ist für sie im politischen Diskurs vorgesehen? Welche Konfliktinterpretationen werden politisch und öffentlich positiv sanktioniert und als der Norm entsprechend gewertet? Wie wird Differenz und Identität konzeptualisiert? Das gesellschaftliche Koordinatensystem, das diese Bereiche strukturiert, gestaltet für die Subjekte den Deutungshintergrund, innerhalb dessen sie ihre biographischen Erfahrungen interpretieren.

---

79 Die Bedeutung dieses totalitären Anspruchs und der tatsächlichen Macht der politischen Führung in der UdSSR, die hegemonialen Deutungsmuster in einem politischen Akt vorzugeben, habe ich untersucht in Ritter 2000a, 2000b, 2000c. Vgl. zum Zusammenhang der diskursiven Gestaltung der Zivilgesellschaft auch die beiden Sammelbände Ritter 2001 und Ritter! Wattendorf 2002.

80 Diesen Zusammenhang betrachte ich detailliert in meiner empirischen Untersuchung über neue Lebenswelten im heutigen Russland (Ritter i. E. 2008).

Die zweite Blickrichtung für die Frage der Demokratisierung ist somit die private und individuelle Konfliktgestaltung. Hier müssen wir uns fragen, mit welchen Selbstentwürfen die Subjekte sich in der Welt positionieren. Und: Mit welchen Kategorien interpretieren sie Identitätskonflikte und wie sehen ihre privaten Strategien der Konfliktregelung aus? Erleben sie Konflikte als schiere Bedrohung oder gibt es Formen der .Hegung" (Dubiel), die die Lösung von Konflikten und die Einhaltung der Anerkennungsbalance ermöglichen?

Wenn die Konflikte im Öffentlichen durch gehegte Debatten reflexiv werden und damit ein Konsens über die Lösung des Konflikts erzeugt werden kann, können wir uns vorstellen, dass auch biographische Konflikte durch Debatte und Argumentation für die Subjekte reflexiv und selbst-integrierend wirken werden. Ebenso können wir uns vorstellen, dass das Transparentmachen von Motiven, von Kränkungen und Wünschen zum Weg der Konfliktlösung wird, den die Alltagssubjekte mit Argumentationen über Anerkennung und Missachtung und die Gestaltung von Beziehungen in ihrem Privaten beschreiten und dann auf öffentliche Debatte übertragen können.

Hier an diesem Punkt, nämlich der Regelung von Konflikten durch Erläuterung, Transparentmachen und Anerkennung ist die Schnittstelle zwischen der politischen Kultur und der soziokulturellen Integration einer Gesellschaft, denn die Teilnahme am politisch-öffentlichen Prozess setzt einen kreativen Umgang mit sich selbst und die Entwicklung von Ausdrucksformen und Vorstellungen voraus.

Privatheit ist damit mehr als nur eine Ressource für das ‚eigentlich relevante' Öffentliche oder eine Residualkategorie für das Ungedeutete, sie ist in ihrer Eigenständigkeit und als geschützter Raum ein notwendiger und unhintergehbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Prozesses. Sie ist - wie auch die Sphäre der Öffentlichkeiten - letztlich eine Perspektive des Subjektes auf sich und auf die Welt und der daraus folgenden mit Gründen zu erläuternden Einschätzung, dass manche Aspekte öffentlich relevant sein sollten bzw. der autonomen Einschätzung, dass manch andere Aspekte ohne Begründung Teil des privaten Selbstentwurfes bleiben.

4. Privatheit und Demokratie

Zuletzt möchte ich mich noch einmal mit den Bedingungen gelingender Privatheit und Öffentlichkeit und den damit verknüpften gelingenden demokratischen Prozessen befassen. Das Gelingen von demokratischen Entscheidungen, die Integration von Individuen in die demokratischen Verfahren und die bindende, d.h. legitimierende Kraft dieser Verfahren hängt also von mehreren gesell-

schaftliehen Prozessen ab. Ich möchte hier drei Ebenen unterscheiden: Die Ebene der Interessenlagen und sozialstrukturellen Voraussetzungen von Partizipation, die Ebene der Öffentlichkeit und des politischen Systems und zuletzt die Ebene der Privatheit als Voraussetzung der subjektiven und kollektiven Partizipation an demokratischen Prozessen.

4.1 Interesse. Erwerb und Verteilung

Zunächst müssen auf der Ebene der Auseinandersetzung um Verteilungsfragen, die aufInteressenlagen gründen, tatsächlich Verfahren bereitgestellt werden, die den Subjekten ermöglichen, ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Gleichberechtigte Partizipation an den Gütern der Gesellschaft wie Einkommen, Besitz und Lebensqualität müssen als strukturelle Ausgangslagen für demokratische Prozesse bereitgestellt werden. Manifestieren sich in Gesellschaften Erfahrungen von dauerhafter Benachteiligung hinsichtlich Einkommen, Bildungschancen, Alterssicherung, Wohnsituation und Kaufkraft, dann werden die Individuen zunehmend die legitimierende Kraft von demokratischen politischen Prozessen bezweifeln und kritisieren. Viele Auseinandersetzungen der Gegenwart sind Auseinandersetzungen um die harten sozialstrukturellen Fakts, die die Basis von Partizipationsprozessen darstellen. Dazu gehören auch die Kämpfe um Machtpositionen in der Erwerbswelt und in der politischen Sphäre, in denen einzelne Gruppen ausgeschlossen waren, ausgeschlossen sind oder die vom Ausschluss bedroht sind und die an den Entscheidungen über Verteilungen beteiligt werden wollen. Zu diesen Gruppen gehören z. B. Frauen, MigrantInnen, Menschen mit Migrationshintergrund, pauperisierte Schichten, von Bildungsprozessen abgekoppelte Gruppen, behinderte Menschen oder zunehmend auch alte Menschen. Ebenso gehören auf diese Ebene die Auseinandersetzungen um die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Absicherung von Frauen, die wg. Kinder- oder Elternbetreuungszeiten aus dem Arbeitsmarkt und dem Rentensicherungssystem ausscheiden, die Sicherstellung von Betreuungsplätzen für Kinder für beide Eltern und die finanzielle Anerkennung von Betreuungszeiten generell. Gesellschaften müssen also Verfahren bereitstellen, die diesen Ansprüchen der Subjekte auf gerechte Verteilung von Ressourcen Raum geben, sie zu formulieren und die Verteilungen auszuhandeln.

4.2. Partizipation am politischen System und an öffentlichen Diskursen

Auf dieser Ebene geht es um das Bereitstellen von Räumen der Entscheidung. Es handelt sich dabei um die demokratischen Wahlverfahren auf allen Ebenen wie Kommunen, Länder und Staat, durch die politische Entscheidungen getroffen werden. Zudem gehört auf diese Ebene der Partizipation die Möglichkeit zur Gründung von Organisationen der Interessenvertretung wie Parteien, Gewerkschaften oder Verbände, die wiederum selbst intern nach demokratischen Verfahren wie Wahlen und Debatten organisiert sein müssen, um legitimatorische Bindung entwickeln zu können.

Ebenso ist hier auch die Bereitstellung von Räumen für die Entwicklung von Öffentlichkeiten gemeint. Das heißt, dass neben den materialen Aspekten wie z.B. Bürgerhäuser, Plätze und Versammlungsorte auch die symbolischen Räume als Rahmen von Kommunikation gegeben sein müssen. Dazu gehören Kommunikationsmedien, die nicht staatlich kontrolliert werden, sondern die aus eigenem Antrieb Debatten aufnehmen und weitertreiben. Diese Medien müssen auch den Freiraum haben, Debatten zu initiieren im Sinne von Aufdecken und Enthüllen oder thematisch anbieten, Schwierig sind hier sicher Entwicklungen spätmoderner Gesellschaften, die deutlich machen, dass Medien aus ökonomischen statt aus politischen bzw. moralisch-praktischen Interessen Skandale und Debatten erzeugen, indem sie Konflikte der Gesellschaft nicht aufnehmen und aufdecken, sondern virtuell erzeugen. Doch trotz dieses Risikos der Ökonomisierung von Basiselementen des Politisch-Öffentlichen können vitale Demokratien nicht auf die Freiheit der Medien und ihr Potential zur Gestaltung des Öffentlichen verzichten.

Zur Gestaltung des politischen Raumes als Rahmen für demokratische Integration gehört selbstverständlich auch die Bereitstellung von gesellschaftlichen Räumen für die öffentlichen Debatten der Subjekte. Dies meint sowohl Möglichkeit und Förderung von Bürgerversammlungen oder anderer Formen von organisierten Debatten wie auch die Möglichkeit von zivilgesellschaftlichem Engagement und Aktivität und die Möglichkeit, andere Gleichgesinnte zu suchen, zu finden und sich zur Debatte oder Aktivität zu versammeln. Damit meine ich auch so etwas wie ein gesellschaftliches Klima, in dem Debatte, Streit und Auseinandersetzung um die Partizipation an Entscheidungsprozessen wie auch das Ringen um Anerkennung als Subjekt geschätzt und nicht als Geschwätz entwertet wird. So liegen auf dieser Ebene all die Debatten und Aktivitäten, bei denen es um die Frage der Gleichheit, Gleichwertigkeit und Anerkennung von Rechten und Identitätsentwürfen geht. Die Fragen des gerechten und guten Lebens sind hier untrennbar miteinander verschmolzen und müssen zur Debatte stehen dürfen. Neue Lebensformen, neue Konzepte von Gemeinschaft,

Alter, Erziehung oder Ernährung müssen hier zu öffentlichen Diskussion gestellt und zugelassen werden, damit demokratische Gesellschaften im Kern integrierte sind, d.h. mit sich im Gespräch bleiben und sich weiterentwickeln können.

4.3 Chancenfür Privatheit

Zuletzt möchte ich noch einmal knapp skizzieren, was die Chance auf Privatheit für demokratische Prozesse und die sozio-kulturelle Integration in die Gesellschaft bedeutet. Nachdem ich oben die Fragen der Verteilung aufgrund von divergierender Interessen und die Rahmenbedingungen für politische Praxis genannt habe, will ich jetzt noch die Seite nennen, die den Raum der Subjekte für das Gespräch mit sich, die Gestaltung von Bindung und Beziehung, mithin den subjektiven Raum des demokratischen Prozesses meint. Die Anforderungen an Subjekte in modemen Gesellschaften sind extrem hoch - herausgehoben aus unhintergehbaren Traditionen, der permanenten Notwendigkeit der Selbstorganisation und der Debatte im Wertehorizont ausgesetzt, müssen die Subjekte der Spätmodeme sich immer wieder neu entwerfen. Sie können nur an den Entscheidungsprozessen der Gesellschaft partizipieren, ja diese inhaltlich gestalten, wenn sie die Zeit und den Raum haben, ihre eigene Perspektive auf sich und die Welt immer wieder einzunehmen. Das Ruhen in der Gewissheit ist den modernen Subjekten ganz sicher nicht mehr gegeben - sie müssen und können sich immer wieder selbst verändern. Sie werden sich und den anderen immer wieder ungewiss und müssen die Gewissheiten mit anderen gemeinsam schaffen.

Diese Anforderung und diese Chance für modeme Subjekte macht die bedingungslose Notwendigkeit von Privatheit aus. Nur ein vitaler Alltag, nur lebendige Beziehungen, in denen immer wieder um Innigkeit und Nähe im Schutze der Privatheit gerungen wird, ermöglichen die Teilhabe am öffentlichen Diskussionsprozess um Konflikte.

Christel Eckart beschreibt die Entwicklungsprozesse, die möglich sind, wenn z.B. Frauen die Möglichkeit für diese Privatheit gegeben wird. In dem Maße, in dem Frauen das patriarchale Gepäck abwerfen und die Familienprivatheit nicht einfach ungefragt bereitstellen, wachsen "die Ängste vor dem Verlust fürsorglicher Beziehungen" (Eckart 2007, MS). Die Individualisierung von Frauen hat zur Folge, dass sie für die Väter und Ehemänner nicht mehr automatisch die Privatheit von Beziehungen erfüllen. So sieht Eckart die Chance für Väter, eine fürsorgliche Praxis zu entwickeln und sich selbst Territorien der Beziehungsprivatheit zu erobern:

> „Die Entscheidungsspielräume von Frauen in ihrer persönlichen Lebensführung, ob und wann mit welchem Partner sie Kinder haben wollen, erfordert von den Männern in der Partnerschaft eine Artikulation ihrer Wünsche und Abstimmung. Vaterschaft ist immer mehr das, was einer tut - sowohl gegenüber dem Kind als auch der Mutter – und nicht das, was eine soziale Position als Vater dem Mann an Attributen, Funktionen und Rechten am Kind verleiht (...) Die eigene Erfahrung, Entwicklung und Praxis in der Beziehung zum Kind können zum Motiv und Kriterium für die Gestaltung der Privatsphäre von Männern werden" (Eckart 2007, MS).

Aus diesen Veränderungen im Privaten können – so Eckart – die Impulse für politische und öffentliche Debatten werden, die das Gesicht einer Gesellschaft verändern. Die Voraussetzung dafür ist, dass Männer und Frauen Zeiten und Räume haben, sich selbst in Frage zu stellen. Die Entwicklung eines solchen starken Selbst geschieht in Beziehungen. Sich neu entwerfen, sich erproben und inneren Widersprüchen Raum zur Entfaltung zu lassen, braucht die Vergewisserung in Beziehungen und die Aushandlungen in Kommunikationsprozessen. Lebendige Demokratien basieren auf Subjekten, die die Chance für Privatheit haben und so als autonome und bindungsfähige Subjekte öffentliche Debatten gestalten. So liegt eine zentrale analytische Perspektive für die Untersuchung von demokratischen Prozessen im Blick auf die Beziehungsformen und Beziehungsgestaltungen von Subjekten im Privaten. Konfliktstrategien, Aushandlungen und Selbsteinschätzungen in sorgenden und wertschätzenden Beziehungen sind der Stoff aus dem spätmodeme Demokratien gemacht sind.

Literatur

Apel, Karl-Otto (1981): Transformation der Philosophie Bd. 1+2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag

Arendt, Hannah (1983): Vita Aktiva oder vom tätigen Leben. München: Piper Verlag

Barkhaus, Annette/ Mayer, Matthias/ Roughley, Neil! Thümau, Donatus (Hrsg.) (1996): Identität, Leiblichkeit, Normativität. Neue Horizonte anthropologischen Denkens. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag

Beck-Gernsheim, Elisabeth (1976): Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt. Zur Ideologie und Realität von Frauenberufen. Frankfurt am Main: aspekte verlag GmbH

Becker-Schmidt, Regina (1987): Die doppelte Vergesellschaftung - die doppelte Unterdrückung: Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. In: Unterkireher/ Wagner (1987): 10-25

Becker-Sehmidt, Regina/ Knapp, Gudrun-Axeli (1Irsg.) (1995): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt a. M./ New York: Campus Verlag

Bccker-Schmidt, Regina (Hrsg.) (2002): Gender and Work in Transition. Globalization in Western, Middle and Eastern Europe. Opladen: Leske + I3udrich.

Beer, Ursula (1984): Theorien geschlechtlicher Arbeitsteilung. Frankfurt a.M.: Campus Verlag

Benhabib, Seyla/ Nicholson, Linda (1987): Politische Philosophie und die Frauenfrage. In: Feteher/ Münkler (1987): 513-562

Benhabib, Seyla (1989): Der verallgemeinerte und der konkrete Andere. Ansätze zu einer feministischen Moraltheorie. In: List/ Studer (1989): 454-487

Benhabib, Seyla (1995a): Modelle des »öffentlichen Raums«, Ilannah Arendt, die liberale Theorie und Jürgen Habermas, In: Benhabib (1995b): 96-130

Benhabib, Seyla (1995b): Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag

Benhabib, Seyla (1996): Models of Public Space: Hannah Arcndt, the liberal Tradition and Jürgen Habermas. In: Calhoun (1996): 73-98

Benjamin, Jessica (1993): Die Fesseln der Liebe. Psychoanalyse, Feminismus und das Problem der Macht. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag

Bennent-Vahle, Heidemarie (1991): Moraltheoretische Fragen und Geschlechterproblematik - Überlegungen zu Gilligans Entwurf einer weiblichen Moralperspektive. In: Herzog/ Violi (1991): 45-71

Biester, Elkel Holland-Cunz, Barbara/ Sauer, Birgit (Hrsg.) (1994): Demokratie oder Androkratie. Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Frankfurt a. M./ Ncw York: Campus Verlag

Bock, Gisela/ Duden, Barbara (1977): Arbeit aus Liebe - Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Juli 1976. Berlin. 118-199

Bock, Siegfriedl Schünemann, Manfred (I-lrsg.) (2000): Zur institutionellen und personellen Transformation im außenpolitischen Bereich der Ukraine. Baden-Baden: Nomos Verlag

Bonacker, Thorsten (Hrsg.) (2002): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich

Brückner, Margrit (1987): Die janusköpfige Frau. Lebensstärken und Beziehungsschwächen. Frankfurt a.M.: Neue Kritik

Brückner, Margritl Mcyer, Birgit (Hrsg.) (1994a): Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume. Freiburg i. Br.: Kore Verlag

Brückner, Margrit (1994b): Geschlecht und Öffentlichkeit. Für und wider das Auftreten als Frau oder als Mensch. In: Brücknerl Meyer (1994a): 19-56

Brückner, Margrit (2002): Wege aus der Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Eine Einführung. Frankfurt a.M.: Fachhochschulverlag

Brumlik, Micha/ Brunkhorst, Hauke (Hrsg.) (1993): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag

Burkart, Günterl Hahn, Komelia (1998): Liebe am Ende des 20. Jahrhunderts. Neue Wege in der Soziologie intimer Beziehungen. Opladen: Leske + Budrich

Burkart, Günterl Kohli, Martin (1992): Liebe, Ehe, Elternschaft: Die Zukunft der Familie. München: Piper

Butler, .fudith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag

Butler, Judith (1993): Bodies that matter: on thc discursive limits ofsex. New York u.a.: Routlcdgc

Calhoun, Craig (llrsg.) (1996): Habermas and the Public Sphere. Cambridgc: MIT Press

Chodorow, Nancy (1985): Das Erbc der Mütter. Psychoanalyse und Soziologie der Geschlechter. München: Verlag Frauenoffensive

Cohcn, Jean L.I Arato, Andrew (1992): Civil Society and Political Thcory. Massachusetts: Cambridge University Press

Cohen, Jean L. (1993): Das Öffentliche, das Private und die Repräsentation von Differenz. Mehr Schutz für die Territorien des Selbst. In: Neue Rundschau. Heft 4. 104. Jhrg.92-98

Cohen, Jean L. (1994): Das Öffentliche und das Private neu Denken. In: Brücknerl Meyer (1994a): 300-326

Coleman, James S. (1990): Foundation of Social Theory. Cambridge: Belknap Press

Coontz, Stephanie (1994): Die Entstehung des Privaten. Amerikanisches Familienleben vom 17. bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot

Cudic, Sanda (2000): Multikulturalität und Multikulturalismus in Bosnien-Herzegowina: Eine Fallstudie zur Herausbildung, Bedeutung und Regulierung von kollektiver Identität in Bosnien-Herzegowina. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang Verlag

Cyba, Eva (1993): Überlegungen zu einer Theorie geschlechtsspezifischer Ungleichheiten. In: Frerichs/ Steinrücke (1993): 33-50
Cyba, Eva (1998): Geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation: Von den Theorien des Arbeitsmarktes zur Analyse sozialer Ungleichheiten am Arbeitsmarkt. In: Geissler/ Maier/ Pfau-Effinger (1998a): 37-62
Davis, Kathy (1991): Die Rhetorik des Feminismus. Ein neuer Blick auf die Gilligan Debatte. In: Feministische Studien. 1991. Heft 2.79-97
Diczinger, Angelika (1993): Geschlechterverhältnis und Individualisierung: Von der Ungleichheitsrelevanz primärer Beziehungen. In: Frerichs/ Steinrücke (1993): 145-158
Döbert, Rainer/ Nunner-Winkler, Gertrud (1975): Adoleszenzkrise und Identitätsbildung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Döbert, Rainer/ Habermas, Jürgen/ Nunner-Winkler, Gertrud (Hrsg.) (1980): Entwicklung des Ich. Königstein/ Ts.: Verlagsgruppe Athenäum, Hain, Scriptor, Hanstein
DubieJ, Helmut! Frankenberg, Günther/ Rödel, Ulrich (1989): Die demokratische Frage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Dubiel, Helmut (1994a): Metamorphosen der Zivilgesellschaft 1. Selbstbegrenzung und reflexive Modernisierung. In: Dubiel (1994c): 67-105
Dubiel, Helmut (1994b): Metamorphosen der Zivilgesellschaft II. Das ethische Minimus der Demokratie. In: Dubiel (1994c): 106-118
Dubiel, Helmut (1994c): Ungewißheit und Politik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Dubiel, Helmut (1999): »Integration durch Konflikt«. In: Soziale Integration. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Nr. 39. Opladen. 132-143
Eckart, Christel (1990): Der Preis der Zeit. Eine Untersuchung der Interessen von Frauen an Teilzeitarbeit. Frankfurt a.M.! New York: Campus
Eckart, Christel (1992): Der Blick in die Nähe - Fürsorglichkeit als Fokus feministischer Gesellschaftskritik. In: Die neue Gesellschaft! Frankfurter Hefte. 1992. Heft 1. 63-70
Eckart, Christel (1995): Feministische Politik gegen institutionelles Vergessen. In: Jansenf Baringhorst/ Ritter (1995): 101-112
Eckart, Christel (2001): Erfahrungen des Selbst – Kulturen des Widerspruchs. Manuskript. Kassel
Eckart. Christel (2007): Rethinking Privacy in the late Modernity - Ambivalences and Benefits. Manuskript
Elshtain, Jean Bethke (1981): Public Man, Private Woman: Women in Social and Political Thought. Princeton: University Press
Erdheim. Mario (1982): Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit, Eine Einführung in den ethnopsychoanalytischen Prozess. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Erikson, Erik H. (1973): Identität und Lebenszyklus. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Erikson, Erik H. (1975): Dimensionen einer neuen Identität. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Erikson, Erik H. (1981): Jugend und Krise. Die Psychodynamik im sozialen Wandel. Frankfurt a. M. (u. a.): Klett-Cotta! Ullstein Verlag

Feministische Studien (2000): Fürsorge - Anerkennung – Arbeit. 18.Jhrg. Extra-Heft
Ferchhoff, Wilfried/ Neubauer, Georg (1989): Jugend und Postmoderne: Analysen und Reflexionen über die Suche nach neuen Lebensorientierungen. Weinheim u.a.: Juventa Verlag
Ferchhoff, Wilfried/ Neubauer, Georg (1997): Patchwork-Jugend. Eine Einführung in postmoderne Sichtweisen. Opladen: Leske + Budrich
Fetcher, Iring/ Münkler, Herfried (Hrsg.) (1987): Pipers Handbuch der politischen Ideen. Bd. 5 Neuzeit. München: Piper Verlag
Flaake, Karin (1990): Geschlechterverhältnis, geschlechtsspezifische Identität und Adoleszenz. In: Zeitschrift für Soziologie und Erziehungswissenschaften. 1990. Heft I. 2-\3
Flaake, Karin (199Ia): Weibliches und männliches Denken und Handeln - Differenzen und Komplementaritäten am Beispiel des Verhältnisses zur Einflussnahme und Machtausübung. In: Herzog! Violi (1991): 29-43
Flaake, Karin (1991b): Frauen und öffentlich sichtbare Einflussnahme - Selbstbeschränkungen und innere Barrieren. In: Feministische Studien. 1991. Heft l. 136-141
Flaake, Karin/ King, Vera (Hrsg.) (1992): Weibliche Adoleszenz. Zur Sozialisation junger Frauen. Frankfurt a. M./ New York: Campus Verlag
Flaake, Karin (2001): Körper, Sexualität und Geschlecht. Studien zur Adoleszenz junger Frauen. Gießen: Psychosozial-Verlag
Flax, Jane (1996): Jenseits von Gleichheit: Geschlecht, Gerechtigkeit und Differenz. In: Nagl-Docekal/ Pauer-Studer (1996): 223-250
Forester, John (Hrsg.) (1985): Critical Theory and Public Life. Cambridge: MIT Press
Foucault, Michel (1979): Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
Foucault, Michel (1984): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Fraser, Nancy (1994): Widerspenstige Praktiken: Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Frerichs, Petra/ Streinrücke, Margareta (Hrsg.) (1993): Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnisse. Opladen: Leske + Budrich
Freud, Sigmund (1982): Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie. Studienausgabe Bd. V. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag
Geissler, Brigit/ Maier, Friederike/ Pfau-Effinger, Birgit (Hrsg.) (1998a): FrauenArbeitsMarkt. Der Beitrag der Frauenforschung zur sozio-ökonomischen Theorieentwicklung. Berlin: sigma
Geissler, Birgit (1998b): Weibliche Lebensführung und Erwerbsverlauf - Ein lebenslauftheoretischer Beitrag zur Analyse der Frauenarbeit. In: Geissler/ Maier/ Pfau-Effinger (1998a): 145-164
Gerhard- Teuscher, Ute (1981): Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag
Gilligan, Carole (1984): Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau. München: Piper Verlag
Gilligan, Carole (Hrsg.) (1990): Making connections: the relational worlds of adolescent girls at Emma Willard School. Cambridge: Harvard University Press

Gottschall, Karin (1998): Doing Gender While Doing Work? Erkenntnispotentiale konstruktivistischer Perspektiven für eine Analyse des Zusammenhangs von Arbeitsmarkt, Beruf und Geschlecht. In: Geissler/ Maier/ Pfau-Effinger (1998a): 63-94

Gruppe Feministische Öffentlichkeit (Hrsg.) (1992): Femina Publica. Frauen - Öffentlichkeit - Feminismus. Köln: PapyRossa Verlag

Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns Bd. I & 2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag

Habermas, Jürgen (1982): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag

Habermas, Jürgen (1983): Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag

Habermas, Jürgen (1985): Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag

Habermas, Jürgen (1991): Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag

Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung: Beiträge zu einer Diskurstheorie des Rechts und demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag

Habermas, Rebekka (2001): Bürgerliche Kleinfamilie - Liebesheirat. In: Arbeitsstelle für historische Kulturforschung/ Universität des Saarlandes: Entdeckung des Ich. Die Geschichte der Individualisierung vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wissenschaftliche Buchgesellschaft (Darmstadt). Köln: Böhlau Verlag

Hageman-White, Carol (1992): Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis. Pfaffenweiler: Centaurus.

Hausen, Karin (1978): Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere«. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Rosenbaum (1978): 161-191

Hausen, Karin (1992): Öffentlichkeit und Privatheit. Gesellschaftliche Konstruktionen und die Geschichte der Geschlechterbeziehungen. In: Hausen/ Wunder (1998): 81-88

Hausen, Karin/ Wunder, Heide (Hrsg.) (1998): Frauengeschichte – Geschlechtergeschichte. Frankfurt a.M./ New York: Campus Verlag

Hauser, Kornelia (1987): Strukturwandel des Privaten? Das »Geheimnis des Weibes« als Vergesellschaftungsrätsel. Hamburg: Argument Verlag

Herzog, Walter/ Violi, Enrico (Hrsg.) (1991): Beschreiblich weiblich. Aspekte feministischer Wissenschaft und Wissenschaftskritik. Chur: Ruegger Verlag

Hess, Sabine/ Lenz, Ramona (Hrsg.) (2001): Geschlecht und Globalisierung. Ein kulturwissenschaftlicher Streifzug durch transnationale Räume. Königstein/ Taunus: Ulrike Helmer Verlag

Holland-Cunz, Barbara (1994): Öffentlichkeit und Intimität - demokratietheoretische Überlegungen. In: Biester/ Holland-Cunz/ Sauer (1994): 227-246

Holland-Cunz, Barbara (1998): Feministische Demokratietheorie: Thesen zu einem Projekt. Opladen: Leske & Budrich

Honegger, Claudia (1992): Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib. Frankfurt a. M./ New York: Campus Verlag

Honneth, Axel (Hrsg.) (1993a): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M./ New York: Campus Verlag

Honneth, Axel (1993b): Dezentrierte Autonomie. Moralphilosophische Konsequenzen aus der modernen Subjektkritik. In: Menkel Seel (1993): 149-163
Hooper, Charlotte (2000): Masculinities in transition. The case of globalization. In: Marchandl Runyan (2000): 59-73
Institut für Sozialforschung (Hrsg.) (1994): Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Jansen, Mechthild M.l Baringhorst, Sigridl Ritter, Martina (Hrsg.) (1995): Frauen in der Defensive? Zur backlash-Debatte in Deutschland. Münster: Lit Verlag
Joas, Hans (1980): Praktische Intersubjektivität. Die Entwicklung des Werkes von G. H. Mead. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Joas, Hans (1996): Kreativität und Autonomie. Die soziologische Identitätskonzeption und ihre postmoderne Herausforderung. In: Barkhausl Mayer I Roughley I Thürnau (1996): 357-369
Jurczyk, Karinl Rerrich, Maria S. (Hrsg.) (1993): Die Arbeit des Alltags. Beiträge zu einer Soziologie der alltäglichen Lebensführung. Freiburg: Lambertus
Jurczyk, Karin (2004a): Familie in einer neuen Erwerbswelt - Herausforderungen für eine nachhaltige Familienpolitik. Materialen des Deutschen Jugend Instituts. München. www.dji.de
Jurczyk, Karinl Lange, Andreas (2004b): Familie und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Materialen des Deutschen Jugend Instituts. München. www.dji.de
Jurczyk, Karinl Öchsle, Mechthild (2004c): Die fluide Gesellschaft. Materialien des Deutschen Jugend Instituts 2004. www.dji.de
Kerchner, *Brigittel* Wilde, Gabriele (Hrsg.) (1997): Staat und Privatheit. Aktuelle Studien zu einem schwierigen Verhältnis. Opladen: Leske + Budrich
Keupp, Heiner (Hrsg.) (1994): Zugänge zum Subjekt. Perspektiven einer reflexiven Sozialpsychologie. Frankfurt a. M: Suhrkamp Verlag
Keupp, Heinerl Höfer, Renate (1997): Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Kohlberg, Lawrence (1981): Essays on Moral Development. Vol. 1.: The Philosophy of Moral Development. San Francisco: Harper & Row
Kontos, Silvial Walser, Karin (1979): Weil nur zählt, was Geld einbringt: Probleme der Hausfrauenarbeit. Gelnhausen (u. a.): Burckhardthaus-Laetare-Verlag
Krappmann, Lothar (1982): Soziologische Dimensionen der Identität: Strukturelle Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionsprozessen. Stuttgart: Klett-Cotta Verlag
Krappmann, Lothar (1997): Die Identitätsproblematik nach Erikson aus einer interaktionistischen Sicht. In: *Keuppl* Höfer (1997): 66-92
Krüger, Helga (1995): Dominanzen im Geschlechterverhältnis. zur Institutionalisierung von Lebensläufen. In: Becker-Schrnidt/ Knapp (1995): 195-219
Kuhlmann, Wolfgang (Hrsg.) (1986): Moralität und Sittlichkeit. Das Problem Hegels und die Diskursethik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Langenohl, Andreas (2000): Erinnerung und Modernisierung. Die öffentliche Rekonstruktion politischer Kollektivität am Beispiel des neuen Rußland. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

Langenohl, Andreas (2001): Erinnerungskonflikte und Chancen ihrer »Hegung«. In: Soziale Welt 2001. Heft 52. 71-92
Lauterbach, Wolfgang (1995): Die gemeinsame Lebenszeit von Familiengenerationen. In: Zeitschriften für Soziologie 1995. Heft 24. 22-43.
Lenz, Ilse (2000a): Globalisierung, Geschlecht, Gestaltung? In: Lenz! Nickel! Riegraf (2000b): 16-48
Lenz, *Ilscl* Nickel, Hildegard Maria! Riegraf, ßirgit (Hrsg.) (2000b): Geschlecht - Arbeit - Zukunft. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot
Lenz, Ilse (2001): Globalisierung, Frauenbewegungen und internationale Regulierung. In: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien. 2001. Heft 1+2. 8-28
Lerner, Harriet (1980): Elterliche Fehlbenennung der weiblichen Genitalien als Faktor bei der Erzeugung von »Penisneid« und Lernhemmungen. In: Psyche. 34. Jg.. 1092-1104
Lindemann, Gesa (1993): Das paradoxe Geschlecht. Transsexualität im Spannungsfeld von Körper, Leib und Gefühl. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag
List, Elisabethl Studer, Herlinde (Ilrsg.) (1989): Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Luhmann, Niklas (1999): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Marchand, Marianne H./ Runyan, Arme Sisson (eds.) (2000): Gender and Global Restructuring. Sightings, Sites and Resistances. Londonl New York: Routledge
Mead, Goerge Herbert (1934): Mind, Self, and Society (Hrsg. v. Ch. Morris). Chicago: University Press
Mead, Goerge Herben (1980): Gesammelte Aufsätze (Hrsg. v. H. Joas), Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Mcnke, Christophi Seel, Martin (Hrsg.) (1993): Zur Verteidigung der Vernunft gegen ihre Liebhaber und Verächter. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Merkei, Wolfgang (1994a): Struktur oder Akteur, System oder Handlung. Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftliehen Transformationsforschung? In: Merkel (1994b): 303-332
MerkeI, Wolfgang (Hrsg.) (1994b): Systemwechsel I. Theorien, Ansätze und Konzeptionen. Opladen: Leskc + Budrich
Meuser, Michael! Sackmann Reinhold (1992a): Zur Einführung: Deutungsmusteransatz und empirische Wissenssoziologie. In: Meuserl Sackmann (1992b): 9-38
Meuser, Michael! Sackmann, Reinhold (Hrsg.) (1992b): Analyse sozialer Deutungsmuster. Beiträge zur empirischen Wissenssoziologie. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft
Moore, ßarrington (1968): Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
Nagl-Docekal, Herta/ Pauer-Studer, Herlinde (Hrsg.) (1993): Jenseits der Geschlechtermoral. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
Nagl-Docekal, Herta! Pauer-Studer, Herlinde (1996): Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag

Neckei, Sighard (1995): Politische Ethnizität. Das Beispiel der Vereinigten Staaten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 1995. Sonderheft Politische Institutionen im Wandel. 217-236

Noddings, Nel (1993): Warum sollten wir uns ums Sorgen sorgen? In: Nagl-Docekal! Pauer-Studer (1993): 135-171

Nunner-Winkler, Gertrud (Hrsg.) (I99\): Weibliche Moral. Die Kontroverse um eine geschlechtsspezifische Ethik. Frankfurt a. M./ New York: Campus Verlag

Nussbaum, Martha (2003): Langfristige Fürsorge und soziale Gerechtigkeit. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. 2003. Nr. 2. 179-198

Ostner, Illona (1982): Beruf und Hausarbeit: Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Campus Verlag

Pateman, Carole (1989): The Disorder ofWomen. Cambridge: Polity Press

Pateman, Carole (1991): The Sexual Contract, Cambridge: Polity Press

Pfau- Effinger, Birgit (2000): Kultur und Erwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs. Opladen: Verlag Leske + Budrich

PorteIe, Gerhard (Hrsg.) (1978): Sozialisation und Moral. Weinheim! Basel: Beltz Verlag

Projektgruppe "Alltägliche Lebensführung" (Hrsg.) (1995): Alltägliche Lebensführung. Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung. Opladen: Leske + Budrich.

Rawls, John (1979): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag

Rerrich, Maria S. (1988): Balanceakt Familie. Zwischen neuen Leitbildern und alten Lebensformen. Freiburg i. Br.: Lambertus Verlag

Requate, Jörg (1999): Öffentlichkeit und Meiden als Gegenstände historischer Analyse. In: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft. Hrsg. v. Dieter Langewiesche. 25. Jg. Heft I. 5-32

Ritter, Martina (1994): Computer oder Stöckelschuh? Eine empirische Untersuchung über Mädchen am Computer. Frankfurt a. M./ New York: Campus Verlag

Ritter, Martina (1995): Frauen ohne Körper - postfeministische Theorien zur Weiblichkeit. In: Jansenl Baringhorst/ Ritter (1995): 14-28

Ritter, Martina (2000a): Demokratische Institutionen -- demokratische Subjekte? Apathie und Resignation im heutigen Rußland als Erbe der politischen Kultur der Sowjetunion. In: Schraderl *Glagowl* Gavral Kleineberg (2000): 67-85

Ritter, Martina (2000b): Von der Sowjetgesellschaft zur Zivilgesellschaft? In: Beiträge zur historischen Sozialkunde. Schwerpunktheft: Transformationsprozesse in der Sowjetunion und Russland. Verein für Geschichte und Sozialkunde. 30. Jg.. Nr. 2. 66-74

Ritter, Martina (2000c): Die Paradoxien der doppelten Realität - Überlegungen zur Bedeutung der politischen Kultur der ehemaligen Sowjetunion für die Subjekte des Transformationsprozesses heute. In: Bock! Schünemann (2000): 55-66

Ritter, Martina (Hrsg.) (2001): Zivilgesellschaft und Gender-Politik in Russland. Frankfurt a. M./ New York: Campus Verlag

Ritter, Martinal Wattendorf, Barbara (Hrsg.) (2002): Sprünge, Brüche, Brücken. Debatten zur politischen Kultur in Russland aus der Perspektive der Geschichtswissenschaft, Kultursoziologie und Politikwissenschaft. Berlin: Verlag Duncker & Humblot

Ritter, Martina (2008) (i.E.): Lebenswelten im Umbruch. Zur Dynamik von Privatheit, Erwerbswelt und Öffentlichkeit in Russland heute. Hamburg: Krämer Verlag
Rössler, Beate (200 I): Der Wert des Privaten. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Rosenbaum, Heidi (Hrsg.) (1978): Seminar: Familie und Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Rosenbaum. Heidi (1982): Formen der Familie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Ruddick, Sara (1993): Mütterliches Denken: Für eine Politik der Gewaltlosigkeit. Frankfurt a.M.: Campus Verlag
Rueschemeyer, Dietrich/ Huber-Stephens, Evelyne/ Stephens, John (1992): Capitalist Development and Democracy. Cambridge: University Press
Schneider, Wolfgang L. (2002): Grundlagen der soziologischen Theorie. 2 Bände. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
Sehrader. Heiko/ Glagow, Manfred/ Gavra, Danilo/ Kleineberg, Michael (Hrsg.) (2000): Rußland auf dem Weg zur Zivilgesellschaft? Studien zur gesellschaftlichen Selbstorganisation. Hamburg: Lit Verlag
Selman, Richard (1984): Die Entwicklung des sozialen Verstehens. Entwicklungspsychologische und klinische Untersuchungen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Sennett, Richard (1983): Verfall und Ende des öffentlichen Lebens: die Tyrannei der Intimität. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag
Teubner, Ulrike (2002): Gendered Segregation of Work. In: Becker-Schmidt (2002): 112-130
Tronto, Joan C. (1993): Moral Boundaries. A Political Argument for an Ethic of Care. New York/ London: Routledge.
Unterkireher. Lilo/ Wagner, Ina (Hrsg.) (1987): Die andere Hälfte der Gesellschaft. Österreichischer Soziologentag Wien. S. 10-25
van Brink, Bert/ van Reijen, Willen (1995): Bürgergesellschaft. Recht und Demokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Weemess, Kari (2000): Fürsorgerationalität. In: Feministische Studien. Fürsorge - Anerkennung - Arbeit. 18.Jhrg. extra. 54-66
Weber, Max (1973): Soziologie. Universalgeschichtliche Analysen. Politik. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag
Weber-Kellermann. Ingeborg (1974): Die deutsche Familie. Versuch einer Sozialgeschichte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag
Weintraub. Jeff/ Kumar, Krishan (Hrsg.) (1997a): Public and Private in Thought and Practice. Perspectives on a Grand Dichotomy. Chicago: University of Chicago Press
Weintraub. Jeff (1997b): The Theory of Politics of the Public/ Private Distinction. In: Weintraub, JetT! Kurnar, Krishan (1997a): 1-42
Young, Brigitte (2002): Globalization and Gender: a European Perspective. In: Becker-Schmidt (2002): 49-82
Young, Iris Marion (1995): Unpartciligkeit und bürgerliche Öffentlichkeit. Implikationen feministischer Kritik and Theorien der Moral und Politik. In: van Brink! van Reijen (1995): 245-279
Zahlmann, Christel (Hrsg.) (1997): Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung. Berlin: Rotbuch Verlag